

*Die Zweckgenossenschaften
des Verbandes schweiz. Konsumvereine
(VSK)*

Entstehung, Bedeutung und Stellung
zur Zentralorganisation

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt von

ROGER BERGER
von Cœuve (Kanton Bern)

Basel 1955



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548825_0079

*Die Zweckgenossenschaften
des Verbandes schweiz. Konsumvereine
(VSK)*

Entstehung, Bedeutung und Stellung
zur Zentralorganisation

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt von
ROGER BERGER
von Cœuve (Kanton Bern)

Basel 1955

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der
Universität Basel auf Antrag der Herren Dr. Henry Faucherre
und Prof. Dr. Edgar Salin.

Basel, den 24. Juni 1954.

Prof. Dr. Theodor Brogle
Dekan



Printed in Switzerland
Druck: Buchdruckerei VSK, Basel

1955

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Einleitung	7

I. KAPITEL

Die Genossenschaft in der Marktwirtschaft	11
---	----

II. KAPITEL

Der Verband schweiz. Konsumvereine und die Genossenschaftsziele	19
---	----

III. KAPITEL

Die Stellung der Zweckgenossenschaften innerhalb der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung	26
--	----

IV. KAPITEL

Gründung und Entwicklung der Zweckgenossenschaften	32
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	32
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine	35
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	41
4. Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft	44
5. Minoterie coopérative du Léman, Rivaz	48
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	52
7. Möbel-Genossenschaft	64
8. Schuh-Coop	66
9. Genossenschaftliche Zentralbank	75
10. Genossenschaft Coop-Haus	87
11. Teigwarenfabrik Münsingen	88
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft	91
13. Fabrique coopérative de pâtes alimentaires, Morges	94

V. KAPITEL

Die Stellung der Zweckgenossenschaften zum Verband schweiz. Konsumvereine	97
Die wirtschaftlichen Beziehungen	97
Die finanziellen Beziehungen	106
Die rechtliche Stellung der Zweckgenossenschaften	111

VI. KAPITEL

Die Grenzen der Zweckgenossenschaften	119
Die exogenen Faktoren	119
Die endogenen Faktoren	125

VII. KAPITEL

Die Zukunftsaussichten der Zweckgenossenschaften	130
--	-----

VIII. KAPITEL

Exkurs	141
Literaturverzeichnis	148

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	Seite
Nr. 1 Die konsumgenossenschaftlichen Grundsätze	20/21
Nr. 2 Die Organisation des VSK	28/29
Nr. 3 Klassierung der Zweckgenossenschaften nach der Genossenschafts- systematik von H. Handschin	30
Nr. 3a Die Betriebsergebnisse der SGG in den Jahren 1919-1952	62
Nr. 4 Übersicht über die Zweckgenossenschaften	98
Nr. 5 Die Aufbringung des Anteilscheinkapitals der Zweckgenossenschaften	107
Nr. 6 Die finanziellen Mittel der Zweckgenossenschaften	108
Nr. 7 Die finanziellen Mittel der Zweckgenossenschaften (ohne VASK, «Coop- Leben» und GZB)	110
Nr. 8 Die Verzinsung des Anteilscheinkapitals der Zweckgenossenschaften .	111

VORWORT

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, auf Grund fundamentaler Gegebenheiten materieller und formeller Art, Entstehung, Bedeutung und Stellung der Zweckgenossenschaften zum Verbandschweiz. Konsumvereine darzustellen und überdies ihre Zukunftsaussichten und Grenzen kritisch zu würdigen. Des weiteren ist diese in den Jahren 1952–1954 entstandene Arbeit Ausfluß persönlicher Fühlungnahme mit zahlreichen Vertretern der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung. Dem Verfasser war es dabei vergönnt, seine Fragen mit Sachkenntnis, Offenheit und Geduld beantwortet zu sehen, was ihm ermöglichte, sich in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der umfangreichen und komplexen Materie vertraut zu machen. Für die vielen Ratschläge und besonders Herrn Dr. Faucherre – unter dessen unmittelbarer Leitung die Arbeit entstand – dankt der Verfasser bestens.

Die Zweckgenossenschaften, welche durchaus als Sondergebilde des schweizerischen Konsumgenossenschaftswesens bezeichnet werden müssen, sind zwar Gegenstand etlicher Untersuchungen – über die Genossenschaftliche Zentralbank liegt auch eine Dissertation vor¹ –, doch sind diese stets knapp gehalten. Bis heute sind die Zweckgenossenschaften nirgends zusammenfassend behandelt und dargestellt worden. Der Verfasser hofft deshalb, hier eine Lücke ausfüllen zu helfen und damit selbst dem Kenner der Materie neue Anregungen zu vermitteln.

Die Untersuchung, welche sich auch bemüht, den Begriff der «Zweckgenossenschaft» zu definieren², erstreckt sich nur auf die Zweckgenossenschaften des VSK und seiner ihm angeschlossenen Vereine und nicht auf die Zweckgenossenschaften einzelner lokaler Konsumgenossenschaften, deren Bedeutung bei weitem nicht an diejenige

¹ Cohn, Dr. Hermann, Die Genossenschaftliche Zentralbank, Diss. Zürich 1931.

² Vgl. Tabelle Nr. 2 (S. 28/29 und S. 30).

der ersten Kategorie heranreicht. Zu den Zweckgenossenschaften der lokalen Konsumgenossenschaften wäre unter anderen die 1931 gegründete Obstverwertungsgenossenschaft Staad zu zählen. Diese ist eine Zweckgenossenschaft der Allgemeinen Konsumgenossenschaft Rorschach, was allerdings nicht ausschließt, daß an ihr neben weiteren lokalen Konsumgenossenschaften auch der VSK finanziell beteiligt ist.

Ebenso wurde davon Abstand genommen, die genossenschaftliche Zigarrenfabrik in Menziken in den Bereich unserer Betrachtung einzubeziehen³, obwohl es sich dabei um eine Zweckgenossenschaft des Verbandes schweiz. Konsumvereine handelt, die aber im Jahre 1949 verpachtet wurde.

Die 1929 gegründete Zigarrenfabrik in Menziken beschäftigte durchschnittlich zirka 50 Arbeiter und Arbeiterinnen. Gründer waren der VSK und rund 60 Verbandsvereine mit einem Anteilscheinkapital von Fr. 102 000.-. Die Jahresproduktion bewegte sich zwischen 4–6 Millionen Stumpfen, welche zum größten Teil in den Läden der Konsumgenossenschaften ihren Absatz fanden. Die Fabrik arbeitete bis 1946 zufriedenstellend. Die Betriebsergebnisse der Jahre 1947 und 1948 erwiesen sich jedoch als ungünstig; die Fabrik wurde am 1. Januar 1949 an die Firma Burger Söhne in Burg (AG) verpachtet, welche den größten Teil des Personals des ehemaligen genossenschaftlichen Unternehmens übernahm. Die Gründe, welche zu den Verlusten geführt hatten, waren zum größten Teil interner Natur, indem vor allem die Geschäftsleitung bei ihrer Einkaufspolitik eine wenig glückliche Hand zeigte. Der Pachtvertrag mit der Firma Burger Söhne ist auf acht Jahre befristet und wird somit im Jahre 1957 hinfällig. Über das weitere Schicksal der Zigarrenfabrik Menziken wurde von den maßgebenden Stellen noch kein Entscheid getroffen.

³ Ebenso wurden das Genossenschaftliche Seminar Freidorf und die Patenschaft Coop – obwohl sie gewisse Merkmale der Zweckgenossenschaften aufweisen – nicht in den Bereich unserer Untersuchung einbezogen, da sie keine Wirtschaftsgenossenschaften sind. Vgl. hierüber Tabelle Nr. 2 «Die Organisation des VSK», S. 28/29.

EINLEITUNG

Seitdem die 28 Weber von Rochdale im Jahre 1844 die erste lebensfähige und lebenskräftige Konsumgenossenschaft gegründet haben, indem jeder von ihnen ein Pfund Sterling zum Genossenschaftskapital beisteuerte und angesichts der Tatsache, daß sich diese Vereinigung bis heute zu einer großen und mächtigen Handels- und Produktionsgesellschaft entwickelt hat, ist der Weg, auf welchem die Konsumdeckungsfrage zu lösen ist, vorgezeichnet. Über die ganze zivilisierte Welt, vor allem aber in Europa, haben sich seither die Konsumgenossenschaften ausgedehnt. Auf diesem Wege des freien, genossenschaftlichen Zusammenschlusses haben die Konsumvereine die einzelnen kaufschwachen Personen zu Organisationen zusammengeführt und zusammengefügt, die sich selbst auf internationalem Boden als lebensfähig erwiesen haben¹.

So sind in der Schweiz an verschiedenen Orten, unabhängig voneinander, besonders aber in Basel, die Zentren der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung entstanden, die sich 1890 zum Verband schweiz. Konsumvereine (VSK) mit Sitz in Basel zusammenschlossen.

Mit der Entwicklung der Genossenschaften und besonders ihrer nationalen Organisation – dem Verband schweiz. Konsumvereine (VSK) –, die zusammen einen immer größeren Sektor des Binnenmarktes umfaßten, drängte sich der Gedanke auf, daß dieser Genossenschaftsverband allmählich eine Anzahl der seinen Mitgliedern gelieferten Artikel selbst herstellen sollte. Diese Erkenntnis scheint natürlich und im Wesen der Dinge begründet. Allerdings wurde diese Tendenz – hauptsächlich durch die Beschlüsse schweizerischer Lieferanten und Fabri-

¹ Der 1895 gegründete Internationale Genossenschaftsbund – dem 1952 Genossenschaftsverbände aus 34 Staaten angehörten – ist eine der wenigen internationalen Institutionen, die beide Weltkriege zu überleben vermochte.

kanten, Lieferungssperren über die Genossenschaften zu verhängen – beschleunigt. Es entstanden die ersten Zweckgenossenschaften auf dem Sektor der Produktion, nämlich 1912 die Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK), 1916 die Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MESK), 1917 die Minoterie coopérative du Léman, Rivaz, 1925 die «Schuh-Coop» und andere mehr.

Der Name «Zweckgenossenschaft» zeichnet sich nicht durch besondere Klarheit aus, denn jede Genossenschaft – ja jede Gesellschaft im weiteren Sinne – verfolgt einen Zweck. Es ist schwierig, die Frage, welches Ziel die Zweckgenossenschaften verfolgen, eindeutig und abschließend zu beantworten, liegt doch die Aufgabe jeder einzelnen Zweckgenossenschaft wiederum auf einer anderen Ebene. Wenn wir dennoch versuchen wollen, schon hier eine allgemeine Antwort zu finden, so dürfen wir vielleicht sagen: Die Zweckgenossenschaften des VSK verfolgen Ziele, die aus verschiedenen Gründen nicht vom Verbands schweiz. Konsumvereine selbst verfolgt werden können oder wollen. *Die Zweckgenossenschaften dienen also einem ganz bestimmten Zweck, der ihnen im Dienste des organisierten Konsumenten aufgetragen ist.*

Die von uns soeben gegebene Antwort induziert aber weitere Fragen. Zunächst: Welches sind denn die «verschiedenen Gründe», die den VSK hindern, irgendwelche Aufgabe im Dienste des Konsumenten selbst zu übernehmen? So verschieden wie die Zweckgenossenschaften selbst, sind die Ursachen, die zu ihrer Gründung geführt haben. Wenn wir versuchen wollen, darzustellen, weshalb die große Anzahl von Zweckgenossenschaften – gegenwärtig 13 – entstehen konnten, müssen wir vorab zu den Quellen vordringen und ihre Entstehungsgeschichte studieren.

Dabei stellen wir – wie bereits erwähnt – fest, daß auch die ersten Zweckgenossenschaften noch als reine «Kinder der Not» anzusprechen sind, indem sie gegründet wurden, um dem von den Unternehmern gegenüber den Genossenschaften verhängten Boykott zu entgehen. Bei den später entstandenen Zweckgenossenschaften dagegen handelt es sich um ein bewußtes Vordringen der Genossenschaft in die Sphäre der Konsumgüterproduktion, des Handels, des Bankwesens usw. Das Postulat der schweizerischen Genossenschaftsbewegung nach vermehrter Eigenproduktion tritt heute besonders stark hervor, da es während vieler Jahre durch das Vorhandensein exogener Hemmnisse nicht verwirklicht werden konnte. In erster Linie ist hier der Filial-

verbotsbeschluß vom 10. November 1933 zu nennen, welcher der gesamten Konsumgenossenschaftsbewegung eine langjährige Stagnation aufzwang. Die Zahl sämtlicher Verkaufsstellen der dem VSK angeschlossenen Konsumgenossenschaften stieg von Ende 1932 bis Ende 1940 nur noch um 124 auf 2472, und dazu entfielen von diesen 124 neuen Läden erst noch 56, das heißt fast die Hälfte, auf das Jahr 1933, das nur zu einem kleinen Teil unter den Geltungsbereich des Filialverbotes zu stehen kam².

Die kriegsbedingte Rationierung über die Jahre 1940–1947 hin, welche die meisten wichtigsten Nahrungsmittel erfaßte, verstärkte noch den obenerwähnten Stagnationsfaktor.

Nachdem nun alle diese Schranken gefallen sind, Aufhebung der Rationierung in den Jahren 1945–1947, Dahinfallen des mehrfach erneuerten Filialerweiterungsverbots im Jahre 1946, hat die schweizerische genossenschaftliche Eigenproduktion, die meist unter der Flagge «Marke Co-op» segelt, neue Impulse erfahren.

Nun kann aber die Eigenproduktion, vorab von Co-op Artikeln, auf sehr verschiedene Arten erfolgen, nämlich:

1. In den Zweckgenossenschaften (eigens zur genossenschaftlichen Produktion gegründete Betriebe, deren Finanzierung zu einem maßgebenden Teil einerseits durch den VSK und anderseits durch dessen Mitglieder erfolgt).
2. In den VSK-eigenen Produktionsbetrieben.
3. In den Produktionsbetrieben der lokalen Genossenschaften.
4. In Privatbetrieben, an welchen der VSK oder die lokalen Genossenschaften finanziell beteiligt sind.
5. In unabhängigen Privatbetrieben.

Da in der Schweiz die dem VSK angeschlossenen Konsumgenossenschaften autonom sind, kann durch die Form der Zweckgenossenschaft das Absatzproblem in vorbildlicher Weise gelöst werden, denn durch die finanzielle Beteiligung der einzelnen Konsumgenossenschaften an einer Produktionszweckgenossenschaft und dem damit verbundenen Mitspracherecht³ bringen diese der genossenschaftlichen

² Ende 1952 wiesen die dem VSK angeschlossenen Konsumgenossenschaften total 3038 Verkaufsstellen auf. Der «Filialverbotsbeschluß» wurde 1946 aufgehoben.

³ Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft hat in der Genossenschaft anlässlich der Generalversammlung jedes Mitglied eine Stimme.

Eigenproduktion durch Förderung des Absatzes vermehrtes Interesse entgegen.

Die traditional verwurzelte Autonomie der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung erklärt weiter, warum die Zweckgenossenschaften eine typisch dem schweizerischen Boden heraus entwachsene Schöpfung darstellen. Kommen sie in andern Ländern ebenfalls vor, so sind sie doch nirgends als Unternehmungsform der genossenschaftlichen Eigenproduktion so vorherrschend, so zahlreich, werden nirgends so grundsätzlich geschaffen wie in der Schweiz, dem Lande, das sich ja auch in staatspolitischer Hinsicht durch einen stark föderalistischen Aufbau kennzeichnet.

Aus all diesen Gründen haben wir uns entschlossen, die Entstehung, Entwicklung und Bedeutung der Zweckgenossenschaften sowie ihre Stellung zum Verbande schweiz. Konsumvereine zu untersuchen. Dabei ist es unerläßlich, auf die Genossenschaft im allgemeinen und auf die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung im besonderen einzutreten. Hierüber sollen uns die ersten Kapitel unserer Untersuchung orientieren.

DIE GENOSSENSCHAFT IN DER MARKTWIRTSCHAFT

Die Mehrzahl der Genossenschaftstheoretiker des 19. Jahrhunderts, vorab die Franzosen sozialistischer Observanz, forderten die «Vollgenossenschaft»¹. Einer der bedeutendsten unter ihnen, *Charles Gide*, verfocht anfänglich diese Idee noch in mehreren Schriften um die Jahrhundertwende, indem er durch folgende, dreistufige genossenschaftliche Tätigkeit das gesteckte Ziel zu verwirklichen trachtete²:

- «1. Die Gruppierung der Genossenschaften in sich, die Vorwegnahme des größtmöglichen Teiles ihrer Überschüsse zur Gründung von Großeinkaufsgenossenschaften und die Erledigung der Käufe in großem Umfange – das ist die erste Etappe.
2. Die Inangriffnahme der Selbsterzeugung alles dessen, was für die Bedürfnisse der Mitglieder erforderlich ist, mit Hilfe des so gebildeten Kapitals durch Schaffung von Bäckereien, Mühlen, Tuchfabriken und Werkstätten für die Konfektionskleidung, Schuh-, Hüte-, Seifen-, Ziegelstein- und Papierfabriken, das ist die zweite Etappe.
3. Schließlich, in näherer oder ferner Zukunft, der Erwerb von landwirtschaftlichen Gütern zur eigenen Erzeugung von Getreide, Wein, Öl, Fleisch, Milch, Butter, Wolle, Eiern, Gemüse, Früchten, Blumen und Holz, die die Grundlage des Verbrauchs bilden – das ist die letzte Etappe.

Kürzer gesagt, zuerst wird die Warenvermittlung, dann die Industrie und das Gewerbe und zuletzt die Urproduktion in Angriff genommen. Das ist nicht so zu verstehen, daß jede Etappe zuerst vollständig durchlaufen sein muß und erst dann die folgende in Angriff genommen werden soll. Die Einteilung soll vielmehr lediglich besagen, wie im großen und ganzen die Entwicklung den Schwierigkeiten entsprechend, welche die einzelnen zu lösenden Aufgaben bieten, und nach Maßgabe der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Länder zu verlaufen hat.»

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens hat in der Folge *Charles Gide* in bezug auf das aufgestellte Genossenschaftsprogramm weitge-

¹ Das theoretische Ziel dieser Schule war eine geschlossene Wirtschaftsgemeinschaft, das heißt eine Wirtschaftsgemeinde, die sich selbst genügt. Sämtliche Genossen einer Konsumgenossenschaft sollten ausschließlich nur in genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt werden und demgemäß nur dort ihren Erwerb finden.

² Aus der am 8. September 1889 in Paris anlässlich des 4. französischen Genossenschaftskongresses gehaltenen Eröffnungsrede des Autors, welcher später seinen Irrtum einsah und richtigstellte. Vgl. *G. Fauquet*, *Regards sur le mouvement coopératif*, S. 62, Basel, Buchdruckerei VSK, 1949.

hend recht gegeben. Das Endziel aber, die «Vollgenossenschaft», konnte nicht verwirklicht werden, denn: So gut es einen orthodoxen Liberalismus nie gegeben hat, ein orthodoxer Kommunismus selbst in der UdSSR nicht verwirklicht werden konnte, mußte auch eine radikale «Vergenossenschaftlichung» der Wirtschaft bald als Utopie zu Tage treten. Bis heute war es noch keinem Wirtschaftssystem möglich, in «Reinkultur» verwirklicht zu werden. Was die Wirtschaftsformen der verschiedenen Staaten voneinander unterscheidet, ist lediglich die *Vorherrschaft eines Wirtschaftssystems* vor den andern.

Es ist das Verdienst des französischen Arztes und bedeutenden Genossenschaftstheoretikers und -praktikers *G. Fauquet*, in seinem Buch «Le secteur coopératif» die Existenz eines genossenschaftlichen Sektors in jeder entwickelten Volkswirtschaft und seine Bedeutung und Aufgabe prägnant dargestellt und ihn den andern Sektoren der Wirtschaft gegenübergestellt zu haben. *Fauquet* bezeichnet das Genossenschaftswesen als integralen Bestandteil der Gesamtwirtschaft einer Nation. Folgen wir einigen seiner wichtigsten Gedankengänge:

«Die kapitalistischen Wirtschaftsformen nehmen in der gegenwärtigen Zeit unverkennbar eine Vormachtstellung ein. Es ist diese Tatsache aber vielleicht weniger das Ergebnis ihrer eigentlichen Bedeutsamkeit auf ausschließlich wirtschaftlichem Gebiet als das Ergebnis des Einflusses, den sie auf die Presse, auf die öffentlichen Einrichtungen und ganz allgemein auf die Sitten und die Zivilisation unserer Tage ausüben.

Indessen vermochten diese kapitalistischen Wirtschaftsformen die nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen früherer Zeiten nicht zum Verschwinden zu bringen; ja, sie konnten nicht einmal das Auftauchen neuer nichtkapitalistischer Formen verhindern. Es hat, ganz allgemein gesagt, überhaupt noch nie eine Stufe menschlicher Gesellschaft gegeben, die, wäre sie auch noch so primitiv gewesen, unter säuberlicher Ausmerzungen aller anderen nur eine der Wirtschaftsformen verkörpert hätte, wie sie die abstrakten Theorien der Nationalökonomien kennen. Für die Stufe, auf der wir stehen, gilt das gleichfalls; denn in allen Ländern der Welt – und auch die Sowjetunion bildet von dieser Regel keine Ausnahme – treffen wir auf gemischte, aus verschiedenen Komponenten zusammengesetzte Wirtschaftsformen.

Zu den neueren nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen zählen zunächst die genossenschaftlichen Einrichtungen, zu den älteren die unzähligen Wirtschaftsatom und Kleinbetriebe hauswirtschaftlicher, landwirtschaftlicher und gewerblicher Natur. Und eben diese winzigen Wirtschaftsatom werden in erster Linie von der genossenschaftlichen Einrichtung erfaßt, unterstützt und in gewissen Fällen überhaupt erst wieder zum Leben erweckt.

So winzig diese Wirtschaftsatom aber auch sind, so sind sie doch in ihrer Gesamtheit sowohl nach der Zahl der Personen, die sie erfassen und umschließen, als auch nach der Quantität und dem Wert der von ihnen umgesetzten Wirtschaftsgüter, die sie auf den Markt bringen oder von dorthin beziehen, mindestens so bedeutsam wie die kapitalistischen Unternehmen.

In den letzten Jahren ist die Bezeichnung ‚Sektor‘ vielfach angewendet worden, um

durch ihn die großen Teilgebiete der Gesamtwirtschaft zu kennzeichnen. Das gilt vor allen Dingen für die sowjetrussischen nationalökonomischen Schriften, die in der Gesamtwirtschaft der UdSSR einen ‚vergesellschafteten Sektor‘ und einen ‚privatwirtschaftlichen Sektor‘ unterscheiden. Der ‚Plan der Arbeit‘ von *Henrik de Man*, der von der belgischen Arbeiterpartei als ihr Aktionsprogramm angenommen wurde, unterscheidet zwischen einem ‚öffentlichwirtschaftlichen Sektor‘ und einem ‚privatwirtschaftlichen Sektor‘. Schließlich spricht auch der französische Gewerkschaftsbund in seinem Wirtschaftsplan von einem ‚kontrollierten Sektor‘ und einem ‚unkontrollierten Sektor‘.

Bei all diesen Beispielen ist die Auf- und Unterteilung der Gesamtwirtschaft in ‚Sektoren‘ in der Absicht vorgenommen worden, die Gesamtwirtschaft nach festgefügtten Plänen umzuändern und zu reorganisieren; aber man kann sich der Bezeichnung ‚Sektor‘ auch ebensogut für rein deskriptive, rein darstellende Zwecke bedienen. In diesem Sinne und nach einem vereinfachten Schema, bei dem sich gewisse Verschiebungen je nach der besonderen Art der einzelnen Länder ergeben mögen, ist es möglich und nutzbringend, in der gemischtwirtschaftlichen Struktur der heutigen Gesamtwirtschaft die folgenden vier ‚Sektoren‘ zu unterscheiden:

- a) den ‚öffentlichwirtschaftlichen Sektor‘, der alle Unternehmungen umfaßt, für deren Leitung der Staat oder die ihm nach- und untergeordneten staatlichen Institutionen (Gemeinden usw.) die Verantwortung direkt oder indirekt tragen; zum gleichen Sektor gehören auch diejenigen Organe, mittels derer die staatliche Exekutivgewalt versucht, die Leitung über die Gesamtwirtschaft oder gewisse Zweige derselben ausüben zu können;
- b) den ‚kapitalistischen Sektor‘, der alle Unternehmungen umfaßt, bei denen das Privatkapital, das deren Risiken trägt und deren Gewinne einheimst, die herrschende Rolle spielt;
- c) den ‚eigentlich privatwirtschaftlichen Sektor‘, der die unzähligen nichtkapitalistischen Wirtschaftsatoome hauswirtschaftlicher, landwirtschaftlicher und gewerblicher Art umfaßt;
- d) den ‚genossenschaftlichen Sektor‘, der alle Formen der Kooperation umfaßt, die sich bereits geistig und wirtschaftlich verbunden haben oder nach dieser Verbindung streben. Da die Kooperation zur Basis all ihrer Formen die kleinen Wirtschaftsatoome hat, die im ‚eigentlich privatwirtschaftlichen Sektor‘ zusammengefaßt werden, so kann man sagen, daß der ‚genossenschaftliche Sektor‘ den organisierten Teil desselben darstellt.

Der genossenschaftliche Sektor steht in enger Beziehung zum ‚eigentlich privatwirtschaftlichen Sektor‘ oder ‚kapitalistischen Sektor‘. In der Tat ist die Genossenschaft hauptsächlich und in all ihren Formen ein Gebilde, das in den kleinen Einheiten der Hauswirtschaft, Landwirtschaft und Handwerk wurzelt. Daraus ergibt sich, daß mit den sich langsam entwickelnden Genossenschaften und der Vervollständigung ihrer Organisation der ‚genossenschaftliche Sektor‘ und der ‚eigentlich privatwirtschaftliche Sektor‘ oder ‚vorkapitalistische Sektor‘ die Tendenz aufweisen, ein einziges System zu bilden, jedoch ein Wirtschaftssystem föderalistischer Struktur, welches für das Gesamtwohl die kleinen Einheitsbasen zusammenbringt und sie nicht ihrer Unabhängigkeit beraubt.

Die Beziehungen des ‚genossenschaftlichen Sektors‘ mit andern ‚Sektoren‘ sind verschiedener Natur:

- a) Mit dem ‚kapitalistischen Sektor‘ bestehen Kampf- und Konkurrenzbeziehungen, welche jedoch kaufmännische Beziehungen im Rahmen der nationalen Wirtschaft und der internationalen Märkte nicht ausschließen.

- b) Mit dem «öffentlichen» Sektor bestehen gemäß dem Entwicklungsgrad der genossenschaftlichen Institutionen und der staatlichen Wirtschaftspolitik komplexe und veränderliche Beziehungen.»

Betrachten wir nun kurz die Stellung des «genossenschaftlichen Sektors» zum «kapitalistischen Sektor», wobei wir uns weitgehend an die Gedankengänge von *Weippert* anlehnen³: Kapitalismus bedeutet nicht lediglich kapitalintensiv, sondern auch orientiert an Gewinnaussichten. Der Inhalt des Wortes kapitalistisch stellt also nicht bloß auf etwas Materielles, die Höhe der Ausstattung einer Wirtschaft mit Geld- und vor allem mit Sachkapital ab, er bedingt vielmehr etwas Seelisch-Geistiges, nämlich eine gewisse Wirtschaftsgesinnung.

Die freie Wirtschaft alten Stils überläßt innerhalb des Geltungsbereichs weniger Rechtssätze das Wirtschaftsgeschehen sich selbst. Sowohl die Ordnungsformen der Wirtschaft wie auch die Spielregeln des Wirtschaftens bilden sich im Schoße der Wirtschaftsgesellschaft.

Der Glaube an den «ordre naturel», an das Walten einer «unsichtbaren Hand» ist es, der dem Laissez-faire-Prinzip zugrunde liegt. Hier von unterscheiden sich nun allerdings die Neoliberalen. Weil ihnen dieser Glaube fehlt, distanzieren sie sich vom Laissez-faire-Prinzip. Gleichzeitig erhält bei ihnen der Staat eine andere Wertung und einen neuen Aufgabenbereich. Hatte der Staat im klassischen Liberalismus im wesentlichen die Funktion, auf Einhaltung der wenigen fundamentalen Rechtssätze zu sehen, so wird er nun zum *Garanten der Wirtschaftsordnung*. Er ist es, der die Bedingungen zu setzen hat, unter denen die Wirtschaft – hier die Wettbewerbswirtschaft – abläuft. Die Wirtschaftsordnung ist nun nicht mehr ein Ergebnis des Laissez-faire, sondern das Ergebnis eines Gestaltungsaktes des Staates.

Daß sich unter rein theoretischem Aspekt die Marktform der vollständigen Konkurrenz als ökonomisch zweckmäßigste Marktform erweist und daß sie eine Wirtschaftsweise darstellt, innerhalb welcher sich eine automatische Lenkung des Wirtschaftsprozesses vollzieht, ist nicht zu bestreiten. Als Lenkungsmittel fungiert der von Angebot und Nachfrage abhängige, Knappheitsverhältnisse scharf zum Ausdruck bringende Konkurrenzpreis.

Die Tatsache, daß die Marktform der vollständigen Konkurrenz

³ Aus dem Aufsatz «Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft», erschienen in der Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 1, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1950.

unter rein theoretischem Aspekt günstigen Einsatz der Produktionsfaktoren, niedrigsten Preisstand und optimale Beschäftigung herbeiführt, veranlaßt die Verfechter einer reinen Wettbewerbsordnung zu der Annahme, daß die unter ökonomischen Gesichtspunkten zweckmäßigste Marktform auch unter dem Gesichtspunkt des Sozialen die günstigste Marktform sei.

Würden nun all jene Voraussetzungen, die den theoretischen Überlegungen zugrunde liegen, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegeben sein, dann wäre die Wettbewerbswirtschaft zugleich eine soziale Marktwirtschaft. Aber die konkrete, praktische Wirklichkeit der Wettbewerbswirtschaft weicht recht erheblich von jenem vorgestellten Bilde ab. Darüber setzen sich die Neoliberalen, die im Falle der Kritik an der zentralgeleiteten Wirtschaft einen so scharfen Blick für das Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit haben, in aller Regel hinweg.

Für die realen Wirtschaftsverhältnisse ist – auch wenn für sie die Wettbewerbsordnung gilt – in bezug auf die ökonomische Macht nicht Gleichartigkeit, sondern scharf ausgeprägte Unterschiedlichkeit gegeben. Dies muß notwendigerweise dazu führen, daß sich je nach den ökonomischen Machtpositionen Vorteile und Nachteile ergeben, die den idealen Harmonismus des Modells verneinen.

Darum darf sich die den Neoliberalen vorschwebende Wettbewerbsordnung nicht – wenigstens nicht mit Recht – als «Dritter Weg»⁴ bezeichnen. *Der dritte Weg ist allein jener, der zwischen Individualismus und Kollektivismus verläuft.* Das heißt aber, es muß ihm gelingen, Institutionen zu finden, die den Individualismus eindämmen, ohne die Entscheidungsfreiheit des Individuums verkümmern zu lassen.

Hier nun, bei der Suche nach einem Weg, der zwischen ökonomischem Liberalismus und Totalitarismus verläuft, bietet sich die Genossenschaftsidee unmittelbar an.

Die modernen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sind fast durchwegs als *Selbsthilfemaßnahmen* in Erscheinung getreten, und zwar in dem Augenblick, in welchem die von der kapitalistischen Wirtschaft ausgehenden Schädigungen des sozialen Körpers kraß fühlbar wurden. Daß diese Schädigungen in einer Zeit auftraten, in der das Konkurrenzprinzip sehr rein verwirklicht war, sollte den dogmatischen Verfechtern der Wettbewerbsordnung zu denken geben. Sicherlich ge-

⁴ Vgl. Röpke, W., Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart.

hören die Genossenschaften mit zu jenen Kräften, die eine Umstrukturierung der kapitalistischen Wirtschaft erwirkten. Von der neoliberalen Theorie, die ja immer noch den isolierten Einzelnen zum tragenden Strukturelement der Wirtschaft macht, werden nun sämtliche Zusammenschlüsse, gleich welcher Art, als systemwidrig angesprochen. Statt aber die Zusammenschlüsse prinzipiell zu diskriminieren, gilt es zu fragen, welche Zusammenschlüsse das Konkurrenzsystem in einem spezifisch sozialökonomischen Sinne erst tragbar und funktionsfähig machen und welche Zusammenschlüsse diese Funktionsfähigkeit wirklich stören.

Da nun einmal die Stellung auf dem Markte jeweils durch das Maß an ökonomischer Macht bestimmt wird, so haben wir innerhalb der Zusammenschlüsse jene, die den ökonomisch Schwachen stützen, also dessen Stellung auf dem Markte stärken, scharf von jenen Zusammenschlüssen zu unterscheiden, die auf Grund der Vertragsfreiheit die an sich schon ökonomisch Mächtigen noch mächtiger machen.

Will man eine soziale Marktwirtschaft, so stellt sich für die Wirtschaftspolitik die Aufgabe, durch Umformungen und Einbauten Zusatz- oder Ausgleichsgewichte zu schaffen, durch die erst der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit Genüge geschieht.

In der sich selbst überlassenen Wirtschaft, in der Wirtschaft des *Laissez-faire*, haben die Genossenschaften aus sich selbst heraus, also auf dem Wege der *Selbsthilfe*, diese Aufgabe in mustergültiger Weise gelöst, ein Verdienst, das nicht nur in ökonomischer, sondern auch in geistig kultureller Hinsicht gewürdigt werden muß.

Die Genossenschaften erweisen sich deshalb schon in der Zeit der hochkapitalistischen Ära – wenn auch mehr in der Form einer ökonomischen Enklave – als Träger einer sozialen Marktwirtschaft. Damit ist auch angedeutet, welche Rolle ihnen in einer Wirtschaftsverfassung zukommt, die ihrem Strukturprinzip nach, also grundsätzlich, soziale Marktwirtschaft sein will.

Nahezu gleichzeitig haben sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts – in der Schweiz vor allem im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts – die ökonomisch Schwachen der allerverschiedensten Schichten und Berufe zu Genossenschaften zusammengetan und sich auf diese Weise gegen den kapitalistischen Ansturm geschützt. Sie haben in der sozialen Ordnungsform Genossenschaft ein Instrument gefunden, welches sich im Getriebe der kapitalistischen Wirt-

schaft nicht nur zu behaupten wußte, sondern auch produktiv tätig zu werden verstand.

Wenn fast gleichzeitig mit den Industriearbeitern, deren Dasein als soziale Schicht ja auf die kapitalistische Wirtschaft zurückgeht, auch die Bauern und die Handwerker sich zu Genossenschaften zusammensetzten, so bedeutet das, daß mit der kapitalistischen Entwicklung nicht nur die Arbeitnehmer auf die Seite der ökonomisch Schwachen zu stehen kamen, sondern auch die Vertreter der sogenannten «alten» oder «vorkapitalistischen» Berufe, die Bauern und die Handwerker.

Die Genossenschafter aller Welt bekennen sich zum nämlichen Genossenschaftsgedanken und setzten sich für ihn ein, weil sie in ihm unter den gegebenen soziologischen und ökonomischen Umständen eine gestaltende Kraft erster Ordnung sehen. Und doch würden sie der Frage, ob eine Wirtschaftsverfassung das Wünschenswerteste wäre, in der das Genossenschaftsprinzip das einzige, also alleinige Gestaltungsprinzip wäre, in der demnach eine Übertragung sämtlicher Wirtschaftsfunktionen an Genossenschaften stattgefunden hätte, recht skeptisch gegenüberstehen.

Wünschenswerter erscheint den heutigen Genossenschaftern vielmehr eine soziale Marktwirtschaft, und zwar sowohl aus ökonomischen wie auch aus soziologischen Erwägungen heraus.

Die zu Beginn dieses Kapitels genannte rein genossenschaftliche Wirtschaftsverfassung – ihre Realmöglichkeit vorausgesetzt – wäre nicht mehr Marktwirtschaft, denn sie wäre nicht mehr Erwerbswirtschaft. Sie wäre Gemeinwirtschaft in der Sonderform der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft. So sehr die Genossenschaftstheoretiker innerhalb der sozialen Marktwirtschaft einer kräftigen Ausgestaltung der freien Gemeinwirtschaft, zu der ja auch die Genossenschaft zu zählen ist, das Wort reden, sind sie sich bewußt, daß die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft als alleiniges Strukturprinzip der Gesamtwirtschaft utopischen Charakter trägt. Daß aber die Gesamtwirtschaft in der Gestaltung der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft – zumal in geistig-kultureller und soziologisch-struktureller Hinsicht – etwa einer autoritären Zentralverwaltungswirtschaft weit vorzuziehen ist, versteht sich von selbst.

Als das Erstrebenswerteste erscheint also eine betont soziale Marktwirtschaft mit sehr kräftiger genossenschaftlicher Durchstrukturierung. Von einem kräftigen genossenschaftlichen Strukturmoment in der

schweizerischen Wirtschaft würden wir aber erst sprechen, sofern sich die Bedeutung aller Genossenschaften teils extensiv, teils intensiv gegenüber dem jetzigen Stand vervielfacht hätte. Das gilt vor allem noch für die Baugenossenschaften und insbesondere für die Produktionsgenossenschaften.

Wenn also heute von den Genossenschaftlern selbst eine absolute Dominanz des Genossenschaftsprinzips nicht für der Weisheit letzter Schluß gehalten wird, so auch deshalb, weil das Genossenschaftsprinzip seine edelsten und schönsten Kräfte in der Auseinandersetzung, und das heißt auch im Wettbewerb, entfaltet. Die Genossenschaften sind in der Zeit des Hochkapitalismus als «schöpferischer Widerspruch» auf den Plan getreten. Heute haben sie Gelegenheit, diesen schöpferischen Widerspruch sowohl gegenüber dem Individualismus wie gegenüber dem Kollektivismus, gegenüber dem Kapitalismus wie gegenüber dem Totalitarismus, zu bestätigen.

DER VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE UND DIE GENOSSENSCHAFTSZIELE

Die allgemeinen Ziele der Genossenschaft herauszuarbeiten bedeutet nicht, die erheblichen, auch gesinnungsmäßigen Unterschiede erkennen, die für die einzelnen Genossenschaftsarten konstitutiv sind. Die hohe Modifizierbarkeit des Genossenschaftsprinzips läßt verschiedene Ausprägungen zu. Immer müssen aber bestimmte Strukturprinzipien gegeben sein, wenn es sich um eine Genossenschaft handelt, und immer geht die wahre Genossenschaft zurück auf einen freien Zusammenschluß von physischen oder juristischen Personen. Zweck des Zusammenschlusses zu einer Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaft ist die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch Errichtung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetriebes. Das Mittel zur Erreichung dieses Zwecks ist die Übertragung einer oder auch mehrerer ökonomischer Funktionen dieser verbundenen Personen auf den gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetrieb.

Die Genossenschaft als der gemeinschaftliche Wirtschaftsbetrieb, sei es von Haushaltungen oder Erwerbsbetrieben, ist also scharf abzugrenzen von den einzelnen Personen, den Genossen, die bestimmte ökonomische Funktionen an den Wirtschaftsbetrieb übertragen. Die Genossenschaft als gemeinschaftlicher Wirtschaftsbetrieb ist Gemeinwirtschaft. Wenn es so vielerlei Arten von genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft gibt, so hängt dies damit zusammen, daß teils nur einige oder wenige, teils aber sehr viele – im Grenzfall alle ökonomischen Funktionen der geeinten Genossen – an den gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsbetrieb übertragen werden wie damit, daß diese Funktionen selbst wieder unter sich sehr verschieden sind.

Einen gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsbetrieb mit mannigfaltigen Funktionen stellt der Verband schweiz. Konsumvereine dar. Welches sind seine Ziele und auf welche Grundsätze stützen sie sich? Richtunggebend für die gesamte Konsumgenossenschaftsbewegung

Konsumgenossenschaftliche Grundsätze der Rochdaler Pioniere nach Holyoake (1844)	Das IGB-System (1937)	Heute geltende Grundsätze (auf die Schweiz beschränkt)
1. Die Pioniere geben das Beispiel der Gründung einer Konsumgenossenschaft mit einem Kapital, das sie zu- meist selbst aufgebracht haben 2. Sie verkaufen nur reine, unverfälschte Ware 3. Sie geben volles Maß und Gewicht 4. Sie verkaufen zum ortsüblichen Preis, unterbieten also die Kleinhandl er nicht 5. Sie nehmen keinen Kredit, geben aber auch keinen Kredit 6. Sie gewähren den Mitgliedern eine Rückvergütung nach Maßgabe ihrer Bezüge 7. Sie veranlassen die Mitglieder, ihre Rückvergütung in der Sparkasse der Genossenschaft anzusammeln und er- ziehen sie so zur Sparsamkeit 8. Sie setzen den Zinsfuß auf 5% fest, damit Arbeit und Umsatz die Mög- lichkeit eines angemessenen Nutzens haben 9. Sie verteilen in der Fabrikation den Überschuß nach Maßgabe der Lohn- höhe an die, welche ihn erzielt haben 10. Sie werfen 2 1/2% des Überschusses für Bildungszwecke aus, um so den Mit- gliedern Gelegenheit zu geben, sich fortzubilden und ihre Leistungen zu steigern	Warenabgabe zu Tagespreisen oder Ver- kauf zu Selbstkostenpreisen* Barzahlung Rückvergütung im Verhältnis zu den Einkäufen Beschränkte Kapitalverzinsung Förderung der genossenschaftlichen Bil- dung	Verkauf zu Tagespreisen bzw. Verkauf zu modifizierten Kostenpreisen Barzahlung bzw. Kreditgewährung unter bestimmten Voraussetzungen Rückvergütung des Überschusses nach Bezug Erziehung zur Sparsamkeit zwecks Kapi- talbeschaffung Beschränkte Kapitalverzinsung Förderung der Erziehung

11. Sie gewähren allen Mitgliedern bei allen Anträgen und Beschlüssen das allgemeine Stimmrecht (1 Mitglied = 1 Stimme) 12. Sie erstreben die Vermehrung genossenschaftlichen Güteraustausches und der genossenschaftlichen Produktion durch Gründung einer Stadt der Arbeit, in welcher es Verbrechen und Ausbeutung nicht mehr geben sollte 13. Durch Gründung einer Großeinkaufsgenossenschaft schaffen sie die Möglichkeit, ihren Grundsatz, nur Waren von verbürgter Echtheit zu vermitteln, durchzuführen 14. Sie betrachten die Genossenschaft als Keim zu einem neuen, sozialen Leben, welches durch wohlgeleitete Selbsthilfe allen Arbeitenden sittlichen Hochstand und gutes Auskommen gewährleistet	Demokratische Verwaltung	Demokratische Verwaltung
15. 16. 17. 18. 19. 20.	Offene Mitgliedschaft Politische und konfessionelle Neutralität Warenabgabe ausschließlich an Mitglieder; Warenabgabe an Nichtmitglieder unter besonderen Umständen* Freiwilliges Genossenschaftswesen* Unteilbare, unbeschränkte Reserven*	Offene Mitgliedschaft Politische Neutralität Warenabgabe ausschließlich an Mitglieder bzw. Freigabe des Verkaufes unter bestimmten Voraussetzungen Bildung unteilbarer, unbeschränkter Reserven Einhaltung des Wirtschaftsgebietes
Von diesen Regeln sind jedoch Nr. 1, 11, 15 und 18 Richtlinien der Genossenschaftsbildung und keine Grundsätze. Nr. 9 ist ein Grundsatz der Co-partnership-Schule und hat mit der Konsumgenossenschaft direkt nichts zu tun Nr. 12 und 14 umschreiben ideologische Fernziele, die als Prinzipien kaum in Frage kommen. * Diese Grundsätze werden im Bericht als andere wesentliche Prinzipien des Genossenschaftswesens bezeichnet.		

sind auch in der Schweiz immer noch die 1844 von den Redlichen Rochdaler Pionieren aufgestellten Grundsätze, welche in der beiliegenden Aufstellung den heute in der Schweiz geltenden Grundsätzen sowie denjenigen, die der Internationale Genossenschaftsbund anlässlich seines 1937 in Paris abgehaltenen Kongresses festsetzte, gegenübergestellt sind.

Wesentliche Punkte des «Rochdaler Programms» besitzen heute noch ihre Daseinsberechtigung, teilweise sind sie uns heute selbstverständlich und anerkannt, zum andern Teil haben sie aber auch durch die Entwicklung der Wirtschaft und des zunehmenden staatlichen Interventionismus von ihrer Bedeutung in großem Maße eingebüßt; sie reichen nicht mehr aus, um als Waffe und Ziel einer erstarkten Genossenschaftsbewegung zu dienen.

Daß Postulate wie «Nur reelle Waren dürfen den Mitgliedern vermittelt werden», «Es muß volles Gewicht und Maß gegeben werden» vor hundert Jahren von großer Bedeutung waren, steht außer Zweifel. Sie haben aber heute kaum mehr eine spezifisch-genossenschaftliche Bedeutung, denn Gesetze, Lebensmittelpolizei und andere staatliche Normen und Maßnahmen gelten heute für den Handel ganz allgemein.

Durch die staatliche Preiskontrolle, wie sie auch in der Schweiz teilweise gehandhabt wird, aber auch durch die staatliche Preisgarantierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Milch, Butter, Käse, Fleisch usw.) sowie auch durch die Schutzzollpolitik des Bundes ist eine Preisüberverteilung seitens der Detaillisten bei den täglichen Konsumgütern, wie sie zur Hauptsache von den Konsumgenossenschaften vermittelt werden, ohnehin erschwert oder teilweise unmöglich gemacht worden, so daß dieser Programmpunkt als spezifisch genossenschaftliche Forderung der Grundlage entbehren würde.

Durch die Betätigung sowohl der Zentralstelle als auch der einzelnen lokalen Konsumgenossenschaft im Sektor des Bankwesens einerseits und andererseits durch die seit Jahrzehnten getätigten Rückstellungen und Reserven durch die Konsumgenossenschaftsbewegung, hat der Programmpunkt, wonach das Betriebskapital nach Möglichkeit von den Mitgliederkreisen aufzubringen ist, für die Weiterentwicklung der bestehenden, mit reichem finanziellem Rückhalt versehenen Genossenschaften nur noch eine sekundäre Bedeutung.

Zu den segensreichsten Auswirkungen der bisherigen Tätigkeit der Konsumgenossenschaft gehört unzweifelhaft der Kampf für die Durch-

setzung des Barzahlungsprinzips für die Abgabe von ausgesprochenen Konsumgütern. Noch ist die Kreditgewährung im Kleinverkauf nicht gänzlich ausgerottet, aber die Ausmaße, die das Kreditsystem vor dem Aufkommen der Konsumgenossenschaften hatte, sind heute doch beinahe überall, auch außerhalb der Konsumgenossenschaftsbewegung, auf ein erträgliches Ausmaß zurückgeführt worden. Die durch das Beispiel der Konsumgenossenschaften quasi Allgemeingut gewordene Barzahlung ist im weitesten Umfang im Detailhandel so sehr zur Selbstverständlichkeit geworden, daß man nur zu leicht vergißt, welchen Segen sie eigentlich in sich birgt. Das Prinzip der Barzahlung soll aus drei Gründen weiter erstrebenswertes Ziel bleiben: 1. aus Rücksicht auf den Verbraucher, 2. wegen des Prinzips der Gleichberechtigung aller Mitglieder und 3. im Interesse des gemeinsamen Wirtschaftsbetriebes der Konsumgenossenschaft.

Am meisten umstritten ist heute wohl noch der Grundsatz der Überschußverteilung. Ob die Verteilung nach Maßgabe der Bezüge oder auf einer anderen Grundlage vorgenommen werden soll und muß, steht heute nicht mehr in erster Linie zur Diskussion, wenn auch noch verschiedentlich der Vorstoß unternommen wird, die Rückvergütung nach Maßgabe der Kaufkraft des Mitgliedes bzw. seines jährlichen Bezuges bei progressiver Staffelung zu verteilen. Es erhebt sich aber immer mehr die ernste Frage, ob das System der Rückvergütung auf allen Waren überhaupt verlassen werden oder ob man sich damit begnügen soll, nur die im Durchschnitt recht hohe Rückvergütungsquote wesentlich zu reduzieren. Allgemein ist heute der VSK der Ansicht, daß die Rückvergütung der Konsumgenossenschaften den durchschnittlichen Prozentsatz von 6% nicht übersteigen sollte. Dadurch soll vermieden werden, daß die Konsumvereine des für eine aktive Preispolitik erforderlichen Spielraumes verlustig gehen.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war das Streben der meisten Genossenschaften darauf gerichtet, möglichst hohe Rückvergütungen herauszuwirtschaften. Schon *J. Fr. Schär*, dann aber auch *B. Jaeggi* haben oft davor gewarnt unter dem Hinweis, daß die Schaffung von Sicherheiten, von Reserven, und die Vornahme angemessener Abschreibungen, ganz besonders bei jungen Genossenschaften, der Steigerung der Rückvergütungen vorangehen müssen. An manchen Orten bildeten und bilden noch heute die hohen Rückvergütungssätze *das* Propagandamittel und allem Anschein nach einen der leitenden Geschäftsgrundsätze.

Stellen wir uns die Frage, ob die Grundsätze der Rochdaler Pioniere wirklich noch ein allgemein anzustrebendes wirtschaftspolitisches Ziel sein können, welches eine Bewegung, die seit über hundert Jahren besteht, zu tragen vermag!

Es ist schwierig, diese Frage abschließend zu beantworten. Wie bereits am Anfang dieses Kapitels erwähnt, sind für die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung auch heute noch die Rochdaler Grundsätze richtunggebend. Wesentliche Grundgedanken der Redlichen Pioniere von Rochdale, wie die Selbsthilfe, das «akapitalistische Verhalten» usw., bilden wohl noch die Träger jeder wahren Genossenschaft. Richtunggebend heißt aber nicht allesumfassend, und obwohl die Rochdaler Grundsätze zum geistigen Fundament des Verbandes schweiz. Konsumvereine gehören, ist es zum mindesten fraglich, ob sich der VSK mit diesem Minimum an Prinzipien in der gleichen Weise hätte entwickeln können, wie er dies seit seiner Gründung im Jahre 1890 getan hat. Der VSK stellte sich von Anfang an auf den Standpunkt der strikten politischen und konfessionellen Neutralität – ein Grundsatz, den wir in den Urstatuten der Redlichen Pioniere aus naheliegenden Gründen noch vermissen¹.

Die anfängliche Nichtbeachtung dieses Grundsatzes wurde noch um die Jahrhundertwende in der Schweiz manchen lokalen Konsumgenossenschaften zum Verhängnis und hätte gegebenenfalls wahrscheinlich auch den VSK in kritische Situationen bringen können. Ein anderer neuer Gedanke, der die lokalen Konsumgenossenschaften vor eventuellen ungesunden Expansionen bewahrt und eine saubere Lösung mit dem Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (VOLG) brachte, stellt die Respektierung des beanspruchten Wirtschaftsgebietes dar. Das Tätigkeitsgebiet jeder dem

¹ Das allgemeine Stimmrecht war in der Mitte des 19. Jahrhunderts in England noch unbekannt und wurde nur sukzessive eingeführt, nämlich:

Jahr	stimmfähige Männer	stimmfähige Frauen
1832	20%	–
1867	40%	–
1885	75%	–
1918	100%	70%
1929	100%	100%

Die Frage der konfessionellen Neutralität konnte sich in England bei der Dominanz der englischen Hochkirche gar nicht stellen.

VSK angeschlossenen Konsumgenossenschaft ist geographisch abgegrenzt; VOLG und VSK verpflichten sich, darüber zu wachen, daß keines ihrer Mitglieder in Ortschaften, wo die Schwesterorganisation bereits Verkaufsstellen unterhält, neue Läden eröffnet.

Ein von den meisten Genossenschaften verfochtenes Prinzip, nämlich die Äufnung unbeschränkter und unteilbarer Reserven, wurde vom VSK stets eingehalten, in besonders starkem Maße unter der Ägide seines ehemaligen Präsidenten der Verwaltungskommission, Dr. B. Jaeggi. Die Befolgung dieser Devise erlaubte es dem VSK, bedeutende Reserven zu äufnen, mit deren Hilfe es möglich war, wesentliche Postulate der zweiten und dritten Etappe des von *Charles Gide*² vorgezeichneten Genossenschaftsprogramms in Angriff zu nehmen und zum Teil zu verwirklichen. Dabei bedienten sich die in der Dachorganisation des VSK zusammengeschlossenen Konsumenten, wie wir in der Folge sehen werden, nicht selten der Zweckgenossenschaften.

² Vgl. Kapitel 1.

DIE STELLUNG DER ZWECKGENOSSENSCHAFTEN INNERHALB DER SCHWEIZ. KONSUMGENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

Für eine ganze Reihe von Sonderaufgaben wurden im Laufe der Jahre vom VSK in Verbindung mit seinen Verbandsgenossenschaften *Zweckgenossenschaften* geschaffen. Als besondere Gründe, welche die Entstehung solcher Zweckgenossenschaften begünstigt haben, sind zunächst solche Fälle zu erwähnen, in denen eine Aufgabe zwar nur für einen Teil der Glieder des VSK von Bedeutung ist, diese aber – zu mindest mittelbar – eben doch durch den Verband an die Hand genommen werden sollte. Versicherungs- und Bankgeschäfte weichen weitgehend von den üblichen Tätigkeitskreisen eines Verbandes von Konsumgenossenschaften ab, so daß gerade diese Zweige mit vollem Recht verselbständigt wurden. Schließlich aber – und hier greift ein Verband wie der VSK nun weit hinaus über seine gewohnten und gewöhnlichen Aufgaben – können umfassendste nationale Ziele wie sie zum Beispiel die Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau verkörpert, nicht von einem seiner Natur nach begrenzten Organismus gelöst werden.

Allen diesen Sondergebilden gemeinsam aber ist, daß sie eine finanzielle Beteiligung der – neben dem VSK – zunächst Interessierten ermöglichen, ja sie geradezu erheischen. Damit aber werden neben den Verbandsgenossenschaften auch weitere Kreise in die gemeinsame Aufgabe mit einbezogen. Und auch ein weiterer Gesichtspunkt darf hier erwähnt werden: Entspricht schon ein stufenmäßig fortschreitender, bundesstaatlicher Aufbau schweizerischer Eigenart, so enthält die wirtschaftliche Untergliederung, wie sie dem VSK eigen ist, ebenso ein Stück eidgenössischer Überlieferung¹.

Die Schweiz ist das genossenschaftsreichste Land der Welt; mit

¹ Müblemann, Dr. H., Der Verband schweiz. Konsumvereine und seine volkswirtschaftlichen und sozialen Leistungen, S. 12, Basel 1942.

ihren 4,7 Millionen Einwohnern und rund 1,1 Millionen Haushaltungen zählte sie 1951 12 380 im Handelsregister eingetragene Genossenschaften. Dies ergibt auf je 380 Einwohner eine Genossenschaft.

Jede Schweizer Familie gehört zwei bis drei Genossenschaften als Mitglied an, oft ohne sich dieser Tatsache vollauf bewußt zu sein, zum Beispiel als Mitglied einer Elektrizitätsgenossenschaft oder als Versicherungsnehmer einer Versicherungsgenossenschaft usw. Von den zirka 1,1 Millionen Haushaltungen sind rund 500 000 Mitglied einer lokalen Konsumgenossenschaft, das heißt über 45%.

Der Verband schweiz. Konsumvereine (VSK), getragen von den 572 über das ganze Land verstreuten Verbandsgenossenschaften, denen er als Warenvermittler und Berater dient, ist ein auf dem Gedanken der Selbsthilfe aufgebauter Genossenschaftsverband. Alle seine Einrichtungen, seine Zweckgenossenschaften und Stiftungen verfolgen das Ziel, den über 500 000 genossenschaftlich organisierten Familien oder Einzelpersonen zu dienen, das heißt zusammen mit den lokalen Genossenschaften, wo immer möglich, zur Verbesserung der Lebenshaltung, besonders der wirtschaftlich Schwachen, beizutragen. Die Organisation, welche zu diesem Zwecke den organisierten Konsumenten zur Verfügung steht, ist aus Tabelle 2 ersichtlich.

Es ist schwierig, die Zweckgenossenschaften systematisch zu klassieren, sind sie doch weder den Genossenschaftsverbänden im engeren Sinne des Wortes, noch viel weniger den lokalen Konsumgenossenschaften gleichzustellen.

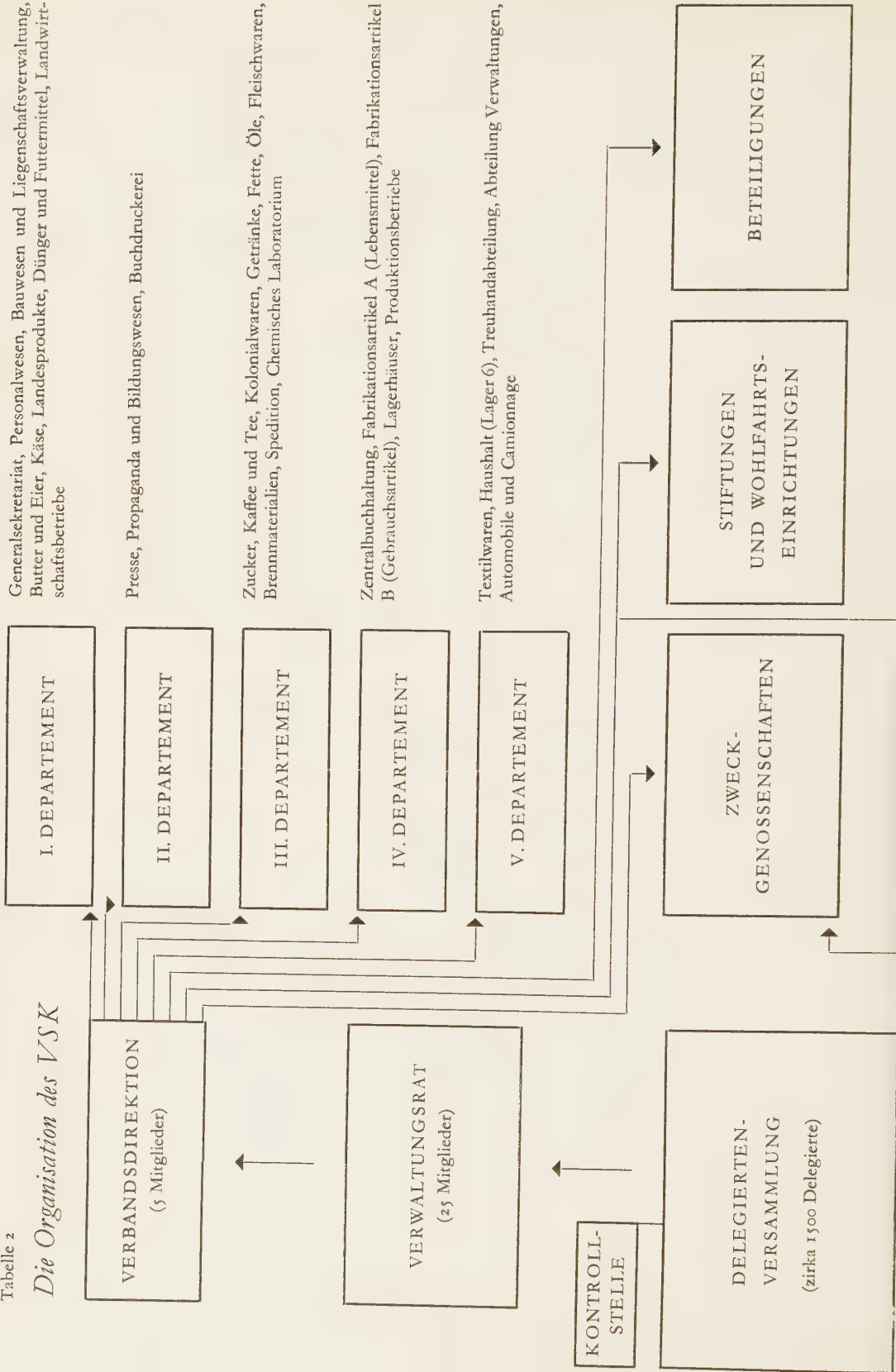
Nach der Genossenschaftssystematik von *H. Handschin*² lassen sich die Genossenschaften in solche ersten, zweiten und dritten Grades klassieren, nämlich:

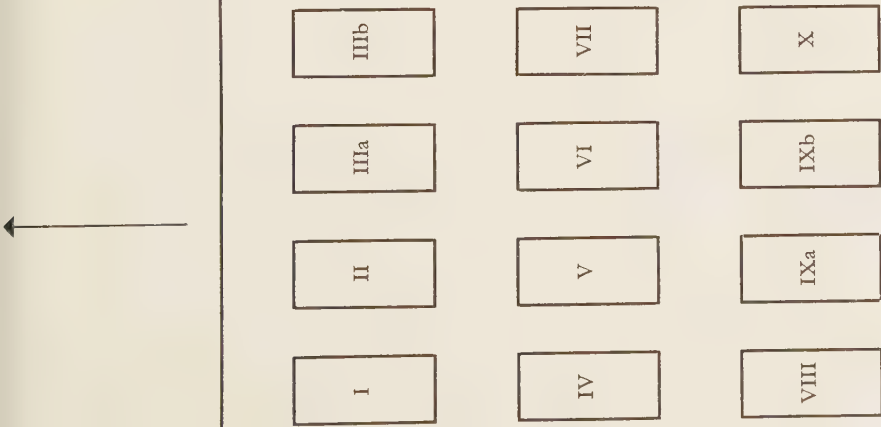
1. Genossenschaften ersten Grades = Genossenschaften mit physischen Personen als Mitglieder.
2. Genossenschaften zweiten Grades = Verbände mit Genossenschaften ersten Grades als Mitglieder.
3. Genossenschaften dritten Grades = Genossenschaftsverbände mit Genossenschaften zweiten Grades als Mitglieder.

² *Handschin, H.*, Die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung, Basel, Buchdruckerei VSK.

Tabelle 2

Die Organisation des VSK





12 Kreisverbände der 572 dem VSK angeschlossenen Verbandsvereine, welche über 582 000 Mitglieder vertreten.

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (VASK), Basel
 Mühlengenosenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK), Zürich
 Milcheinkaufsgenossenschaftschweiz. Konsumvereine (MESK), Basel
 Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft, Basel
 Minoterie coopérative du Léman, Rivaz
 Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG), Kerzers
 Möbel-Genossenschaft, Basel, Zürich und Biel
 Genossenschaft Schuh-Coop, Basel
 Genossenschaftliche Zentralbank, Basel
 Genossenschaft Coop-Haus, Basel
 Teigwarenfabrik Münsingen
 «St. Johann» Lagerhaus- und Schifffahrtsgesellschaft (SILAG), Basel
 Fabrique de pâtes alimentaires (F.C.P.M.), Morges

Siedlungsgenossenschaft Freidorf, Freidorf bei Basel
 Stiftung zur Förderung von Siedlungsgenossenschaften, Freidorf bei Basel
 Genossenschaftliches Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi), Freidorf bei Basel; Kinderheim Mümliswil
 Stiftung zur Bildung integraler Genossenschaften, Basel (Stiftung von Professor Henri Lasserre, Toronto)
 Ferienheim Co-op, Weggis
 Ferienheim Co-op, Jongny bei Vevey
 Patenschaft Co-op

INSTITUTION DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Ausgleichskasse VSK

→ Schuhfabrik Wettingen

Bell AG., Basel
 Steiner S.A., Tarragona
 Schweizerische Käseunion, Bern
 «Butyra», Schweizerische Zentralsstelle für Butterversorgung, Bern
 Basellandschaftliche Überlandbahn, Liestal
 Magazzini generali a Chiasso
 Basler Freilagergesellschaft, Münchenstein
 Produzenten- und Konsumentengenosenschaft Rorschach und Umgebung, Staad
 Obstkühlhaus Langenthal
 Obstkühlhaus St. Margrethen
 Saponia S.A., Monthey
 Seifenfabrik Suter, Moser & Co. AG., St. Gallen

Tabelle 3

*Die Zweckgenossenschaften nach der Genossenschaftssystematik
von H. Handschin*

Name der Zweckgenossenschaft	Tätigkeitsbereich	Einteilung nach der Genossenschaftssystematik von H. Handschin
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsum- vereine	Versicherungsanstalt des genossenschaftlichen Personals	Genossenschaft 2. Grades*
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsum- vereine	Herstellung und Vermitt- lung von Mehl	Genossenschaft 2. Grades
3. Milcheinkaufsgenos- senschaft schweiz. Konsumvereine	Vermittlung von Milch	Genossenschaft 2. Grades
4. Coop Lebensversiche- rungsgenossenschaft	Lebensversicherungsanstalt	Genossenschaft 1. Grades
5. Minoterie coopérative du Léman	Herstellung und Vermitt- lung von Mehl	Genossenschaft 2. Grades
6. Schweiz. Genossen- schaft für Gemüsebau	Erzeugung landwirtschaft- licher Produkte	Genossenschaft 2. Grades*
7. Möbel-Genossenschaft	Möbelvermittlung	Genossenschaft 2. Grades
8. Schuh-Coop	Herstellung und Vermitt- lung von Schuhen	Genossenschaft 2. Grades
9. Genossenschaftliche Zentralbank	Bankinstitut	Genossenschaft 2. Grades*
10. Genossenschaft Coop-Haus	Immobilienverkehr	Genossenschaft 3. Grades
11. Teigwarenfabrik Münsingen	Herstellung von Teigwaren	Genossenschaft 2. Grades
12. «St. Johann» Lager- haus- und Schifffahrts- gesellschaft	Lagerhaus, Schifffahrtsbetrieb	Genossenschaft 3. Grades
13. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	Herstellung von Teigwaren	Genossenschaft 2. Grades

* Auch Einzelmitglieder zulässig

Zählen nun die Zweckgenossenschaften zu den Genossenschaften ersten, zweiten oder dritten Grades? Da ihnen eine Reihe von Sonderaufgaben zugeteilt ist, die sich zum Beispiel von der Versicherung

von Einzelpersonen (Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft) bis zur Liegenschaftsverwaltung von Zweckgenossenschaften (Genossenschaft Coop-Haus) erstrecken, müssen sie notwendigerweise – wie aus Tabelle Nr. 3 ersichtlich – verschiedenen Grades sein. Das Kriterium des Grades stellt demnach kein ausschlaggebendes Wesensmerkmal der Zweckgenossenschaften dar, obwohl es sich bei diesen – mit zwei Ausnahmen – um Genossenschaften höheren Grades, vorweg zweiten Grades handelt.

Da aber andererseits die Zweckgenossenschaften unter der finanziellen Mitwirkung einzelner Konsumgenossenschaften und des VSK gegründet werden, wollen wir sie vorerst als einem speziellen Zweck dienende Genossenschaften, die dem VSK und den lokalen Konsumgenossenschaften und eventuell anderen Organisationen zwischengelagert sind, definieren. Die Untersuchungen in den nächsten Kapiteln, vorab die Darstellung über die Entstehung und Entwicklung der Zweckgenossenschaften, wird uns erst die Definition dieser Unternehmungsform ermöglichen.

IV. KAPITEL

GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER ZWECKGENOSSENSCHAFTEN

	Gründungsjahr
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	1909
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine	1912
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	1916
4. Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft	1917
5. Minoterie coopérative du Léman	1917
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	1918
7. Möbel-Genossenschaft	1919
8. Schuh-Coop	1925 (1912)
9. Genossenschaftliche Zentralbank	1927
10. Genossenschaft Coop-Haus	1927
11. Teigwarenfabrik Münsingen	1936
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft	1937
13. Fabrique coopérative de pâtes alimentaires, Morges	1939

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (VASK) (gegründet 1909)

Die moralischen Verpflichtungen gegenüber den Angestellten in einer Genossenschaft sind größer als in irgendeinem Privatbetrieb. Es ist daher nicht erstaunlich, daß schon bald nach der Gründung des VSK von verschiedenen Seiten auf die Wünschbarkeit einer Alters-, Invaliditäts- und Hinterlassenenversicherung hingewiesen wurde. Schon weil sich dieses Bedürfnis nicht nur im erstarkenden VSK, sondern auch in den größeren Vereinen geltend machte, war die Errichtung einer selbständigen Genossenschaft das Gegebene. Auf diese Weise konnte gleichzeitig auch eine der wesentlichen Voraussetzungen der Versicherung überhaupt erfüllt werden: die Verteilung des Risikos auf eine möglichst große Zahl. Überdies hätten aber die gesetzlichen Bestimmungen über das Versicherungswesen nicht gestattet, ein Versicherungsvermögen, das nicht gesondert von demjenigen des VSK oder einem seiner Verbandsvereine verwaltet wird, zu äufnen.

Aus diesen Gründen konnte somit de facto und de jure nur eine neue Genossenschaft – in unserem Falle eine Zweckgenossenschaft – die Aufgabe als Versicherungsanstalt des VSK und der ihm angeschlossenen Konsumvereine übernehmen.

An der Delegiertenversammlung von 1898¹ wurde zum ersten Male ein Antrag in dieser Richtung gestellt. 1900 wurde grundsätzlich der Schaffung einer Hilfs- und Unterstützungskasse für die Angestellten des VSK zugestimmt und gleichzeitig ein erster Beitrag von 1000 Franken in diese eingelegt. Von nun an wurde der Fonds regelmäßig geäuftnet und – was vielleicht bedeutsamer ist – es verging keine Delegiertenversammlung mehr, ohne dass nicht immer dringender die Schaffung einer Versicherungsanstalt gefordert wurde. 1907 legte der Verbandsvorstand einen Statutenentwurf für die zu gründende Pensionskasse vor. Dieser wurde an eine Kommission gewiesen und im folgenden Jahre in abgeänderter Fassung gutgeheissen.

Am 9. Mai 1909 endlich konnte in Olten die Gründungsversammlung abgehalten werden. Neben dem Verband gehörten zu den Gründermittgliedern die Konsumgenossenschaften von Bern, Lausanne, Steffisburg, Olten, Frauenfeld und Winterthur. Zunächst beschränkte man sich auf die Invalidenversicherung. Schon 1913 jedoch wurde die Hinterlassenenversicherung angegliedert und 1919 kam als Ergänzung der Invalidenversicherung die Altersversicherung hinzu, die es heute ermöglicht, daß weibliche Angestellte im Alter von 60 und männliche im Alter von 65 Jahren sich ohne Nachweis der Invalidität pensionieren lassen können.

Die Entwicklung der VASK verlief etwas unregelmäßig, doch zeigte sich in den rasch zunehmenden Mitgliederbeständen die Bedeutung des Instituts.

1952 zählte die Versicherungsanstalt:

a) in der Alters- und Invalidenversicherung:	b) in der Hinterlassenenversicherung:
222 Mitglieder mit 5822 Versicherten	144 Mitglieder mit 4328 Versicherten

¹ Damals stellte die Konsumgenossenschaft Bern an die Delegiertenversammlung in Chur folgenden Antrag: «Die Verbandsvereine werden eingeladen, zu prüfen und beförderlichst an den Verbandsvorstand Bericht zu erstatten, ob auf dem Boden des Verbandes die Gründung eines Pensionsfonds für alters- und krankheitsinvalide Angestellte der Genossenschaft wünschenswert sei.»

Eintrittsgelder, Prämienleistungen und Nachzahlungen erreichten:

1909	Fr. 43 000.—	1931	Fr. 2 301 000.—
1913	Fr. 477 000.—	1934	Fr. 2 374 000.—
1916	Fr. 388 000.—	1937	Fr. 2 472 000.—
1919	Fr. 2 386 000.—	1940	Fr. 2 704 000.—
1922	Fr. 1 245 000.—	1943	Fr. 3 187 000.—
1925	Fr. 2 861 000.—	1946	Fr. 8 110 000.—
1928	Fr. 2 234 000.—	1949	Fr. 6 174 000.—
	1952	Fr. 7 138 000.—	

Die Zahl der Pensionierten belief sich Ende 1952:

a) in der Alters- und Invalidenversicherung auf 1158	b) in der Hinterlassenenversicherung auf 464
--	--

An Pensionen, Sterbe- und Austrittsgeldern wurden bis Ende 1952 insgesamt über

Fr. 59 000 000.—

ausbezahlt, während die gesamten Verwaltungskosten seit Gründung der Anstalt nicht ganz

Fr. 930 000.—

erreicht haben. Die verfügbaren Mittel betrugen 1952:

Fr. 120 153 000.—.

In der Regel tragen die Kollektivmitglieder zwei Drittel der statistischen Leistungen für die Alters- und Invalidenversicherung und einen Drittel für die Hinterlassenenversicherung. Das Personal hat also nur einen Drittel bzw. zwei Drittel der Prämien selbst zu tragen. Nach einer Karenzfrist von fünf Jahren beträgt die Pension je nach Tarif 30 oder 40% und erhöht sich für jedes folgende Dienstjahr um 1%. Die Witwenpension beträgt 30% des zuletzt versicherten Gehalts.

Außerdem haben die Kinder eines verstorbenen Versicherten Anspruch auf eine Waisenpension, welche bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr des Kindes ausgerichtet wird. Die Pension für Halbwaisen beträgt 15% der versicherten Besoldung für ein Kind, 25% für zwei Kinder, 30% für drei und mehr Kinder. Die Pension für Doppelwaisen beträgt 20% der versicherten Besoldung für ein Kind, 35% für zwei Kinder, 50% für drei und mehr Kinder.

Die sehr guten Versicherungsbedingungen führten erstmals 1926 zu einem versicherungstechnischen Defizit von rund 3,8 Millionen Franken. Die folgende Reorganisation zog unter anderem eine Prämienerhöhung nach sich. Doch auch das genügte nicht. Schon neun Jahre später mußte eine zweite Sanierung durchgeführt werden, hatte sich doch wiederum ein sehr erhebliches versicherungstechnisches Defizit herausgebildet. Nach dieser zweiten Sanierung belief es sich noch auf 2,5 Millionen Franken und konnte bis Ende 1940 auf 1,8 Millionen Franken reduziert werden.

Endlich mußten durch die am 29. Juni 1949 beschlossene Teilrevision der Statuten und Inkraftsetzung zeitgemäßer Tarife die Eingänge an Prämien erhöht werden. Gleichzeitig wurden aber auch erhöhte Invaliden- und Hinterlassenenrenten, Einführung einer Invalidenkinderrente, verlängerte Auszahlung der Waisen- und der Invalidenkinderrente bis zum 20. Altersjahr beschlossen.

Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK)

(gegründet 1912)

1797 errichteten englische Arbeiter erstmals eine genossenschaftliche Mühle²; 1851 gründeten die Redlichen Pioniere von Rochdale ebenfalls eine Mühle³, welche sich sehr gut entwickelte. Die erste schweizerische Genossenschaftsmühle finden wir 1852 in Genf, die allerdings später wieder einging.

Den schweizerischen Konsumvereinen gelang es bis in die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, ihre Mitglieder mit billigem und vollwertigem Brot zu versorgen, sei es durch Errichtung eigener Bäckereien, sei es durch Lieferungsverträge mit ortsansässigen Bäckermeistern. Mit der Zunahme und weiteren Entwicklung der schweizerischen Konsumgenossenschaften mehrten sich aber auch die Konsumbäckereien⁴. In der Folge betrachteten die privaten Bäcker den sich stei-

² Bekanntlich wurde im Mittelalter das Kapital, das zur Erstellung gewerblicher Anlagen aufgebracht werden mußte, allgemein durch Bann- und Monopolrecht geschützt.

³ B. Jones, *Cooperative Production*, Oxford 1894.

⁴ Die 1839 in Schwanden (Glarus) gegründete Aktienbäckerei ist in der Schweiz die erste Gesellschaft mit eindeutig genossenschaftlichem Charakter (Rückvergütung nach Maßgabe des Bezuges und nicht nach der Anzahl der Anteilscheine [Aktien]). Siehe H. Faucherre, a.a.O., S. 10 ff.

gernden Mehl- und Brotverkauf in den Konsumläden immer mehr als eine beengende Konkurrenz und forderten von den Müllern immer entschiedener die Einstellung der Mehllieferungen an die Konsumbäckereien. Gleichzeitig hatten sich verschiedene Müllerkartelle gebildet, die sich durch Preisbindungen gegen Unterangebote aus dem eigenen Berufskreise schützen wollten. Der Zwang, der von diesen Kartellen ausging, hinderte vor allem die Konsumgenossenschaften in der *freien Preisbildung* für Mehl und Brot. Überdies schreckten einige Müllerkartelle auch nicht vor der Boykottierung von Konsumbäckereien zurück.

Namentlich der Allgemeine Consumverein Luzern hatte unter dem Boykott seiner bisherigen Müller zu leiden und unterbreitete 1897 der Delegiertenversammlung des Verbandes schweiz. Konsumvereine folgenden Antrag: «...der Vorstand habe zu prüfen und zu berichten, ob nicht mit der Errichtung oder dem Ankauf und dem Betrieb einer eigenen Verbandsmühle die Mehl- und Brotversorgung der Konsumvereine sichergestellt werden könnte.» In diesem Zeitpunkt waren aber die finanziellen Mittel des VSK noch viel zu schwach, um an die Errichtung einer eigenen Mühle heranzugehen, und der Antrag mußte vorläufig noch zurückgestellt werden.

Erneut und eingehend wurde die Frage der Errichtung einer eigenen Mühle an der Delegiertenversammlung des VSK 1904 in Liestal behandelt. Anlaß dazu bot ein in der Ostschweiz neugegründetes Müllerkartell. Herr Jaeggi, damals Verwalter des VSK, sah bereits jene Gefahren voraus, die dann viele Jahre später tatsächlich eintrafen und zur Gründung der genossenschaftlichen Mühle führten, nämlich, daß die Müllerkartelle *gesamthaft* von den Bäckervereinen gezwungen werden könnten, die Konsumvereine zu boykottieren. Inzwischen nahm die Delegiertenversammlung von 1904 folgenden Antrag der Verbandsleitung an:

«Die Delegiertenversammlung erteilt dem Vorstand Auftrag, den Verband bei der Gründung von Genossenschaftsmühlen für die Verbandsvereine zu beteiligen; sie bewilligt zum voraus die Mittel, die der Vorstand hiefür nötig erachtet, unter der Bedingung, daß der Nachweis einer genügenden Konsumation geleistet wird, daß der Verband die Leitung solcher Mühlen erhält und daß das Risiko in gerechter Weise von den bei der Gründung beteiligten Vereinen mitgetragen werde.»

Unterdessen kamen und verschwanden Müllerkartelle, und es kämpften die Bäckerverbände um einen engeren Zusammenschluß der

eigenen Reihen. Der Lebensmittelverein Zürich, der Konsumverein Langnau a. A. und viele aargauische Konsumgenossenschaften standen zeitweise in hartem Abwehrkampf. Die Bäcker versuchten immer wieder, den Brotpreis durch Abmachungen zu binden, aber es fehlte die wirksame Kontrolle. Um diese zu verwirklichen, setzte es der Schweiz. Verband der Bäcker durch, daß der sogenannte «Kontrollbuchvertrag» zustande kam, durch den die Vereinsmitglieder, aber auch alle Außen-seiter gezwungen werden sollten, den von ihrem Verbande bestimmten Preis innezuhalten. Paragraph 11 dieses Vertrages lautete: «Die unterzeichneten Kontrahenten verpflichten sich, jeden geschäftlichen Verkehr mit solchen Personen sofort abubrechen, die vom Geschäftsausschuß als Vertragsgegner bezeichnet worden sind (das heißt, alle Lieferungen sofort aufzuheben und die Verträge zu lösen). Indirekte Lieferungen sind untersagt.»

Die schweizerischen und auch einige süddeutsche Mühlen wurden genötigt, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Am 1. Juni 1912 erhöhten die zürcherischen Bäcker den Brotpreis. Weil der Lebensmittelverein Zürich (LVZ) sich nicht an diesem Preisaufschlag beteiligte, wurde er als Gegner des «Kontrollbuchvertrages» boykottiert. Da aber der boykottierte LVZ an seinen bisherigen Brotpreisen unbedingt festhielt, gelangte er an den VSK um Unterstützung in seinem Kampfe. Statt nun aber den streitbaren Vertrag auf Ende 1912 aufzuheben, verlangten die Bäcker sogar dessen Verschärfung. Damit war für den VSK das Zeichen gegeben, die Pläne der Delegiertenversammlung von Liestal in die Tat umzusetzen. Er tat es rasch, galt es doch die Mehlbeschaffung für den Verband und seine Vereine sicherzustellen. 1910 vermittelten bereits 221 Konsumvereine außer Mehl auch das tägliche Brot.

Wegen «unbefriedigender» Verhältnisse, wobei auch der «Kontrollbuchvertrag» mitspielte, war die E. Maggis Stadtmühle⁵ in Zürich zu verkaufen. Es war dies die größte Schweizer Mühle, vorzüglich eingerichtet; Leistungsfähigkeit 60 Wagen Mehl pro Woche; Kaufpreis Fr. 1 700 000.—. Die Mühle war imstande, nahezu zehn Prozent der gesamten schweizerischen Weizeneinfuhr zu vermahlen.

Um die Meinung der für den Kauf dieser Mühle in Frage kommen-

⁵ Diese Mühle gehörte Eugen und Armin Maggi, Neffen des Julius Maggi, welcher die weltbekannte Firma Maggi & Co. in Kempthal gründete.

den Vereine zu erfahren, berief die Verwaltungskommission des VSK auf den 21. Juli 1912 eine vertrauliche Konferenz nach Zürich ein, an der die interessierten Kreisvorstände (aus den Vereinen der Kantone Zürich, Schaffhausen, Aargau, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Appenzell, St. Gallen und Thurgau) sowie einige Mitglieder des Aufsichtsrates und der Verwaltungskommission des VSK teilnahmen. Aus dieser Konferenz resultierte, daß später festgestellt wurde, wie groß der Mehlbedarf der in Frage kommenden Vereine war und ob diese Vereine in der Lage wären, sich an einer zu gründenden Mühlengenossenschaft zu beteiligen. 89 Vereine erklärten sich bereit, ihren Bedarf bei der genossenschaftlichen Mühle zu decken.

Unter diesen Umständen wurden Vertrauensleute des VSK und der Vereine zu einer zweiten Konferenz auf den 22. August 1912 nach Zürich eingeladen. Das in Aussicht genommene Objekt wurde jetzt genannt, die Kaufsbedingungen wurden bekanntgegeben. In seinem Referat ging Jaeggi auch auf die Finanzierung ein: ein Anteilscheinkapital von Fr. 400 000.– sei gesichert, die übrige Finanzierung besorge die Bankabteilung des VSK⁶. Ein Augenschein überzeugte die Delegierten vom guten Stande der Mühle, und daraufhin wurden die Herren Jaeggi und Dr. Balsiger, Zürich, beauftragt, den Kaufvertrag abzuschließen unter dem Vorbehalt, daß die Mühlengenossenschaft zustandekomme.

Nachdem auch der Aufsichtsrat des VSK seine Zustimmung erteilt hatte und als eine eingeholte Expertise ebenfalls befriedigend ausgefallen war, ergingen Anfang September die Einladungen zur konstituierenden Versammlung der MSK, welche einstimmig am 22. September 1912 in Zürich die Gründung der MSK vollzog.

Das Entstehen der Mühlengenossenschaft hatte zur Folge, daß das Müllerkartell (Vereinigte Mühlen AG.), dem auch die Stadtmühle angehört hatte, sich auflöste. Diese Tatsache blieb nicht ohne Einfluß auf die Preise, denn in der Folge sank der Mehlpreis um rund drei Franken pro Doppelzentner.

Zum zweiten Male innerhalb eines Jahres (vide Schuh-Coop!) war es den organisierten Konsumenten gelungen, ein mächtiges Kartell zugunsten der Konsumenten zu sprengen.

Bereits im ersten Jahre (1913) erzielte die MSK einen Umsatz von

⁶ Heute Genossenschaftliche Zentralbank.

nahezu sieben Millionen Franken, den größten Umsatz aller schweizerischen Mühlen, und einen Betriebsüberschuß von 105 000 Franken.

Da das Standortproblem (Frachten!) bei den Getreidemühlen eine bedeutende Rolle spielt, bestand schon bei der Gründung der MSK die Absicht, gelegentlich noch andere Mühlen in Betrieb zu nehmen. 1917 gelang es den Vereinen von Vevey und Lausanne, bei einer öffentlichen Steigerung die Mühle von Rivaz am Genfersee zu erwerben. Daraus entstand die «Minoterie coopérative du Léman» in Rivaz – ebenfalls eine Zweckgenossenschaft –, die eine große Anzahl westschweizerischer Konsumgenossenschaften umfaßt. Am 8. April 1941 konnte sodann die Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine in Zollikofen bei Bern die «Neumühle» erwerben, die als Filiale der MSK betrieben wird.

In den ersten Jahren ihres Bestehens – wie auch in den letzten fünfzehn Jahren – setzten die Kriegsverordnungen und das Getreidemonopol, das die Vorteile des Großbetriebes stark beeinträchtigt, der MSK in besonderem Maße zu. Wir wollen an dieser Stelle diese Nachteile – von denen wir in dem Kapitel «Minoterie coopérative du Léman» einige erwähnen – nicht einzeln aufzählen; immerhin sei beispielshalber die vom Bundesrat am 14. Oktober 1938 erlassene Regelung betreffend die Erhebung von *Ausgleichszuschlägen* auf importiertem Brotgetreide erwähnt.

Die entsprechenden Ausgleichszuschläge betrugen für jede Mühle pro Zentner und bezogen auf die jährliche Gesamteinfuhrmenge von Brotgetreide:

- | | |
|---|------------------------|
| a) Fr. -.20 je Zentner eingeführten Getreides für | 301– 500 Tonnen |
| b) Fr. -.45 je Zentner eingeführten Getreides für | 501– 1 000 Tonnen |
| c) Fr. -.65 je Zentner eingeführten Getreides für | 1 001– 2 000 Tonnen |
| d) Fr. -.85 je Zentner eingeführten Getreides für | 2 001– 3 000 Tonnen |
| e) Fr. -.95 je Zentner eingeführten Getreides für | 3 001– 5 000 Tonnen |
| f) Fr. 1.05 je Zentner eingeführten Getreides für | 5 001– 7 000 Tonnen |
| g) Fr. 1.10 je Zentner eingeführten Getreides für | 7 001–10 000 Tonnen |
| h) Fr. 1.15 je Zentner eingeführten Getreides für | 10 001–15 000 Tonnen |
| i) Fr. 1.20 je Zentner eingeführten Getreides für | 15 001 Tonnen und mehr |

Die Berechnung des abgestuften Ausgleichszuschlages hat derart zu erfolgen, daß die 301. bis 500. Tonne der jährlichen Gesamteinfuhrmenge einer Mühle mit einer Abgabe von 20 Rappen je Zentner, die 501. bis 1000. Tonne mit 45 Rappen je Zentner und so weiter belastet werden.

Trotz solchen Schwierigkeiten vermochte sich die MSK günstig zu entwickeln, wie es die folgende Umsatztablelle darlegt:

Umsätze der MSK 1913-1952

1913	Fr. 6 896 676.—	1933	Fr. 6 886 776.—
1914	Fr. 6 807 686.—	1934	Fr. 7 263 356.—
1915	Fr. 9 605 232.—	1935	Fr. 8 158 329.—
1916	Fr. 12 139 978.—	1936	Fr. 8 334 070.—
1917	Fr. 12 161 070.—	1937	Fr. 12 099 301.—
1918	Fr. 8 807 356.—	1938	Fr. 11 899 201.—
1919	Fr. 11 706 186.—	1939	Fr. 10 379 437.—
1920	Fr. 14 755 953.—	1940	Fr. 10 633 374.—
1921	Fr. 14 204 309.—	1941	Fr. 11 559 444.—
1922	Fr. 11 365 641.—	1942	Fr. 15 039 791.—
1923	Fr. 9 979 158.—	1943	Fr. 15 164 368.—
1924	Fr. 11 664 909.—	1944	Fr. 15 828 292.—
1925	Fr. 12 014 257.—	1945	Fr. 13 385 934.—
1926	Fr. 11 735 540.—	1946	Fr. 14 849 292.—
1927	Fr. 11 301 362.—	1947	Fr. 17 783 793.—
1928	Fr. 12 153 949.—	1948	Fr. 20 266 329.—
1929	Fr. 11 436 145.—	1949	Fr. 21 018 352.—
1930	Fr. 10 039 780.—	1950	Fr. 22 261 697.—
1931	Fr. 8 473 239.—	1951	Fr. 20 584 189.—
1932	Fr. 7 281 649.—	1952	Fr. 22 526 102.—

Am Ende des ersten Betriebsjahres, also am 31. Dezember 1913, gehörten bereits 61 Konsumvereine zur Mitgliedschaft der MSK mit Fr. 511 000.— gezeichnetem und Fr. 262 000.— einbezahlem Anteil-scheinkapital. Im folgenden Jahr wurde die Volleinzahlung der Anteil-scheine beschlossen. Ende 1952 waren 230 Konsumvereine mit einem Anteilscheinkapital von Fr. 675 000.— Mitglied der MSK⁷.

Der VSK hatte vom Januar 1913 an den gesamten Verkehr in Mehl und Mahlprodukten verschiedener Art auf die Mühlengenossenschaft übertragen. Damit waren auch diejenigen Verbandsvereine, die nicht Mitglied der MSK waren, für den Bezug von Mahlprodukten auf die Mühlengenossenschaft angewiesen, wenn sie nicht außerhalb ihrer eigenen Genossenschaftsorganisation kaufen wollten. Diese Ordnung der Dinge bewährte sich von Anfang an und führte nach und nach zur Mehrung der Mitglieder der MSK.

⁷ Außerdem ist der VSK mit Fr. 133 000.— ebenfalls beteiligt. Das totale Anteil-scheinkapital von Fr. 808 000.— konnte 1952, wie in den Vorjahren, mit 4% verzinst werden.

Obwohl wir nur in sehr knappen Zügen die Entwicklung der MSK aufzeigten, müssen wir doch noch kurz auf die volkswirtschaftliche Funktion dieses Unternehmens, das auf Grund der freiheitlichen Rechtsordnung von einem Teil der Bürgerschaft als Selbsthilfeakt geschaffen wurde, zu sprechen kommen.

Die Geschichte der MSK und ihre Leistungen zeigen zur Evidenz, daß nicht nur eine *Erwerbsgesellschaft*, sondern auch eine *Personengemeinschaft* auf genossenschaftlicher Grundlage mit bestem Erfolg einen Produktionsbetrieb aufbauen und erhalten kann. Die verflossenen vierzig Jahre haben aber auch erwiesen, daß die MSK, solange sie unter dem staatlichen Monopol arbeiten mußte, wohl Getreide lagern und Mehl und Futterwaren herstellen konnte – alles nach gesetzlichen Vorschriften –, aber ihre große volkswirtschaftliche Aufgabe, die in Artikel 2 der Statuten wie folgt umschrieben ist: «Die Genossenschaft bezweckt eine rationelle, im Interesse der Konsumenten liegende Getreide-, Mehl- und Brotversorgung», konnte sie unter den erschwierenden staatlichen Einschränkungen nicht in vollem Umfange erfüllen.

Die Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MESK)
(gegründet 1916)

Gegründet wurde diese Genossenschaft, welche nach dem neuen Gesellschaftsrecht einen Genossenschaftsverband darstellt, am 30. Januar 1916.

Zweck und Ziel dieses Verbandes werden in den Statuten wie folgt umschrieben:

«§ 2: Zweck des Verbandes ist die Deckung des Bedarfes an frischer Milch, eventuell an Milchprodukten, für die angeschlossenen Mitglieder unter möglichster Befolgung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Hygiene.

§ 3: Der Verband sucht seinen Zweck zu erreichen:

- a) durch Interessenwahrung der Mitglieder in allen Milchfragen;
- b) durch Abschluß von Milchlieferungsverträgen für seine Mitglieder mit den Produzentenverbänden sowie durch gemeinsamen Einkauf und Verarbeitung von frischer Milch und Milchprodukten;
- c) durch Beteiligung an Unternehmungen und Organisationen, durch welche die Interessen des Verbandes gefördert werden;
- d) durch Ansammlung eines unteilbaren Verbandsvermögens.»

Bereits im Jahre 1912 bestand eine freie Organisation der Käuferschaft, die jeweilen bei Beginn der Kaufunterhandlungen mit den Produzentenverbänden in Funktion trat. Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges hatten sich jedoch die Verhältnisse stark geändert. Auf dem zum «seller's market» gewordenen Milchmarkte konkurrenziierten sich nun sogar die Konsumvereine und trieben einander die Preise in die Höhe.

Die Maßnahmen der Bundesbehörden, wie Schaffung der Käseexportgenossenschaft, Ansetzung höherer Preise für die ins Ausland gehenden Milchprodukte, Abgabe von Milch und Milchprodukten an die Schweizer Bevölkerung zu möglichst niedrigen Preisen, konnten nur durch die Schaffung einer straffen Zentralorganisation der *Milchproduzenten* durchgeführt werden.

Um diesen monopolistischen Tendenzen auf der Angebotsseite mit aller Vehemenz zu begegnen, hätten sich die schweizerischen Milcheinkäufer zu einer einheitlichen *Milchkäuferorganisation* zusammenschließen müssen, was aber damals nicht möglich war und auch heute noch aus strukturellen Gründen auf der Nachfrageseite kaum möglich sein wird. Die in Konsumgenossenschaften organisierten Konsumenten unternahmen für sich einen Versuch, welcher teilweise glückte.

Es stellte sich bei der Gründung der MESK die Frage, ob der VSK nicht selber zur Milchvermittlung hätte übergehen sollen, anstatt die Initiative zur Gründung einer Zweckgenossenschaft zu ergreifen. Demgegenüber ist zu erwähnen, daß der VSK damals, trotzdem die Verbandsleitung seit Jahren sehr intensiv von den Fragen der Milchvermittlung beansprucht war, weder als Lieferant noch als kommerzieller Vermittler von frischer Milch tätig war – die kurze Zeit des Milchkrieges im Mai 1913 ausgenommen –, so daß die Abtretung dieses Gebietes der Konsumgütervermittlung an eine Zweckgenossenschaft für den VSK als das Gegebene erschien. Außerdem mußte eine solche Organisation wie die MESK auf die absolute Bezugstreue ihrer Mitglieder bzw. Abnehmer rechnen können. Einen Zwang kann jedoch der VSK, der seine Organisation auf der Freiheit der Mitglieder im Warenbezug aufgebaut hat, nicht ausüben. Den Bezugszwang⁸ nur gerade für die sich damals mit der Frischmilchvermittlung befassenden zirka dreißig Verbandsvereine einzuführen, das heißt, diesen durch das

⁸ 1935 wurde allerdings die Bezugspflicht, nicht aber der *Bezugszwang* eingeführt.

Gros des mehrere Hundert zählenden Restes von Konsumgenossenschaften beschließen zu lassen, schien ebenfalls nicht empfehlenswert.

Über die Gründung der MESK äußert sich Emil Angst, alt Zentralverwalter des ACV beider Basel, in seiner Jubiläumsschrift zum 75-jährigen Bestehen dieser größten schweizerischen Konsumgenossenschaft im Jahre 1940 (Seiten 151 f.) folgendermaßen:

«Für das Jahr 1916 hatte der Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten gegenüber dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement die Verpflichtung übernommen, die Milchversorgung des Landes sicherzustellen. Zu diesem Zwecke wurde die gesamte Milchproduktion organisiert und die einzelnen Milch- und Käsereigenossenschaften zu Verbänden zusammengefaßt. Die regionalen Verbände bildeten den Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten. Infolge der straffen Produzentenorganisation schlossen sich auch die Milchkäufer zu Verbänden zusammen. Die 29 Konsumvereine, welche damals Milch vermittelten, gründeten die Milcheinkaufsgenossenschaft schweizerischer Konsumvereine (MESK), um gemeinsam die Konsumenteninteressen gegenüber den Milchverbänden zu wahren. Die weiteren Ziele, welche sich damals die MESK gesteckt hatte, nämlich die Errichtung von Milchzentralen, die Erwerbung von Käsereien für Regulierstellen, die Herstellung von Milchprodukten und deren Lieferung an die Mitglieder, konnte sie nicht erreichen. Alle diese Tätigkeitsgebiete wurden ihr von den Produzentenverbänden vorweggenommen. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als der Abschluß der Milchlieferungsverträge ihrer Mitglieder mit den zuständigen Milchverbänden, die Intervention bei Konflikten der Vertragskontrahenten sowie die Vertretung bei Beschwerden vor dem Zentralverband und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Intern übernahm die MESK die Verrechnung der Lieferungen der Milchverbände an die einzelnen Mitglieder der MESK. Immerhin ist der Zusammenschluß der Konsumvereine, die sich noch mit der Milchverteilung befassen, eine Notwendigkeit, geht doch das Bestreben der Milchverbände dahin, jedem einzelnen Milchverkäufer die Milch in konsumfertigen Zustand zu liefern, mit der Bestimmung, dieselbe dem Verbraucher zu dem vom Milchverband festgesetzten Preis abzuliefern. Es ist selbstverständlich, daß sich die Leitungen der MESK und des ACV gegen diese monopolistischen Tendenzen zur Wehr setzen, um bei der Festsetzung des Milchpreises das Mitspracherecht der Konsumenten zu wahren.»

Heute ist die MESK die einzige Organisation der Milchkonsumenten, deren Interessen durch eine Delegation in die Spezialkommission für Konsummilchversorgung vertreten werden.

Das Anteilscheinkapital von Fr. 23 000.–, das an sich bescheiden ist – die MESK verfügt über keinerlei Liegenschaften –, konnte auch 1951 wie seit Jahren mit 3% verzinst werden. Im gleichen Jahre wurde für Fr. 6 835 452.35 Milch umgesetzt. Dabei handelt es sich ausschließlich um einen buchmäßigen Umsatz, indem es sich bei der Geschäftstätigkeit der MESK um reine Vermittlungsgeschäfte handelt; die Lieferungen erfolgen direkt von den Milchverbänden an die einzelnen Konsumvereine. Aus diesem Grunde besitzt die MESK weder eigenes

Personal noch eigene Büros. Die laufenden Geschäfte der MESK – welcher gegenwärtig 22 Konsumgenossenschaften angehören – werden von der Verwaltung selbst erledigt.

Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft Basel

(gegründet 1917)

Die Bestrebungen zur Gründung einer konsumgenossenschaftlichen Lebensversicherungsgesellschaft reichen bis in das Jahr 1894 zurück. In jenem Jahre ergriff als erste die genferische Konsumgenossenschaft die Initiative, indem einer ihrer Vertreter an der Delegiertenversammlung des VSK von 1894 unter anderem wörtlich ausführte: «Dank der Vervollkommenung des modernen Versicherungswesens sind die Möglichkeiten, die sich aus der Verbindung dieser Versicherungsweise mit der Genossenschaft ergeben, sozusagen unbegrenzt.»

Der Gedanke einer genossenschaftlichen Lebensversicherung innerhalb der Bewegung der Konsumgenossenschaftler nahm aber erst viel später konkrete Formen an. Im Jahre 1914 erstattete Dr. Bohren, nachmaliger Professor und Direktor der SUVA, der Delegiertenversammlung des VSK einen ausführlichen Bericht über die Einrichtung einer genossenschaftlichen Anstalt für Volksversicherungen. Nur wenige Tage nach dieser Delegiertenversammlung brach aber der erste Weltkrieg aus und zwang die Genossenschaften, die Angelegenheit vorläufig ruhen zu lassen. Immerhin konnten bereits wieder der Luzerner Delegiertenversammlung 1917 ein ausführlicher Bericht über die Gestalt, welche die Versicherungsanstalt annehmen sollte, und ein Antrag auf endgültige Gründung vorgelegt werden. Die Delegiertenversammlung stimmte diesem Antrag zu, und es wurde unverzüglich mit der Gründung der neuen Genossenschaft begonnen. Der VSK stellte der «Schweizerischen Volksfürsorge, Volksversicherung auf Gegenseitigkeit», wie das neue Unternehmen getauft wurde⁹, ein Darlehen, das heißt Garantiekapital von Fr. 250 000.– sowie ein Gründungskapital von Fr. 100 000.– zur Verfügung und schuf damit die finanzielle Grundlage. Ein erster Aufruf zum Beitritt ergab über 1100

⁹ Im Jahre 1942 erfolgte die Namensänderung in «Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft», anlässlich der Anpassung der Statuten an das neue Schweizerische Obligationenrecht.

Anmeldungen, auf Grund welcher am 9. Dezember 1917 in Olten die endgültige Gründung des Unternehmens erfolgte.

Die «Volksfürsorge» setzte sich als eines ihrer *Hauptziele*, die bei den andern Volksversicherungen übermäßig *hohen Produktionskosten auf ein Minimum zu reduzieren*. Die Gewinnung der Mitglieder mußte deshalb auf eine andere Weise erfolgen als bei den übrigen Versicherungsgenossenschaften. Dazu bot das Vorhandensein einer festen Organisation, nämlich des VSK mit den ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften, eine natürliche Grundlage.

Die Unterstützung seitens der Konsumvereinsverwaltungen ist aber sehr unterschiedlich. Während sich manche Verwaltungen der Aufgabe anpassen, finden andere nur schwer das richtige Verständnis für die Sache. Es ist daher nicht erstaunlich, daß ab 1942 die Außendienstorganisation laufend durch den Einsatz von Berufsvertretern ausgebaut werden mußte. Diesen stehen nebenamtlich Agenten und Helfer, die sich vornehmlich aus der Genossenschaftsbewegung rekrutieren, zur Seite.

Bei der Gründung im Jahre 1917 standen der Bevölkerung in der Hauptsache drei Tarife für den Abschluß von Einzelversicherungen zur Verfügung:

- ein Tarif für gewöhnliche gemischte Lebensversicherungen,
- ein Tarif für Volksversicherungen mit Halbmonatsprämien,
- ein Tarif für die sogenannten Terminversicherungen.

Die Erfahrung zeigte jedoch, daß weitergehende Bedürfnisse zu befriedigen waren. So wurden im Jahre 1943 Tarife für den Abschluß von Leibrentenversicherungen eingeführt; im Jahre 1944 hat die «Coop-Leben» den Geschäftszweig Gruppenversicherungen zum Zwecke der Versicherung ganzer Personalbestände und Belegschaften von Betrieben der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand aufgenommen.

Die Einführung der Verbandsversicherung im Jahre 1950/51 hat namentlich in Gewerkschaftskreisen Beachtung gefunden. Zusammen mit der AHV ist die obligatorische Verbandsversicherung geeignet, die soziale Sicherheit aller Angehörigen einer ganzen Berufsgruppe zu stärken und ihre Familien vor Not zu schützen¹⁰.

¹⁰ Aus «Geschichte und Entwicklung der Coop-Leben 1917–1952», Buchdruckerei VSK, Basel.

Als eigentliche Spezialitäten der Genossenschaft sind auf dem Gebiete der Einzelversicherung zu erwähnen: Eine Zusatzversicherung mit Doppelzahlung der Versicherungssumme bei Unfalltod und – wenn die versicherte Person weiblichen Geschlechtes ist – bei Folgen der Mutterschaft mit tödlichem Ausgang; eine Zusatzversicherung, welche den Versicherten schon nach sechswöchiger Arbeitsunfähigkeit zufolge Krankheit oder Unfall von der Bezahlung der Prämie befreit. Außerdem hat der Versicherte Anspruch auf ein Geburtengeld. Eine Hypothekentilgungsversicherung nach dem Annuitätensystem.

Die «Coop-Leben» steht also nicht nur einem beschränkten Kreis von genossenschaftlich gesinnten Personen und Institutionen offen, sondern allen Organisationen, Betrieben und Unternehmungen aus Industrie, Handel, Gewerbe und Verwaltung. Sie hat dies auch mit der Ausdehnung ihres Kreises der Versicherungsnehmer auf alle Schichten der Bevölkerung unter Beweis gestellt.

Die Statuten der «Coop-Leben» – die ihren Geschäftssitz in Basel (an der Aeschenvorstadt 67) hat¹¹ – präzisieren in dieser Hinsicht, daß jede physische oder juristische Person, die bei der Genossenschaft einen Versicherungsvertrag auf eigenes oder drittes Leben abschließt, Mitglied der «Coop-Leben» werden kann.

Die «Coop-Leben» vermochte sich stetig zu entwickeln, und es waren ihr hauptsächlich in den letzten Jahren immer vermehrte Erfolge beschieden. Betrug die Produktion an neuen Versicherungen im Jahre 1942 erst 5,5 Millionen Franken Versicherungssumme, so stieg sie 1945, also drei Jahre später, bereits auf 11,6 Millionen und 1951 gar auf 32,7 Millionen. Dieses letztere Jahr brachte einen besonderen Erfolg, indem sich die Produktion gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelte. Zum großen Teil ist dieses günstige Ergebnis einem großen Vertragswerk zu verdanken, durch welches auf kollektive Weise sämtliche Arbeitenden zweier Berufsgruppen in der Form einer paritätischen Zusatzversicherung zur AHV versichert wurden.

In neuester Zeit führte die «Coop-Leben» die Vollschutzpolice ein, die eine wesentliche Verbesserung des Versicherungsschutzes ohne wesentliche Mehrbelastung brachte.

Ein bedeutendes Werk wurde ferner vollendet mit der Schaffung der Kinderlähmungsversicherung. Eingeführt worden ist sie vom Schwei-

¹¹ Jahresbericht und Rechnung für das Jahr 1951.

zerischen Verband für die erweiterte Krankenversicherung in enger Zusammenarbeit mit zwei Lebensversicherungsgesellschaften, der «Fortuna»-Lebensversicherungsgesellschaft in Zürich und der «Coop-Leben». Der Schweizerische Verband für die erweiterte Krankenversicherung ist eine Gründung des Konkordates schweizerischer Krankenkassen, der großen Dachorganisation des schweizerischen Krankenkassenwesens, welcher gegen tausend Krankenkassen mit annähernd 3 Millionen Mitgliedern angehören.

Von der erweiterten Pflegeversicherung für Kinderlähmung werden heute etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder und von der Invalidenversicherung rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Personen erfaßt. Etwa die Hälfte der schweizerischen Bevölkerung genießt also heute den Schutz der speziellen Pflegeversicherung; und davon sind rund 60% außerdem für Invalidität infolge Kinderlähmung versichert.

Entwicklung der Genossenschaft 1918–1951¹²

Jahr	Versicherungs- bestand Fr.	Prämien- einnahmen Fr.	Reservefonds Fr.	Deckungskapital Fr.	Gesamte Aktiven Fr.
1918/19	5 009 000.–	215 054.–	11 000.–	138 000.–	531 000.–
1926	23 717 000.–	1 025 524.–	140 000.–	4 383 000.–	5 482 000.–
1931	32 239 000.–	1 378 270.–	380 000.–	8 859 000.–	10 697 000.–
1936	41 550 000.–	1 684 666.–	630 000.–	12 649 000.–	15 298 000.–
1941	44 048 000.–	1 732 896.–	800 000.–	15 947 000.–	18 788 000.–
1946	72 479 000.–	3 458 787.–	830 000.–	21 908 000.–	24 818 000.–
1951	137 679 000.–	7 230 499.–	895 000.–	36 952 000.–	41 221 000.–

Wie bereits erwähnt, wurde die «Coop-Leben» bei der Gründung vom Verband schweiz. Konsumvereine mit einem Garantiekapital von Fr. 250 000.– ausgerüstet. Die gute finanzielle Lage der Genossenschaft ermöglichte es, dieses Garantiekapital im Jahre 1943 zur Hälfte an den VSK zurückzuzahlen. Die andere Hälfte wurde vom VSK der «Coop-Leben» zur Einlage in den Gründungs- und Dispositionsfonds als Ehrenschild übergeben. Seit 1944 ist somit die Zweckgenossen-

¹² 1952 wurde in Zürich eine Niederlassung an der Werdstraße 36 eröffnet.

schaft bis auf die Ehrenschild «schuldenfrei» und das Vermögen gehört ausschließlich den versicherten Genossenschaftlern.

Bei der Beurteilung eines Lebensversicherungsinstitutes kommt es selbstverständlich nicht nur auf die Zahlengröße der Bilanz, sondern vor allem darauf an, was diese über die Sicherheiten aussagt, welche den Versicherten geboten werden können. In dieser Hinsicht sei festgestellt, daß der Hypothekenbestand, zusammen mit den in eigenen Immobiliengesellschaften und im Liegenschaftsbesitz investierten Mitteln über 75% der Bilanzsumme vereinigt.

Im Gegensatz zu den bisher besprochenen Zweckgenossenschaften, welche Konsumgenossenschaften zweiten Grades sind, handelt es sich bei der «Coop-Leben» um eine Genossenschaft ersten Grades zur Erfüllung von Aufgaben auf nationalem Boden¹³.

Minoterie coopérative du Léman, Rivaix
(gegründet 1917)

Anläßlich einer Tagung des Kreisverbandes II (Konsumvereine des Kantons Neuenburg und des Berner Jura), welche am 7. Dezember 1913 in Courtelary stattfand, «belastete» folgendes Traktandum unter anderen das Tagesprogramm: «Livre de contrôle imposé par les boulangers aux meuniers.»

Das schweizerische Bäckergewerbe, das in einem großen Verband zusammengeschlossen ist, hatte in der Tat versucht, durch die obligatorische Führung eines Kontrollbuches den Müllern zu verunmöglichen, Mehl an die Konsumgenossenschaften zu liefern, welche Brot herstellten und verkauften. Diese Boykottansage konnte 1910 die Existenz von 210 schweizerischen Konsumbäckereien bedrohen. Deren Reaktionen waren aber ebenso lebhaft wie prompt; die erste war die Gründung der Mühlen-genossenschaft schweiz. Konsumvereine und der Kauf der größten schweizerischen Mühle durch diese Mühlen-genossenschaft, nämlich der Stadtmühle in Zürich, die am 1. Oktober 1912 gekauft und am 1. Januar 1913 in Betrieb genommen wurde (vgl. S. 35).

¹³ Vgl. Kapitel III, Die Zweckgenossenschaften als Genossenschaften höherer Ordnung.

Die zweite Reaktion kam simultan in der welschen Schweiz durch die folgende Resolution von Courtelary zum Ausdruck:

«Die Delegiertenversammlung des II. Kreisverbandes des VSK, gestützt auf:

- a) daß die Bäcker das Kontrollbuch eingeführt haben, um gegen die Konsumvereine anzukämpfen,
- b) daß es weiterhin den Konsumvereinen nicht möglich ist, mit denjenigen Müllern zu arbeiten, die das Kontrollbuch akzeptiert haben,

beschließt:

- 1. den Vorstand zu beauftragen, sich mit dem Vorstand des Kreisverbandes I in Verbindung zu setzen, um ein Zirkular an alle Konsumgenossenschaften der welschen Schweiz zu senden, in welchem diese aufgefordert werden, keine einzige Bestellung mehr an die Müller zu vergeben, welche das Kontrollbuch akzeptiert haben;
- 2. den welschschweizerischen Konsumvereinen im gleichen Zirkular zu empfehlen, ihre Bestellungen an Mehl der Mühlengenossenschaft in Zürich oder den Mühlen, die das Kontrollbuch nicht akzeptiert haben, zu übergeben;
- 3. seinen Vorstand zu beauftragen, die Frage der Gründung einer Mühle in der welschen Schweiz zu prüfen. »

Die Vorstände der beiden welschschweizerischen Kreisverbände wurden alsdann auf den 25. Januar 1914 in Neuenburg zu einer Versammlung aufgeboten, deren einziges Traktandum lautete:

«Gründung einer Genossenschaftsmühle in der welschen Schweiz.»

Sollte die zu gründende Mühle autonom und unabhängig sein, das heißt, sollte sie Besitz der Konsumvereine des I. und II. Kreisverbandes des VSK werden? Oder sollte die Mühle eine Filiale der MSK in Zürich sein, mit deren finanziellen Unterstützung und derjenigen jener Vereine, die Mitglieder dieser Genossenschaft würden, und sollten diese letzteren mittels Zeichnung von Anteilscheinen auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die Mitgliedervereine der MSK in Zürich?

Indem die beiden Vorstände hauptsächlich den ersten Vorschlag näher prüften, ließen sie Untersuchungen über die Nachfrage nach Mahlprodukten innerhalb der welschen Konsumgenossenschaften und über die Rentabilitätsrechnung der zu gründenden Mühle anstellen. Es wurde auch Kontakt genommen mit den Mühlen in der Welschschweiz, die seinerzeit das Kontrollbuch nicht eingeführt hatten und die eventuell von den Genossenschaften übernommen werden könnten.

Durch den Tod ihres Besitzers, Herrn Grellet, wurde die Mühle in Rivaz versteigert, was natürlich die Aufmerksamkeit der benachbarten Vereine von Vevey und Lausanne auf sich zog. Am 15. März 1917 erwarb eine Delegation dieser beiden Vereine die Mühle an der Ver-

steigerung für den Preis von Fr. 73 050.-¹⁴. Als Sitz der Mühle wurde Vevey bezeichnet und die Mühle selbst offiziell als «Minoterie coopérative du Léman» betitelt.

Am 19. März 1917 konstituierte sich auch der Verwaltungsrat mit drei Mitgliedern des Konsumvereins Vevey und mit zwei Mitgliedern des Konsumvereins Lausanne. Nachdem noch einige Umänderungen der Mühle vorgenommen worden waren, konnte die «Minoterie coopérative du Léman» am 5. Juni 1917 ihre Arbeit beginnen, bereits am 20. Juni ihr erstes Mehl abgeben und noch im ersten Jahr über 800 000 kg Mehl an ihre Mitglieder liefern.

Über die weitere Entwicklung der Zweckgenossenschaft «Minoterie coopérative du Léman» orientiert folgende Tabelle:

Entwicklung der «Minoterie coopérative du Léman» (MCL) 1917-1950

Jahr	Mitglieder	Anteilscheine	Verkäufe in kg	Verkäufe in Fr.	Rückvergütung Fr.
1917	10	106	843 210	575 780.-	
1920	17	113	1 842 247	1 236 002.-	
1925	31	123	4 327 037	1 976 680.-	24 835.-*
1930	46	147	5 727 868	1 826 913.-	32 865.-
1935	49	151	7 744 438	1 459 107.-	51 927.-
1940	50	155	6 380 764	2 040 822.-	54 358.-
1945	52	157	4 627 105	2 399 006.-	20 599.-
1950	57	162	10 033 100**	6 049 118.-**	

* Die Rückvergütung wurde erstmals im Jahre 1922 ausgerichtet.
 ** Davon entfallen 3 035 945 kg, bzw. Fr. 1 863 013.- auf Lieferungen an Konsumvereine, die nicht Mitglied der Mühle sind.

Die Entwicklung der Mühle in Rivaz wäre noch weit besser, wenn sie nicht heute noch durch die vom vergangenen Kriege her stammenden außerordentlichen Vorschriften gehemmt wäre¹⁵. Jede schweizerische Mühle erhält eine bestimmte Menge Getreide zur Vermahlung

¹⁴ Dieses Gebäude, welches jetzt noch den westlichen Flügel des Gebäudekomplexes bildet, erwies sich bald als zu klein, so daß die Mühle sukzessive durch Neubauten vergrößert werden mußte. 1932 gelangte die Minoterie coopérative du Léman auch in den Besitz eines direkten Geleisanschlusses.

¹⁵ Am 23. November 1952 wurde in einer eidgenössischen Abstimmung die Weiteraufrechterhaltung dieser außerordentlichen Beschlüsse bis zum 31. Dezember 1957 beschlossen.

zugewiesen. So ist zum Beispiel die Zuteilung von Getreide an die Mühlen immer noch kontingentiert. Überschreitet nun eine Mühle ihr Kontingent, weil ihre Kunden ein größeres Quantum Mehl bei ihr beziehen möchten, so kann sie sich durch Bezahlung von «Ausgleichsbeträgen» zusätzliches Getreide beschaffen. Unter diesen progressiven Ausgleichsbeträgen, die vor allem die leistungsfähigen Betriebe mit wachsender Kundschaft treffen, hat besonders auch die Mühle der welschen Konsumgenossenschaften, die Minoterie coopérative du Léman, zu leiden. Die organisierten Konsumenten müssen also auf nicht unwesentliche Vorteile ihrer eigenen Mühle verzichten.

So hat zum Beispiel im Rechnungsjahr 1949/50 der Eidg. Getreideverwaltung die Minoterie coopérative du Léman den durchschnittlichen Mehllumsatz der westschweizerischen Mühlen um 26,9% überschritten, was 124 Eisenbahnwagen zu zehn Tonnen entspricht. Um einer Belastung von rund 123 000 Franken – soviel hätten die Ausgleichsbeträge ausgemacht – zu entgehen und um trotzdem der Nachfrage voll genügen zu können, sah sich die Minoterie coopérative du Léman gezwungen, statt Brotgetreide Mehl von denjenigen Mühlen aufzukaufen, die ihr Kontingent nicht voll ausgenützt haben.

Die Minoterie coopérative du Léman erlitt dadurch einen Einnahmefall von zirka 80 000 Franken.

Für die Rechnungsperioden 1950/51 und 1951/52 der Eidg. Getreideverwaltung war das über das zugeteilte Kontingent hinaus benötigte Quantum noch größer.

Selbstverständlich bewarb sich die Genossenschaftsmühle bei den zuständigen Behörden fortwährend um eine Kontingenterhöhung. Ein Rekurs wurde bereits im Jahre 1944 in Bern eingereicht. Aber bis zum heutigen Tag ist man der Minoterie coopérative du Léman nicht entgegengekommen. Die Angelegenheit befindet sich zur Zeit beim Bundesrat zur Behandlung und Beurteilung¹⁶.

Mehr als begreiflich ist, daß die welschen Genossenschaften es nicht verstehen, daß den Konsumenten das ihnen in der Verfassung garantierte Recht auf freien Zusammenschluß unter dem Vorwand genommen wird, daß im Müllereigewerbe eine «Ordnung» eingeführt werden soll. Überzeugend argumentieren deshalb die Genossenschaftsmühlen:

¹⁶ Am 9. Januar 1954 erfuhr die Kontingentszuteilung eine leichte Verbesserung. Vgl. hierüber Fußnote 3, S. 121.

«Wir hindern die privaten Müllereibesitzer keineswegs an einer gegenseitigen Verständigung und an der Einführung eines Kontingentssystems, sofern den Genossenschaften die Freiheit gelassen wird, ihren ganzen Bedarf an Müllereiprodukten bei ihren eigenen Mühlen zu decken.¹⁷»

Heute sind alle Mühlen – die technische Einrichtung spielt hier die Hauptrolle – mehr denn je kapitalintensiv. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Minoterie coopérative du Léman die ihr von den organisierten Konsumenten gestellten Aufgaben mit einem totalen Personalbestand von nur zwanzig Personen bewältigen kann.

Die mit Fr. 600 000.– zu Buche stehenden Immobilien und Maschinen besitzen einen Steuerwert von Fr. 1 163 800.– und sind mit Fr. 2 683 000.– gegen Feuer versichert.

Die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG)

(gegründet 1918)

Im Jahre 1916 stellten die verantwortlichen Behörden des VSK an die ordentliche Delegiertenversammlung in Schaffhausen den Antrag, es seien durch den VSK landwirtschaftliche Güter mit einem Kostenaufwand von Fr. 350 000.– zu erwerben¹⁸.

In einem Referat begründete Nationalrat Dr. B. Jaeggi, damaliger Präsident der Verwaltungskommission des VSK, den Antrag eingehend, indem er in Anlehnung an die früher in Deutschland sehr umstrittene Agrartheorie *Kautskys* auf die Möglichkeit einer Sozialisierung der Grundrente hinwies. Es sollte 1. die theoretische Forderung der Sozialisierung der Grundrente auf eigenem Anfangsgebiet versuchsweise in die Praxis umgesetzt werden und 2. sollten die landwirtschaft-

¹⁷ Die «Coopération», 5. April 1952, Nr. 14, schreibt hierüber: «Comme on le voit, la question du contingent de notre moulin coopératif, contingent absolument insuffisant et calculé d'une manière tout à fait injuste, n'est pas encore résolue. Le recours présenté par la minoterie en 1944 déjà, est toujours pendant. On attend maintenant la réponse du Conseil fédéral, qui doit se prononcer en dernière instance. Cette réponse ne peut être que favorable, car tous les arguments y invoqués par le moulin sont pertinents et juridiquement fondés, comme le constate expressément un avis de droit de M. E. Ruck, professeur de droit à l'Université de Bâle. L'Administration fédérale des blés n'a-t-elle pas ailleurs accordé déjà à des minoteries de l'industrie privée 80 augmentations de contingent, totalisant 739 wagons?»

¹⁸ «Schweiz. Konsum-Verein», 1916, Nr. 27, S. 305, und andere Nummern des gleichen Jahrganges.

lichen Eigenbetriebe des VSK diesem einen Einblick in die umstrittene Sphäre der Preisbildung landwirtschaftlicher Produkte gewähren. Diesen ideologischen Forderungen ließ Jaeggi konkrete Vorschläge folgen.

«Durch den Ankauf landwirtschaftlicher Güter erhalten wir Einsicht in den landwirtschaftlichen Betrieb und können dadurch über die Wirtschaftspolitik der Bauern eine gewisse Kontrolle ausüben. Dies wird besonders deshalb wichtig sein, weil über diesen Punkt in unseren Reihen sehr verschiedene Ansichten herrschen...»

Nach vorgegangener heftiger Diskussion wurde der Antrag durch die Delegierten mit 256 gegen 105 Stimmen zum Beschluß erhoben. Rückblickend ist es nicht uninteressant, die Gründe zweier Gegner der Vorlage hier vorzubringen, weil sie wichtige volkswirtschaftliche Überlegungen enthalten, deren Richtigkeit später in praxi größtenteils bestätigt wurden.

J. Huber, der Vertreter der Konsumgenossenschaft Rorschach, führte aus:

«Prüfen wir die einzelnen Punkte etwas genauer. Nehmen wir an, wir besitzen, wie vorgesehen, drei Güter. Trotz diesen Gütern wird es uns nicht möglich sein, die Produktionskosten der Landwirtschaft festzustellen, sondern nur zu beweisen, ob unsere drei Betriebe im gesamten rentieren oder nicht. Dieses Experiment hat aber kaum praktische Bedeutung. Rentieren unsere Güter nicht, so können wir nicht einfach erklären, die Landwirtschaft rentiert nicht, es müssen den Bauern höhere Preise bewilligt werden. Angenommen aber, unsere landwirtschaftlichen Unternehmungen sind erfolgreich – sagen wir, es gelinge uns, die Milch billiger zu produzieren –, so werden wir dennoch den Bauern keinen Rappen weniger zahlen müssen wie bisher. Redner glaubt nicht, daß die Konsumgenossenschaft die landwirtschaftliche Produktion erobern können; viel früher wird die Landwirtschaft immer mehr genossenschaftliche Formen annehmen, und besser wäre es, als selbst Güter zu kaufen, zu versuchen, Hand in Hand mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu marschieren.¹⁹»

Der Delegierte des Lebensmittelvereins Zürich, Herr *Güller*, war von der Vorlage ebenfalls nicht begeistert und gab folgendes Diskussionsvotum ab:

«Es liegt nicht im Rahmen des VSK, auch die Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiet an die Hand zu nehmen. Alle die sogenannten staatlichen Musterbetriebe rentieren nicht; auch der VSK müßte Defizite decken; ähnlich ist es mit den Kleinbetrieben in der Landwirtschaft, bei welchen eine Rendite nur durch Familienarbeit ermöglicht wird, was für den VSK nicht durchführbar wäre.

Wer sich wirklich über das neue Projekt des VSK freut, das ist der Bauernverband, weil seine Führer der Überzeugung sind, daß wir ein Fiasko erleben werden.

Heute ist nicht der Moment, um günstig zu kaufen, denn wir haben in der Landwirtschaft keine Krisis, sondern eine ausgesprochene Hausse, alle Bodenprodukte werden

¹⁹ Protokoll der XXVII. ordentlichen Delegiertenversammlung des VSK 1916, S. 15.

immer teurer, somit steigt auch der Boden selbst im Wert. Das Projekt ist zu wenig gründlich vorbereitet worden.

Mit unsern Produktionsunternehmungen sollten wir langsamer vorgehen, nicht so rasch wie bis anhin; es wäre besser, die vorhandenen Betriebe zuerst einmal auszubauen, wie zum Beispiel die Schuhfabrik, damit sie konkurrenzfähig wird. Es ist nicht ratsam, sich in Experimente einzulassen, wo keine Garantie für eine Rendite geboten werden kann.²⁰ »

Immerhin bedeutet die Tatsache des Erwerbs landwirtschaftlicher Güter durch den VSK einen äußerst wichtigen Wendepunkt in dessen Politik gegenüber der Landwirtschaft; sie leitet das Abflauen der jahrelangen sehr gespannten Verhältnisse zwischen der schweizerischen Landwirtschaft einerseits und der größten Dachorganisation der Konsumenten – dem VSK – anderseits ein.

Wie hat sich, nachdem der Beschluß von der Delegiertenversammlung angenommen war, die landwirtschaftliche Eigenproduktion des VSK entwickelt? Die zwei ersten Liegenschaftskäufe wurden noch im Jahre 1916 abgeschlossen. Es waren die beiden Höfe «Schlachthof» bei Sempach und «Lindenhof» in Pfyn mit zusammen 71 Hektaren Kulturland, die inklusive Inventar zum Preise von Fr. 470 000.– in den Besitz des VSK übergingen.

Über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe des VSK in den nächsten Jahren, deren Lage, Größe und Art der Bewirtschaftung, unterrichtet die Tabelle, Seite 55 oben.

Vergleichshalber sei in der Tabelle, Seite 55 unten, das Ausmaß der landwirtschaftlichen Produktion des VSK pro 1951 aufgeführt.

Innert einer Zeitspanne von 25 Jahren hat sich also die vom VSK selbst bewirtschaftete Ackerfläche von 403 auf 113 Hektaren vermindert; wir werden auf die Gründe dieses Rückganges am Ende des Kapitels über die SGG noch zurückkommen.

Doch kehren wir an den Ausgangspunkt unserer Untersuchung zurück. Wir stellten fest, daß 1916 der VSK hauptsächlich aus dem Motiv heraus, die Grundrente zu «sozialisieren», zur landwirtschaftlichen Eigenproduktion übergegangen war. Immerhin war das Jahr 1916 das dritte Kriegsjahr, die Lebensmittel waren bereits knapp, und es ist zum mindesten fraglich, ob unter andern Umständen die Eigenproduktion auf dem Sektor der Landwirtschaft ebenso rasch aufgenommen worden wäre. Besonders müssen wir uns fragen, ob unter

²⁰ Protokoll der XXVII. ordentlichen Delegiertenversammlung des VSK 1916, S. 14.

Die Landwirtschaftsbetriebe des VSK 1926

Bauernhöfe des VSK 1	Lage 2	Gekauft im Jahre 3	Verkauft im Jahre 4	Verpachtet seit 5	ha Kulturland 6
1. Schlachthof Sempach	Mittelland	1916		1922	34
2. Lindenhof Pfyn	Mittelland Ostschweiz	1916		*	37
3. Rothlachen Schelten	Jura Berggehöft	1917		1922	144
4. Lochhaus Schelten	Jura Berggehöft	1917	1922		48
5. Pannerhof Weggis	Zentralschweiz	1918		1926	12
6. Neufichtenhof Brislach	Jura Talgehöft	1918		1922	42
7. Ramello Cadenazzo	Tessin Talgehöft	1918		1922	65
8. Außenschibler Sempach	Mittelland	Pacht- objekt** 1918-1922			20
Total					402
* Eigenbetrieb des VSK.					
** Pacht 1922 aufgehoben.					

Die Landwirtschaftsbetriebe des VSK 1951

Bauernhöfe des VSK	Lage	Gekauft im Jahre	Eigenes Land ha	Pachtland ha	Kulturland ha
1. Lindenhof «Pfyn»	Mittelland Ostschweiz	1916	40	10	50
2. Ramello Cadenazzo	Tessin Talgehöft	1918	63		63
Total					113

anderen Kriterien dem Unternehmen ein gewisser Anfangserfolg beschieden gewesen wäre. War es doch dieser und der 1917 vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement erlassene Appell an die Bevölkerung, zum Selbstanbau von Kartoffeln und Gemüse überzugehen, die Jaeggi auf die Idee brachten, eine Erweiterung der 1916 unternommenen Ver-

suche vorzunehmen und eine Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) ins Leben zu rufen.

Der erlassene Aufruf zur Gründung dieser Zweckgenossenschaft fand in der ganzen Schweiz freudige Zustimmung²¹, so daß die Genossenschaft bereits am 7. Oktober 1918 gegründet werden konnte.

Liegen beim Übergang zur landwirtschaftlichen Eigenproduktion im Jahre 1916 noch theoretische, ja doktrinäre Erwägungen zugrunde, so läßt sich die rasche Verwirklichung der Gründung der SGG nur dadurch erklären, daß die Folgen des Krieges, die Teuerung und die Knappheit an Lebensmitteln keinen Zeitverlust zuließen und daher zu einer vergleichsweise sehr raschen Durchführung des Planes zwangen (vgl. Gründung der Schuh-Coop, der MSK und anderer Zweckgenossenschaften).

Die SGG bezweckte, laut Art. 2 der ersten Statuten, «den Anbau von Gemüsen aller Art zu fördern und den Ertrag an die Mitglieder unter möglichst günstigen Bedingungen abzugeben». Der entsprechende Artikel der 1941 revidierten Statuten lautet heute wie folgt:

«Die Genossenschaft bezweckt, zur Sicherstellung der Versorgung unseres Landes den Anbau von Landesprodukten aller Art zu fördern und die Erzeugnisse so weit nötig und möglich ihren Mitgliedern zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.»

Das Ziel, das man sich hierbei gestellt hatte, richtete sich auf die Urbanisierung von bisher un bebauten Moor-, Heide- und Riedböden, wie sie in allen Gegenden der Schweiz vorhanden sind. Zu diesem Zwecke stellte der VSK der Genossenschaft 1,5 Millionen Franken unverzinslich zur Verfügung, während die Bankabteilung (heute Genossenschaftliche Zentralbank [GZB]) ein Darlehen von 0,75 Millionen Franken und eine Hypothek in der gleichen Höhe gewährte.

Die SGG hat anfänglich nur gepachtetes Land, das teilweise mit Kaufrechten und Kaufpflichten verbunden war, bewirtschaftet. Mit den Jahren wurde dann melioriertes, kaufrechtlich gesichertes Land erworben, so daß 1937 43% der 1024,76 Hektaren umfassenden Grundstücke Eigenbesitz darstellte.

Das Verhältnis von Pachtland zu eigenem Land hat sich in der Zwischenzeit nur unbedeutend verschoben und betrug für das Jahr 1951 56% zu 44%. Die verschiedenen Güter verteilen sich, nach Gemeinden geordnet, wie folgt:

²¹ «Konsumenten, werdet Selbstversorger», «Schweiz. Konsum-Verein», 1918, Nr. 39, S. 397.

SGG-Betriebe im Jahre 1951²²

Betrieb	Eigenes Land Aren	Pachtland Aren	Gesamtfläche Aren
1. Oberglatt	2 207,90	7 014,38	9 222,28
2. Oetlikon	7 167,62	3 185,28	10 352,90
3. Kerzers	166,49	9 751,41	9 917,90
4. Ins	3 067,30	23,13	3 090,43
5. Yverdon	3 720,41	11 048,16	14 768,57
6. Ependes	9 228,16	13 174,19	22 402,35
7. Chavornay	9 486,62	9 913,31	19 399,93
8. Bavois	—	16 336,79	16 336,79
9. Eclépens	—	1 648,60	1 648,60
10. Ballens	4 072,28	990,62	5 062,90
11. Illarsaz	21 501,41	1 000,00	22 501,41
12. «La Frêtaz», Bullet . .	—	2 900,57	2 900,57
Total	60 618,19	+ 76 986,44	= 137 604,63

Mit einer Gesamtfläche von über 1376 Hektaren ist die SGG der größte Landwirtschaftsbetrieb in der Schweiz, was durch folgende Zahlen illustriert werden soll²³:

Landwirtschaftliche Betriebe der Schweiz nach Größenklassen 1939

Betriebe mit einer Kulturfläche von	Betriebe Zahl	Kulturflächen * ha
0,51– 3 ha	72 441	96 314
3,01– 5 ha	36 764	121 007
5,01–10 ha	59 044	353 206
10,01–15 ha	23 911	235 088
15,01–30 ha	15 492	233 912
über 30 ha**	2 675	81 248
Total mit über 0,5 ha	210 327	1 120 775
* Ohne Wald, Weiden, Fischteiche und unproduktives Land. ** Aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.		

²² 33. Jahresbericht und Jahresrechnung pro 1951.

²³ Aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1950.

Angepflanzt werden die in der Schweiz anbaufähigen Gemüsesorten, wie Rübli, Kohllarten, Spinat usw., hauptsächlich aber Zuckerrüben und Kartoffeln, vor allem Saatkartoffeln. Die Erträge der letzteren sind sehr bedeutend, betragen sie doch zirka einen Drittel der schweizerischen Gesamtproduktion (1951 sogar 37½%).

Der Durchschnitt der Jahresproduktion des Pflanzenbaues betrug für die Jahre 1948 bis 1951 25 461 668 kg, wovon zirka 3 830 729 kg auf Nichtgemüse, wie Heu, Silofutter, Getreidekörner usw. entfallen, so daß für die obenerwähnten Jahre auf die reinen Gemüsekulturen inklusive Zuckerrüben und Kartoffeln noch eine durchschnittliche Jahresproduktion von 21 630 939 kg entfällt.

Die SGG ist das Werk des VSK und seiner ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Wenn von den zirka 570 Mitgliedern des VSK 1951 nur deren 152 sich zugleich auf die Mitgliedschaft bei der SGG berufen können, so ist dies folgender Ursache zuzuschreiben: von den zwölf genannten Gemeinden, in welchen oder um welche sich die Güter der SGG gruppieren, liegen zehn Gemeinden im französischen Sprachgebiet oder am Rande desselben. Die Betriebe der SGG konzentrieren sich ganz eindeutig auf die Westschweiz; deren örtliche Konsumgenossenschaften stellen deshalb auch den Hauptharst der 152 genossenschaftlichen Mitglieder. Die Scheidung der Mitglieder in Konsumgenossenschaften, Privatpersonen und andere Korporationen ergibt folgendes Bild:

Mitgliedschaft der SGG 1951

Privatpersonen	237 ²⁴
Konsumgenossenschaften	152
Andere Körperschaften	12
Total Mitglieder	<u>401</u>

²⁴ Die Aufnahme als Einzelmitglied erfolgt mittels Bezahlung eines Anteilscheines von Fr. 10.-. Einem Einzelmitglied steht gemäß dem Genossenschaftsprinzip «ein Mitglied = eine Stimme» somit das gleiche Stimmrecht zu wie dem VSK, welcher für Fr. 70 100.- Anteilscheine gezeichnet hat. Zur Hauptsache rekrutieren sich die Einzelmitglieder einerseits aus privaten Gemüsehändlern (welche sich besonders am Ende des 1. Weltkrieges um die Mitgliedschaft bewarben, um damit ihre Belieferung sicherzustellen) und anderseits aus Mitgliedern der Verwaltung selbst.

Aus dem Mitgliederbestand ist ersichtlich, daß die SGG nicht nur an Konsumgenossenschaften liefert. Der Absatz an den VSK selbst ist dadurch verunmöglicht, weil die Gemüse durch eine Lagerung und die notwendige zweimalige Verfrachtung an Qualität und Frische einbüßen würden. Nur geringe Mengen gelangen an die Gemüseverteilungsstellen des VSK in Biel und Zürich. Die SGG behilft sich dadurch, daß sie auch an Private und besonders an Konservenfabriken liefert. Letzteres bedingt allerdings niedrige Verkaufserlöse, wodurch Rückwirkungen auf die Löhne und die finanzielle Situation der Genossenschaft nicht immer ausbleiben können. Trotzdem dürfen die ausbezahlten Löhne als angemessen betrachtet werden. Ist die SGG auch der größte Landwirtschaftsbetrieb und einer der besteingerichteten in der Schweiz, so kann auch sie sich den strukturellen Eigenarten der Landwirtschaft nicht verschließen. Gänzlich neu in sozialer Hinsicht ist die Schaffung einer Versicherungskasse für das landwirtschaftliche Personal. Wir entnehmen dem Jahresbericht 1951: «Während des vergangenen Jahres hat uns eine Frage immer wieder beschäftigt: die Versicherung des landwirtschaftlichen Personals.»

Es handelt sich einerseits um eine Risikoversicherung (Versicherung auf den Todesfall infolge Krankheit oder Unfall) und anderseits um einen Spartopf als Zusatz zur Altersleistung der AHV.

Der Prämienaufwand geht bei der Risikoversicherung restlos zu Lasten des Arbeitgebers; beim Spartopf wird die Prämie je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen.

Die Leistungen variieren bei beiden Komponenten je nach dem Alter beim Tode oder den Dienstjahren zwischen 200 und 5000 Franken.

Verwaltung und Direktion sind sich bewußt, daß sich die SGG in bezug auf die Sozialleistungen an das Branchenübliche halten muß. Man hat sich überlegt, ob es unter diesen Umständen nicht besser wäre, überhaupt nichts zu machen, da solche Versicherungen bis heute in der Landwirtschaft selten sind. Das Echo der Arbeiterinnen und Arbeiter zeigt, daß die richtige Lösung getroffen worden ist; lieber eine bescheidene Fürsorge als gar keine.

In bezug auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens ergibt sich für die SGG folgendes Fazit:

1. Die bedeutendste Leistung ist in der kulturtechnischen Tat zu erblicken. Die SGG hat in mühseliger Arbeit wertloses Sumpf- und

Ödland melioriert und in ertragreiches Ackerland verwandelt. Von den über 1300 Hektaren bewirtschaftetem Land waren ursprünglich nur zirka 100 Hektaren kultiviert.

2. Aus dem Obengesagten ergibt sich auch die sozialpolitische Bedeutung durch die Vermittlung produktiver Arbeitsbeschaffung auf lange Sicht. Infolge der intensiven Kultur können auf der gleichen Fläche fünfmal mehr Leute beschäftigt werden als bei normalen, extensiv betriebenen Landwirtschaftsbetrieben.
3. Schrittmacher besserer sozialer Bedingungen für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer durch angemessene Entlohnung und Einführung einer Versicherungskasse für das Personal.

Obwohl die soeben erwähnten Punkte, volkswirtschaftlich gesehen, unumstritten sind, ist doch vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt ein großes «Aber» anzubringen. Es betrifft dies die Finanzierung und die Rentabilität. Die erstere erfolgt, wie bereits erwähnt, durch ein zinsloses Darlehen des VSK von 1½ Millionen und die Gewährung einer Hypothek und eines Darlehens von je 0,75 Millionen Franken durch die GZB. Im Laufe der Jahre hat der VSK – um die Rentabilität der SGG zu sichern – sein gewährtes Darlehen gänzlich abschreiben müssen. Die Rentabilität der SGG ist verschieden; nur in normalen Erntejahren und in Kriegszeiten vermag sie einen Überschuß zu erzielen. Im Jahre 1951 arbeitete die SGG zum Beispiel mit einem Verlust von Fr. 99 690.35, wobei allerdings zu sagen ist, daß an diesem schlechten Ergebnis das in der Orbe-Ebene niedergegangene Hagelwetter maßgeblich schuld war.

Werfen wir nochmals einen Blick auf die verschiedenen Gründe, die zur landwirtschaftlichen Eigenproduktion und der Gründung der SGG geführt haben.

Der Versuch, die Bodenrente zu «sozialisieren», führte zu einem negativen Ergebnis bei der landwirtschaftlichen Eigenproduktion, die sich auch innert 25 Jahren von 402 auf 113 Hektaren bearbeiteten Bodens vermindert hat. Beim Einblick in die Sphäre der Preisbildung landwirtschaftlicher Produkte mußten sich die Konsumentenvertreter – wie bereits erwähnt – überzeugen, daß die Wünsche der schweizerischen Bauernsamen grosso modo einem legitimen Bedürfnis entsprachen. Der VSK als Dachorganisation der schweizerischen Konsumgenossenschaften hat sich deshalb bald nach Beginn seines Experimentes

der landwirtschaftlichen Produktion auf den Boden der einheimischen Landwirtschaft gestellt – einer Linie, der er bis heute treu geblieben ist und die er auch bei der 1951 erfolgten Abstimmung über das «Landwirtschaftsgesetz» bewahrte. Das will jedoch nicht heißen, daß der VSK jede Forderung der Landwirtschaft a priori gutheißen würde; doch muß auch hier darauf hingewiesen werden, daß der VSK keine sture Konsumentenpolitik betreibt, sondern sich für den *angemessenen* Preis einsetzt.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Eigenproduktion und in beschränktem Maße auch für die SGG läßt sich demnach folgendes sagen:

- «1. Der VSK hat festgestellt, daß die Rendite in landwirtschaftlichen Betrieben selbst in guten Erntejahren und bei verhältnismäßig hohen Produktionspreisen bescheiden ist.
2. Der VSK hat durch eigene Berechnungen den Einstandspreis der Milch kennengelernt und festgestellt, daß die Forderungen der Bauern auf Grund der Rentabilitäts Erfahrungen des Schweizerischen Bauernsekretariates nicht übertrieben waren.
3. Der Konsumentenverband mußte zur Überzeugung gelangen, daß der genossenschaftliche Bauernbetrieb dem individuellen privatwirtschaftlichen Betrieb nicht ohne weiteres überlegen ist.²⁵»

Die SGG ist durch die von wissenschaftlich geschulter Leitung angewandten intensiven Anbaumethoden und der vermehrten Arbeitsbeschaffung dem bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb volkswirtschaftlich überlegen; ob dies jedoch auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht zutrifft, ist allerdings eine andere Frage.

Die Verzinsung der vom VSK à fonds perdu vorgestreckten 1,5 Millionen Franken – und zwar zum Standardzinsfuß der Zweckgenossenschaften²⁶ – würde allein pro Jahr Fr. 60 000.– an Zinsen erfordern oder Fr. 2 040 000.– in 34 Jahren. Rechnet man die Verzinsung dieser 1,5 Millionen Franken – immer zum Zinsfuß von 4% – zu Zinseszinsen, so beläuft sich das Zinsbetreffnis für 34 Jahre auf mehr als das Doppelte des obenerwähnten Betrages, nämlich auf Fr. 4 191 504.–. Die Betriebsergebnisse, die wir an Hand der folgenden Tabelle graphisch aufgezeichnet haben²⁷, ergeben im Laufe der 34 verflossenen Jahre (1919–1952) ein totales Betriebsdefizit von Fr. 163 000.– oder durchschnittlich zirka Fr. 5000.– pro Jahr.

²⁵ Stadelmann, Alfred, Die Beziehungen der schweizerischen Konsumgenossenschaften zur einheimischen Landwirtschaft, S. 133/134, Diss. 1940, Buchdruckerei VSK.

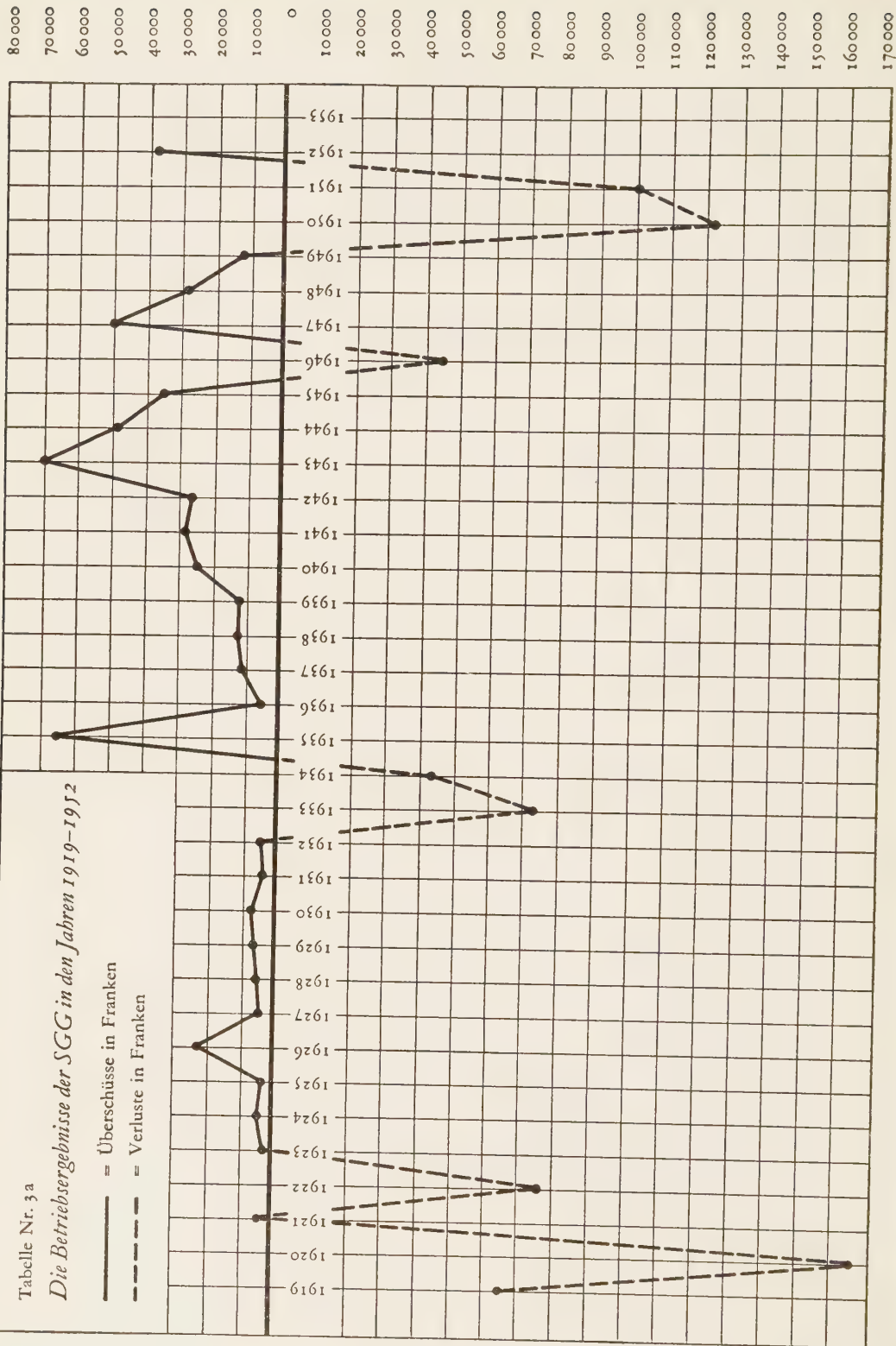
²⁶ 4%, vgl. Tab. Nr. 8.

²⁷ Vgl. Tab. Nr. 3a. Der Einfluß der Wirtschaftskrise sowie der Kriegs- und Nachkriegsjahre auf die Betriebsergebnisse der SGG ist daraus deutlich ersichtlich.

Tabelle Nr. 3a

Die Betriebsergebnisse der SGG in den Jahren 1919-1952

— = Überschüsse in Franken
 - - - = Verluste in Franken



Die Betriebsergebnisse der SGG in den Jahren 1919-1952

Jahr	Verlust	Gewinn	Jahr	Verlust	Gewinn
1919	65 000.-		Report	421 000.-	124 000.-
1920	165 000.-		1936		5 000.-
1921		3 000.-	1937		11 000.-
1922	76 000.-		1938		12 000.-
1923		2 000.-	1939		12 000.-
1924		5 000.-	1940		25 000.-
1925		2 000.-	1941		29 000.-
1926		23 000.-	1942		28 000.-
1927		3 000.-	1943		70 000.-
1928		4 000.-	1944		49 000.-
1929		6 000.-	1945		34 000.-
1930		6 000.-	1946	48 000.-	
1931		2 000.-	1947		50 000.-
1932		3 000.-	1948		28 000.-
1933	72 000.-		1949		12 000.-
1934	43 000.-		1950	121 000.-	
1935		65 000.-	1951	100 000.-	
			1952		38 000.-
Report	421 000.-	124 000.-	Total	690 000.-	527 000.-

Diese durchschnittlichen Betriebsdefizite werden auch dadurch dokumentiert, daß das – allerdings bescheidene Anteilscheinkapital –, welches hauptsächlich vom VSK gezeichnet worden war, nie verzinst wurde²⁸.

Trotz dem durchschnittlichen Betriebsdefizit von jährlich zirka 5000 Franken, den vom VSK à fonds perdu vorgestreckten 1,5 Millionen Franken und der mangelnden Verzinsung des Anteilscheinkapitals kann aber nicht eindeutig festgestellt werden, ob die SGG als Landwirtschaftsbetrieb de facto und rein betriebswirtschaftlich gesehen mit Verlusten oder Überschüssen arbeitet. Dies könnte nur durch die Erstellung einer eingehenden Analyse geschehen, worin vorerst genau abgeklärt werden müßte, wieviel von den vom VSK à fonds perdu vorgestreckten Geldern einerseits den Meliorationsarbeiten und ander-

²⁸ Vgl. Tab. Nr. 5.

seits dem Landwirtschaftsbetrieb als solchem zukommen. Außerdem müßten aber auch die beträchtlichen stillen Reserven, welche die SGG im Laufe der Zeit äufnen konnte, in Berücksichtigung gezogen werden.

Immerhin darf gesagt werden, daß der VSK in der SGG ein *gemeinnütziges Werk* von großer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung geschaffen und unter großen Opfern erhalten hat.

Möbel-Genossenschaft (MG)

(gegründet 1919)

Diese am 28. Juli 1919 auf Anregung des VSK gegründete Zweckgenossenschaft²⁹ hat zum Ziel, der schweizerischen Bevölkerung unter möglichst günstigen Bedingungen formschöne und billige Möbel sowie andere Haushaltungsgegenstände zu vermitteln.

Die Möbel-Genossenschaft sucht dieses Ziel durch folgende Mittel zu erreichen:

- a) durch Betrieb eigener oder gemieteter Anstalten für die Beschaffung formschöner und billiger Möbel sowie anderer Haushaltungsgegenstände;
- b) durch Beteiligung an Unternehmungen und Organisationen, durch welche die Interessen der Genossenschaft gefördert werden;
- c) durch die Ansammlung eines unteilbaren Genossenschaftsvermögens;
- d) durch Anschluß an den Verband schweiz. Konsumvereine (VSK).

Da die Möbel-Genossenschaft, abgesehen von wenigen Einzelmodellen, keine eigenen Möbel herstellt, sondern hauptsächlich nur Möbel vermittelt, kann sie nicht als eigentliche Produktionsgenossenschaft angesehen werden. Die Möbelvermittlung befaßt sich:

- mit dem Verkauf von guten Möbeln in verschiedenen Preisklassen, die sie bei privaten Möbelfabrikanten serienweise bezieht;
- mit dem Verkauf selbstentworfener, aber bei Dritten hergestellten Möbeln;

²⁹ «Schweiz. Konsum-Verein», 12. August 1919, Nr. 31.

- mit der Herstellung von Polsterarbeiten in der eigenen Polster- und Tapeziererwerkstätte.

Die Marktformen, denen wir auf dem schweizerischen Möbelmarkt begegnen, weisen – im Gegensatz zu andern Märkten – verhältnismäßig wenig monopolistische oder oligopolistische Einschläge auf. Die Konkurrenz ist deshalb sehr aktiv, oft ruinös und sucht nicht selten durch die Vermittlung wenig dauerhafter und daher «billiger» Möbel und den Abschluß von Kreditverkäufen ihre Umsätze zu vergrößern. Da die letzteren naturgemäß große Risiken in sich schließen, wird oft der Zinsfuß und die darin eingeschlossene Risikoprämie auf 10% oder sogar noch höher angesetzt.

Bei der Gründung der MG war deshalb auch – im Gegensatz zur MSK und der Schuh-Coop – nicht die Zerschlagung eines Boykotts maßgebend, sondern die Propagierung und Vermittlung formschöner Möbel zu reellen und günstigen Bedingungen. Diese werden u. a. durch die bescheidene Verzinsung des Anteilscheinkapitals von 4% und einem äußerst bescheidenen Reklamebudget von nur 2% des Umsatzes – im Gegensatz zu 5%, ja bis zu 12% des Umsatzes im privaten Möbelvermittlungssektor – gewährleistet. Entgegen den Gepflogenheiten der privaten Möbelhändler begnügt sich die genossenschaftliche Möbelvermittlungsstelle beim Verkauf auf Raten mit einem Zinsfuß von 6%.

Ursprünglich zählte die Möbel-Genossenschaft neun Mitglieder mit Fr. 302 900.– Anteilscheinkapital, wovon Fr. 300 000.– vom VSK gezeichnet wurden.

1951 teilten sich 56 Mitglieder in ein Anteilscheinkapital von Fr. 321 700.–, das zu 4% verzinst wurde.

Gegenwärtig besitzt die Möbel-Genossenschaft Ausstellungs- und Verkaufslokale in Basel, Biel und Zürich; sie erzielte 1951 folgende Umsätze:

Basel	Fr. 1 278 125.10
Biel	Fr. 2 321 242.85
Zürich	Fr. 1 470 315.25
	Fr. 5 069 683.20

Davon entfielen in Biel und Zürich je 39% und in Basel 29% auf Vorausbezahlung seitens der Käufer.

Der Personalbestand der Möbel-Genossenschaft beziffert sich auf zirka siebzig Personen, wovon zwei bis drei Dutzend Handwerker, die in den Polster- und Reparaturwerkstätten beschäftigt werden.

Schub-Coop, Basel

(gegründet 1925)

In ihren Anfängen richteten sich die genossenschaftlichen Bestrebungen weniger drauf, durch Konsumvereine die *Güterverteilung* zu regeln und den Handelsprofit auszumerzen als vielmehr auf die Beherrschung der *Güterproduktion*.

Durch Schaffung zahlreicher *Produktionsgenossenschaften* versuchten die Anhänger dieser Idee, zum Beispiel *Charles Fourier*³⁰ und *Louis Blanc*³¹, weiter auch *Buche* und *Lasalle*, entweder durch Selbsthilfe oder vermittelt Staatshilfe die Arbeiter in den dauernden Besitz der Produktionsmittel zu setzen.

Auch *Schulze-Delitzsch* feierte die Produktionsgenossenschaft als die Krönung des Genossenschaftsplanes.

Die Geschichte der Arbeiterproduktionsgenossenschaften ist aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu einer Geschichte von Mißerfolgen geworden³².

Die kleinen Produktionsgenossenschaften der Arbeiter waren in der Regel viel zu *kapitalschwach*, um erfolgreich mit den großen Fabrikanten und Produzenten konkurrieren zu können; innere Feinde, Mißgunst und Disziplinlosigkeit zersetzten die noch ungenügend entwickelte Solidarität und brachten die schwach fundierte Organisation zur Auflösung. Die Hauptursache der chronischen Mißerfolge lag aber im Fehlen einer klaren Einsicht in die wirklichen Mängel der damaligen Wirtschaftsorganisation.

Die Anhänger von Produktionsgenossenschaften erkannten zwar mit Recht die Anarchie in der herrschenden Produktionsweise und die Schäden, die aus Überproduktion, Krisen, Arbeiterentlassungen usw.

³⁰ «Le nouveau monde industriel et sociétaire», Paris 1848.

³¹ «L'organisation du travail», 1899.

³² *Gide, Charles*, Les obstacles au développement des coopératives de production, Paris 1923, sowie *L'Avenir des coopératives de production*, Paris 1924.

folgen, als die Quelle des Unheils für die Arbeiter. *Durch genossenschaftliche Organisation der Produktion* glaubten sie mit einem Schlag alle Übelstände im Wirtschaftsleben beseitigen zu können.

Der allmächtige Hebel, der aber in letzter Linie alle Kräfte der menschlichen Wirtschaft in Bewegung setzt, ist der *Konsum* zur Befriedigung unserer materiellen und kulturellen Bedürfnisse.

Die Redlichen Pioniere von Rochdale waren bereits zu dieser Erkenntnis gelangt und hatten erklärt, daß ihr höchstes Ziel die genossenschaftliche Produktion sei, diese aber nur über die genossenschaftliche Güterverteilung, das heißt durch die Konsumgenossenschaft, abgesetzt werden könne³³. Die Erfahrung hat den Rochdaler Pionieren Recht gegeben.

Die interessante Vorgeschichte der Schuh-Coop erhärtet diese Tatsache erneut.

Vorgeschichte

Die privaten Schuhhändler hatten schon frühzeitig einen Interessenverband gegründet. Auf Drängen ihrer Mitglieder gingen allmählich auch die Konsumvereine dazu über, Schuhe zu vermitteln. Darauf wurden die privaten Schuhhändler bei den schweizerischen Schuhfabrikanten vorstellig, es möchten sich die Industriellen verpflichten, den Konsumvereinen weder direkt noch indirekt Schuhe zu liefern. Dem Begehren wurde entsprochen, als 1895 auch der Allgemeine Konsumvereine beider Basel die Schuhwarenvermittlung aufnahm.

Diese erste Boykotterklärung löste bereits in Konsumentenkreisen den Gedanken aus, die Frage der *Eigenproduktion* in Erwägung zu ziehen.

So unterbreitete der Genossenschaftspionier und spätere Nationalrat Stephan Gschwind der Delegiertenversammlung des VSK vom Jahre 1895 einen entsprechenden Antrag³⁴.

Der VSK mußte aber vorläufig die Boykottangelegenheit auf sich beruhen lassen³⁵ und sich damit begnügen, im Herbst 1898 eine neue

³³ *Holyoake, G. J.*, Geschichte der Rochdaler Pioniere, S. 32 u.a., Köln, Gepag-Verlag, 1928.

³⁴ Wörtlich: «Der Vorstand erhält den Auftrag, zu untersuchen, auf welche Weise der Boykotterklärung des Basler Konsumvereins seitens der schweizerischen Schuhfabriken zu begegnen sei. Im speziellen soll er die Frage prüfen, ob nicht die Gründung eventuell Erwerbung einer schon bestehenden Schuhfabrik durch den Verband zweckmäßig sei.»

³⁵ 1900 betrug das Verbandsvermögen des VSK erst Fr. 44 630.-.

Eingabe an den Schuhindustriellenverband zu machen, die jedoch wiederum nichts fruchtete.

Daraufhin wurde an der Delegiertenversammlung des Jahres 1899 in Luzern, am 24. Juni, die folgende Resolution gefaßt:

«Die Delegiertenversammlung des VSK protestiert gegen den zwischen dem Verbands der Schuhindustriellen und Schuhhändlern vereinbarten Schuhwarenboykott gegenüber den Konsumvereinen als eine ungerechtfertigte und schädliche Vergewaltigung der Konsumenten. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, zu veranlassen, daß möglichst viel Verbandsvereine den Schuhverkauf einführen, und Schritte zu tun, zur Bildung einer Genossenschaft zum Zwecke der Schuhfabrikation.»

Aber auch diese Resolution konnte, wie die Machtverhältnisse damals lagen, nur zum Teil ausgeführt werden. Wohl wurde die Vermittlung von Schuhwaren in einer immer größeren Zahl von Konsumvereinen an die Hand genommen und wo Schweizer Fabrikate nicht erhältlich waren, ausländische, die trotz dem hohen Schutzzoll noch preiswert vermittelt werden konnten, eingeführt. Dagegen zur Annahme der genossenschaftlichen Produktion waren die Verbandsvereine noch zu schwach, und andere, noch dringendere Aufgaben harhten der Lösung.

Nachdem in der Zwischenzeit noch wiederholt und ohne Erfolg versucht worden war, die Schuhindustriellen zur Aufhebung des Boykotts zu veranlassen, beschloß der VSK im Jahre 1907, einem vielfach gestellten Begehren seiner Mitglieder folgend, die Vermittlung von Schuhwaren an die schweizerischen Konsumvereine zu zentralisieren und selbst zu organisieren.

Gleichzeitig wurde folgendes, motiviertes Gesuch an den Schuhindustriellenverband gerichtet:

«Es sei den Mitgliedern des Schuhindustriellenverbandes von nun an freizustellen, mit dem VSK in Basel in Geschäftsverbindung zu treten.»

Dieses Gesuch hatte einen unerwarteten Erfolg: es wurde nämlich schroff abgelehnt, dagegen zu gleicher Zeit beschlossen, den Verkauf von Schuhwaren an die einzelnen Konsumvereine von nun an freizugeben.

Es war offensichtlich, die Schuhindustriellen versuchten mit diesem Beschluß, die einzelnen Konsumvereine in einen Gegensatz zum VSK zu bringen. Divide et impera! Dieser Versuch mißlang jedoch gänzlich, indem die Vereine treu zum VSK hielten.

Die Schuhwarenvermittlung des VSK dagegen zeigte nun folgende erfreuliche Entwicklung:

Jahr	Umsatz in Franken
1908	629 800
1909	1 125 500
1910	1 425 000
1911	1 374 800
1912	1 527 900

Im Jahre 1912 hatten 133 Vereine eigene Schuhwarenmagazine eingerichtet.

Trotzdem der Verband, ungeachtet des Boykottes, die Schuhvermittlung mit Erfolg aufgenommen hatte, wurde im Frühjahr 1911 noch ein letzter Versuch unternommen, den Boykott seitens des Schuhindustriellenverbandes aufzuheben. In einem Memorandum legten der VSK und 297 unterzeichnende Verbandsvereine unter anderem folgendes dar:

«Ihr Verband konnte sich damals nicht entschließen, unserem Begehren zu entsprechen, und so blieb einstweilen alles beim alten; die Konsumvereine vermittelten weiter Schuhwaren schweizerischer und ausländischer Herkunft, ohne daß der Boykott die Entwicklung dieses Geschäftszweiges ernstlich beeinträchtigt hätte. Immerhin zeigte sich als Hauptnachteil dieser Regelung, daß die Konsumvereine gezwungen waren, mehr Schuhe aus dem Ausland einzuführen als ihnen im Interesse der schweizerischen Produktion und der Schuhfabrikarbeiter, die als Konsumenten meistens unseren lokalen Konsumvereinen angeschlossen sind, lieb war.»

Wie die andern Eingaben so wurde auch diese letzte wiederum abgewiesen.

Der «Economist» schrieb am 24. Juni 1911 hierüber:

«Nicht von den Konsumvereinen ist der Boykott ausgegangen, sondern von den Schuhindustriellen, die sich weigerten, an den Verband der Konsumvereine zu liefern. Man kann diesen verstehen, wenn er sich schweren Herzens dazu entschließt, vom Bezug schweizerischer Schuhwaren abzusehen.»

Die Gründung und Entwicklung der genossenschaftlichen Schuhfabrik (1912–1924)

Nach Abweisung der letzten Eingabe an den Schuhindustriellenverband beschloß die im gleichen Jahr (1911) in Frauenfeld tagende Delegiertenversammlung des VSK spontan die Errichtung einer eigenen Schuhfabrik durch den VSK. Dieser einmütige Beschluß zeitigte bei den Schuhindustriellen eine verblüffende Reaktion. Am 29. Dezember 1911 wurde nämlich nach heftigen Auseinandersetzungen die sofortige Auflösung des Verbandes der Schuhindustriellen beschlossen.

Die unmittelbare Ursache des Zusammenbruchs des Schuhkartells ist darin zu suchen, daß eine Fabrik in Olten freiwillig aus dem Syndikat austrat. Dieser Schritt war von der Absicht diktiert, den VSK beliefern zu können, da gerüchteweise verlautete, der VSK gedenke seine Fabrik in Olten, also am wichtigsten Standort der Schuhindustrie, zu errichten, und weil sich diese Fabrik durch eine solche Konkurrenz in ihrer Existenz bedroht fühlte. Man hoffte, mit diesem Schritt die neu im Werden begriffene Konkurrenz fernzuhalten. Im weiteren wurde Ende 1911 eine Firma in Brütisellen aus dem Kartell ausgeschlossen, da diese, in Kenntnis der Tatsache gegen die übernommenen Verpflichtungen zu verstossen, indirekt dem VSK Schuhe geliefert hatte. Der Verband der Schuhindustriellen war somit um zwei bedeutende Firmen geschwächt.

Durch die Zerschlagung des Boykotts und die Schwächung des Kartells der Schuhindustriellen wäre nun den Genossenschaften der Weg für eine normale und geregelte Schuhwarenvermittlung offenstanden, doch wurde am Entschluß der Errichtung einer eigenen Fabrik festgehalten, indem die Delegiertenversammlung des VSK 1912 die folgende Resolution faßte.

«Die Delegiertenversammlung des VSK genehmigt in ihrer Sitzung vom 8. Juni 1912 in Interlaken gemäß § 29, Ziffer 5, der Verbandsstatuten das Projekt betreffend Erstellung einer Schuhfabrik an der Pfeffingerstraße in Basel und bewilligt hiefür den erforderlichen Baukredit von Fr. 300 000.—.»

Dieser wichtige Beschluß zeitigte innerhalb der Verbandskreise starke Meinungsverschiedenheiten in der Frage über den *Standort* der Fabrik.

Die Verbandsleitung kam indessen zur Überzeugung, daß von den zwei Projekten, die zur Diskussion standen – nämlich Olten oder Basel –, dem letztern der Vorzug gegeben werden müsse, und zwar aus folgenden Überlegungen:

1. Die Schuhfabrik mußte sorgfältig überwacht werden können, um ihre Rentabilität zu sichern. Am Sitze des VSK war dies am ehesten möglich.
2. In Basel seien gute Facharbeiter zu finden, meinte der damalige Präsident der Verwaltungskommission des VSK, indem gerade die aufgeweckteren Arbeiter ihre Scholle verlassen und in die Stadt ziehen.
3. 1910, als die Schuhwarenvermittlung ein immer größeres Ausmaß erreichte, hatte der VSK sich bereits Land zur eventuellen Errichtung einer Schuhfabrik an der Pfeffingerstraße gesichert.

Demgegenüber machte der Consumverein Olten geltend, daß in Olten dem Verbands Areal mit Geleiseanschluß gratis zur Verfügung gestellt würde, daß in Olten, im Gegensatz zu Basel, Facharbeiter sofort zur Verfügung ständen, die zu günstigen Bedingungen gewonnen werden könnten.

Auch herrschte unter nicht wenigen Delegierten die Ansicht, eine Dezentralisation, eine Verteilung der Genossenschaftsbetriebe über die ganze Schweiz würde dem Wunsche vieler angeschlossener Genossenschaften Rechnung tragen.

Trotz allen Bedenken, welche gegen die Errichtung der Fabrik in Basel erhoben werden konnten, wurde aber der Antrag der Behörden des VSK angenommen.

Im August 1913 wurde die Schuhfabrik eröffnet. 120 Arbeiter und Angestellte nahmen die Produktion auf, und gegen 500 Paar Schuhe konnten täglich hergestellt werden.

Dem verheißungsvollen Anfang sollte aber nicht die gleiche Kontinuität beschieden sein. Kaum ein Jahr stand die Fabrik in Betrieb, als der Erste Weltkrieg ausbrach. Mit ihm entstanden Schwierigkeiten, die nicht vorausgesehen werden konnten. Nach Kriegsende bereitete die Wirtschaftskrise dem Betrieb neue Sorgen. Verluste häuften sich auf Verluste, so daß der VSK schließlich vor der Frage stand: Liquidation oder Reorganisation der Fabrik?

Die Verbandsbehörden erblickten die Möglichkeit einer durchgrei-

fenden Sanierung nunmehr auf dem Wege der Gründung einer Zweckgenossenschaft³⁶. Eine solche konnte infolge besserer Anpassung an die wirtschaftliche Lage, zweckmäßigerer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne der Erhaltung der Rentabilität, den an einen solchen Betrieb gestellten Anforderungen besser gerecht werden als eine mit dem gesamten Betrieb des VSK verbundene, nicht selbständige Abteilung.

Der nach dem ersten Betriebsjahr ausgebrochene Krieg hatte die Rentabilität des Unternehmens unter anderem durch die steigenden Lebenshaltungskosten und die damit verbundenen immer stärker werdenden Lohnforderungen der Gewerkschaften stark gefährdet. Zudem sanken – wie unten dargelegt – auch die Produktionsleistungen.

Produktionsleistungen der Schuhfabrik VSK³⁷

Jahr	Produzierte Menge	Arbeiter	Produzierte Menge pro Arbeitskraft im Jahr
1914	93 897 Paare	119	789
1915	95 134 Paare	151	630
1916	90 415 Paare	163	555
1917*	98 080 Paare	175	560
1918	98 075 Paare	175	560 ³⁸
* Die leichte Steigerung der Leistung rührt von der verbilligten Produktion (Volksschuh) her, die eingeführt werden mußte, um der unbemittelten Bevölkerung den Kauf von Schuhen zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.			

Daß die nach kaum bewilligter Lohnforderung immer wieder neu gestellten Lohnerhöhungsansprüche der Gewerkschaften unberechtigt waren, zeigen die Lohnvergleiche zwischen der VSK-Schuhfabrik und der übrigen Schuhindustrie.

³⁶ Vgl. Bericht des Aufsichtsrates und der Verwaltungskommission an die Delegiertenversammlung vom 8./9. Juni 1912: «Wir schlagen Ihnen vor, daß der VSK die Schuhfabrik selbst betreiben soll und daß nicht eine separate Genossenschaft hiefür gebildet werden soll.»

³⁷ Hunzinger, Walter, Genossenschaftliche Produktion, Diss. Basel 1947, Buchdruckerei Dr. J. Weiß, Affoltern a.A.

³⁸ 1953 wurden durch 182 Arbeiterinnen und Arbeiter 118 739 Paar Schuhe produziert, das heißt durchschnittlich 652 Paar pro Arbeitskraft.

Löhne der Schuhfabrik VSK³⁷

Jahr	Stundenlöhne in Rappen				Gelernte Arbeiter Mehrlohn VSK gegenüber Privatindustrie in %
	VSK-Schuhfabrik		übrige Schuhindustrie		
	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	
1913	65	52	45	38	44,5
1918	103	96	84	78	22,6
1919	142	121	117	103	21,3
1921	155	140	131		18,0
1922	155	140	122		27,0!
1923	155	140	114		36,0!!

Die Lohnerhöhungen betrugen in der genossenschaftlichen Schuhfabrik:

am 1. Januar 1916 6%
am 1. Januar 1917 12%
am 1. Januar 1918 15% + 700 Franken Teuerungszulage im Jahr
am 1. Januar 1919 35% + 350 Franken Teuerungszulage im Jahr

Die in den Kriegsjahren erwirtschafteten geringen Überschüsse – ihr Maximum wurde 1917 mit rund 50 000 Franken erreicht – waren bald aufgezehrt. Deshalb entschloß man sich zur Reorganisation des Betriebes, um weitere Verluste vermeiden zu können.

Die Reorganisation der Schuhfabrik, die Entwicklung der «Schuh-Coop» von 1925 bis 1950

Zehn Jahre nach der verheißungsvollen Eröffnung der genossenschaftlichen Schuhfabrik stand der VSK, wie bereits erwähnt, vor der Wahl: Stillelegung oder Reorganisation?

Am 22. November 1924 erfolgte auf Antrag der Verwaltungskommission und des Aufsichtsrates des VSK der grundsätzliche Beschluß der Konsumvereine, die Reorganisation durchzuführen. Die Verwaltungskommission beschloß, die Gründung einer dem VSK als Mit-

³⁷ *Hunzinger, Walter*, Genossenschaftliche Produktion, Diss. Basel 1947, Buchdruckerei Dr. J. Weiß, Affoltern a. A.

glied angeschlossenen, juristisch selbständigen Zweckgenossenschaft «Schuh-Coop» in die Wege zu leiten³⁹. Diese Reorganisation sollte folgende Vorteile bringen:

1. Einfachere, beweglichere Organisation, die, von einem branchenkundigen Kaufmann geleitet, sich an die Marktverhältnisse besser anpassen kann als eine mit dem gesamten Betrieb des VSK verbundene und daher bürokratische Abteilungsorganisation.
2. Zweckmäßige Ordnung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne einer rationellen Betriebsweise und unter Berücksichtigung der Verhältnisse in privaten Konkurrenzbetrieben.

Am 1. März 1925 wurde die reorganisierte genossenschaftliche Schuhfabrik unter dem Namen «Schuh-Coop» weitergeführt und nahm folgende Entwicklung:

Umsätze der Schuh-Coop 1925–1950

1925	Fr. 6 302 000.–	1938	Fr. 7 677 762.–
1926	Fr. 5 511 000.–	1939	Fr. 8 805 680.–
1927	Fr. 6 342 000.–	1940	Fr. 11 447 405.–
1928	Fr. 8 251 000.–	1941	Fr. 11 736 680.–
1929	Fr. 8 240 000.–	1942	Fr. 11 998 629.–
1930	Fr. 9 045 000.–	1943	Fr. 10 814 376.–
1931	Fr. 8 639 710.–	1944	Fr. 11 813 328.–
1932	Fr. 8 466 238.–	1945	Fr. 12 992 452.–
1933	Fr. 9 164 590.–	1946	Fr. 15 038 570.–
1934	Fr. 8 452 713.–	1947	Fr. 21 416 892.–
1935	Fr. 8 841 020.–	1948	Fr. 25 167 015.–
1936	Fr. 8 664 331.–	1949	Fr. 17 725 620.–
1937	Fr. 8 368 033.–	1950	Fr. 16 751 380.–

1951 betrug der wertmäßige Umsatz der Schuh-Coop Fr. 19 094 589.–.

Die steigenden Umsätze der Schuh-Coop sind ein Beweis dafür, daß die Reorganisation der genossenschaftlichen Schuhfabrik erfolgreich war und sich die von der Verselbständigung des Betriebes erhofften Vorteile auch einstellten⁴⁰. 1951 waren von den total 572 dem VSK

³⁹ Rechenschaftsbericht VSK 1924, S. 11.

⁴⁰ Der Vergleich zwischen dem neuen schweizerischen Gesamtarbeitsvertrag vom 16.11.1951 zwischen dem Verband schweiz. Schuhindustrieller und den Gewerkschaften und dem abgeschlossenen Arbeitsvertrag der Schuh-Coop ergibt, daß diese ihrem Personal neben um 10% höheren Mindestverdiensten weitere beachtenswerte Vorteile bietet und daß ihr Vertrag weiterhin als vorbildlich bezeichnet werden darf.

angeschlossenen Konsumvereinen 136 Mitglieder der Schuh-Coop mit einem Anteilscheinkapital von Fr. 1 245 000.—.

Wenn der heute gegen 290 Personen beschäftigende Betrieb alle Zeichen einer gesunden Entwicklung aufweist und die «Schuh-Coop» als vorbildlicher Arbeitgeber bezeichnet werden darf, ist doch auf einen großen Nachteil hinzuweisen, der nicht mehr beseitigt werden kann, nämlich der ungünstige Standort.

Die «Schuh-Coop» ist die einzige schweizerische Schuhfabrik, die sich an der Peripherie des Landes und zugleich in einer Großstadt befindet. (Die übrige schweizerische Schuhindustrie ist nur in ländlichen oder kleinstädtischen Bezirken, hauptsächlich in den Kantonen Solothurn und Aargau angesiedelt.) Dies bedingt, daß die Fabrik einerseits für hohe Frachtkosten aufkommen muß und anderseits relativ hohe Löhne zu bezahlen hat, da das Lohnniveau in den Großstädten bedeutend höher ist als auf dem Lande oder in einer Kleinstadt. Der letztere Faktor fällt um so mehr ins Gewicht, als die Schuhindustrie sehr arbeitsintensiv ist.

Die Rohstoff- und Kraftorientierung, welche für die «Schuh-Coop» als günstig bezeichnet werden darf, ist für eine Schuhfabrik nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Der elektrische Strom ist heute überall vorhanden, und der Bezug der Rohmaterialien, die sowohl im Ausland als im Inland gekauft werden, macht die Materialorientierung nicht notwendig, da der Wert der Rohmaterialien in bezug auf das Gewicht relativ hoch ist.

Rückblickend dürfen wir feststellen, daß sich für die genossenschaftliche Schuhproduktion, nach wenig ermutigenden Anfängen, die Unternehmungsform der Zweckgenossenschaft durchaus bewährt hat.

Die Genossenschaftliche Zentralbank (GZB) (gegründet 1927)

Galten früher die Banken als die reinsten kapitalistischen Organisationsformen⁴¹ und ihre Mittel als ausschließliche Machtfaktoren des Kapitalismus, so hatte sich im Laufe der Zeit der Gedanke Anerken-

⁴¹ Marx, Karl, Das Kapital, S. 548 ff.

nung verschafft, daß sich die Arbeiterbewegung nicht in passiver Einstellung zu dieser Frage erschöpfen darf. Die Arbeiterschaft soll selbst auch aktiven Anteil an der bisher der Domäne des Kapitalismus überlassenen Unternehmertätigkeit nehmen, wenn sie sich aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit befreien will.

Das Problem der Kreditgewährung ist die erste Entstehungsursache der *Arbeitnehmerbanken*. Das Problem, daß der Arbeiter seine Spargelder in den Dienst sozialer Ideen stellen soll, stellt einen weiteren Grund zur Entstehung von solchen Banken dar. Die Arbeitnehmerbanken können die ihr anvertrauten Gelder in Produktionsgenossenschaften, im Versicherungswesen, in Konsumgenossenschaften usw. investieren oder einfach durch kurzfristig angelegte Mittel auch einen Streikfonds äufnen.

Seit 1925 beschäftigte man sich im Schweizerischen Gewerkschaftsbund mit der Frage der Errichtung einer Arbeiterbank. Das Beispiel der Arbeiterbanken in Deutschland⁴², Österreich⁴³ und anderen Ländern hatte dazu angeregt. Man wollte damit die finanziellen Kräfte der Arbeiterschaft straffer zusammenfassen. Doch wurde beim Studium dieser Frage nicht außer acht gelassen, daß die Geldgeschäfte der Gewerkschaften – wie bereits angedeutet – einen etwas einseitigen Charakter haben. Die Kleinheit unseres Landes hätte aber der Tätigkeit einer eigenen Bank der Gewerkschaften relativ enge Grenzen gesetzt. Aus diesen Erwägungen wurde seitens des Gewerkschaftsbundes mit der Genossenschaftsbewegung Fühlung genommen.

Im Schoße der Konsumgenossenschaften war das Problem der Gründung eines Bankinstitutes in der gleichen Zeitperiode aktuell geworden. Der Verband schweiz. Konsumvereine hatte sich zwar schon 1912 eine eigene Bankabteilung angegliedert, die auch fremde Gelder annahm. Diese bildete aber nur eine Verwaltungsabteilung des VSK, welche daher auf ein enges Tätigkeitsgebiet beschränkt blieb und keine Bankgeschäfte für Dritte besorgte. Nach längeren Verhandlungen kam es zur Gründung eines genossenschaftlichen Bankunter-

⁴² Das im Jahre 1907 als «Deutsche Werkmeister-Sparbank AG» in Düsseldorf gegründete Geld- und Kreditinstitut war aus der Sparabteilung des deutschen Werkmeisterverbandes hervorgegangen.

⁴³ 1912 erfolgte in Österreich die Gründung der «Arbeiter AG» in Wien, indem der «Kreditverband österreichischer Arbeitnehmervereinigungen, Genossenschaft GmbH» in die genannte Arbeiterbank umgewandelt wurde.

nehmens, an welchem sich sowohl die Genossenschaften als auch die Gewerkschaften beteiligten. Es trug deshalb zuerst den Namen «Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften». Am 30. Oktober 1927 fand im Freidorf bei Basel die Gründungsversammlung statt. Da der Verband schweiz. Konsumvereine seine Bankabteilung an das neue Institut überleitete und auch vermöge seiner Mittel und seines Geschäftsumfanges über eine größere finanzielle Leistungsfähigkeit verfügte als die Gewerkschaften, waren der VSK und die ihm angeschlossenen Konsumvereine von Anfang an stärker beteiligt am Anteilscheinkapital als die Gewerkschaften. Schon nach einem Jahr wurde die Firma abgeändert in «Genossenschaftliche Zentralbank».

Der Sitz der Zentralbank ist Basel, wo sie an der Aeschenvorstadt 71 heute ein zweckentsprechendes, eigenes Bankgebäude besitzt. Im Jahre 1929 wurde eine Filiale in Zürich errichtet, später auch in Bern. 1952 wurde eine dritte Filiale in Genf eröffnet.

Als Mitglieder der GZB können aufgenommen werden:

- I. Verbände von Genossenschaften und einzelne Genossenschaften; Verbände von Gewerkschaften und einzelne Gewerkschaften; andere Gesellschaften und Vereinigungen, sofern sie die Förderung oder Sicherung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage bezwecken.
- II. Andere juristische oder physische Personen, welche den Zweck der Genossenschaft fördern wollen⁴⁴.

Die Zeichnung des Anteilscheinkapitals ergab deshalb in Anlehnung an die Statuten folgende Ausgangslage:

Anteile von 119 Genossenschaften	Fr. 2 464 000.-
(davon vom VSK)	Fr. 2 000 000.-
Anteile von 29 Gewerkschaften ⁴⁵	Fr. 1 061 000.-
(davon vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund)	Fr. 1 000 000.-
Anteile von zehn anderen Institutionen	Fr. 41 000.-
Total	<u>Fr. 3 566 000.-</u>

⁴⁴ Diese Erweiterung der Aufnahmebedingungen wurde erst bei der Statutenrevision am 20.12.1928 in die Statuten aufgenommen.

⁴⁵ Darunter figurieren zum Beispiel Anteile im Gesamtbetrage von Fr. 100 000.-, die vom Verband schweiz. Postbeamter und dem Verband schweiz. Post- und Telegraphenangestellter, die beide der IPTT angehören, gezeichnet wurden.

Die Entwicklung der Genossenschaftlichen Zentralbank seit der Gründung nahm folgenden Verlauf:

Passiven

Die Überleitung der Bankabteilung des VSK brachte dem neuen Institut einen Grundstock von gegen 50 Millionen Franken, auf denen das weitere Geschäft allmählich aufgebaut wurde.

Die fremden Gelder fließen der Bank zumeist zu in der Form von Depositengeldern, die den Charakter von Spareinlagen haben, ferner von Obligationengeldern und schließlich in Form von Kreditorengeldern. Diese fremden Gelder stellen neben dem Eigenkapital (Anteilscheinkapital und Reserven) und einigen weiteren Posten die sogenannten Passiven der Bank dar. Diese betrugen je auf den 31. Dezember:

Jahr	Kreditoren insgesamt Fr.	Depositen Fr.	Obligationen Fr.	Anteilschein- kapital Fr.	Bilanzsumme Fr.
1928	22 340 883.-	20 886 266.-	16 347 600.-	6 542 000.-	66 581 309.-
1932	32 494 738.-	46 389 347.-	19 365 000.-	10 174 000.-	113 963 598.-
1936	28 692 984.-	56 166 353.-	23 706 900.-	10 624 000.-	125 726 049.-
1940	31 857 717.-	63 245 386.-	24 857 200.-	11 186 000.-	137 006 829.-
1944	68 646 464.-	75 165 875.-	26 402 000.-	12 503 000.-	185 953 232.-
1948	69 663 407.-	95 422 063.-	27 238 100.-	19 543 000.-	231 275 868.-
1952	117 616 874.-	117 210 987.-	39 424 300.-	21 823 000.-	324 609 518.-

Das Anteilscheinkapital betrug bei der Gründung 3,566 Millionen Franken und wurde im Laufe der Jahre erheblich erhöht, um mit der Entwicklung der Bank Schritt zu halten, und beträgt heute rund 22 Millionen Franken.

Aktiven

Die Aktivseite einer Bankbilanz gibt Aufschluß über die Verwendung der anvertrauten Gelder. Ein Teil davon ist notwendig als Reserve in Form von Bargeld, Guthaben auf Postcheck und bei der Nationalbank, um jederzeit zahlungsbereit zu sein. Die übrigen Mittel werden angelegt, um einen Ertrag zu erhalten, der gestattet, die fremden und die eigenen Gelder angemessen zu verzinsen.

Die folgende Tabelle orientiert über die wichtigsten Aktivposten in der Bilanz der Genossenschaftlichen Zentralbank:

Jahr	Kassa, Giro- und Postcheckguthaben, Coupons Fr.	Banken Fr.	Wechsel Fr.
1928	1 230 217.-	21 009 058.-	2 760 885.-
1932	2 356 096.-	2 388 256.-	6 203 805.-
1936	6 251 730.-	2 307 284.-	5 408 544.-
1940	6 604 830.-	3 502 324.-	4 945 862.-
1944	7 640 313.-	6 869 479.-	12 205 789.-
1948	16 138 633.-	5 588 832.-	12 533 368.-
1952	15 655 177.-	10 142 069.-	36 391 341.-

Jahr	Debitoren Fr.	Hypothesen Fr.	Wertschriften und dauernde Beteiligungen Fr.
1928	25 627 567.-	1 853 148.-	14 074 432.-
1932	37 882 035.-	32 787 915.-	32 343 491.-
1936	32 001 282.-	51 165 716.-	28 591 493.-
1940	32 649 923.-	57 402 341.-	31 900 549.-
1944	34 408 577.-	64 549 444.-	60 279 630.-
1948	69 924 139.-	89 993 203.-	35 277 693.-
1952	67 692 155.-	132 077 314.-	60 951 462.-
1953	79 443 378.-	142 233 522.-	59 201 894.-

Diese Zahlen zeigen, daß im Laufe der Jahre eine erhebliche Umschichtung in den Anlagen stattgefunden hat. Die sofort verfügbaren Kassamittel sind von Jahr zu Jahr größer geworden und betrugen Ende 1952 über 15 Millionen Franken. Daneben hatte die Zentralbank anfänglich noch bedeutende Guthaben bei andern Banken, die jedoch stark abgebaut wurden, da der Ertrag dieser Bankguthaben immer mehr zurückging und da anderseits die eigene Anlagetätigkeit immer mehr und mehr ausgebaut wurde.

Die eigenen Anlagen bestehen einmal in den Debitoren, worunter einerseits Darlehen zu verstehen sind und anderseits kaufmännische Kredite, die saisonmäßig zunehmen und abnehmen können, zum Beispiel Kredite an Genossenschaften zum Einkauf von Waren oder Kredite an Gewerkschaften zur Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen. Das Wechselgeschäft, das auch eine Form des Betriebskredites darstellt und sich anfangs während mehrerer Jahre stets im Ausmaß von einigen Millionen hielt, nahm ab 1944 immer größere Dimensionen an. Eine bedeutsame Entwicklung hat besonders das Hypothekengeschäft genommen. Der Bestand der Hypotheken ist von

ursprünglich null im Jahre 1927 auf über 132 Millionen im Jahre 1952 gestiegen. Wie im Jahresbericht 1952 mitgeteilt wird, entfallen davon 122,4 Millionen Franken oder 92,66% auf Hypotheken im ersten Rang und 9,68 Millionen Franken oder 7,34% auf zweite Hypotheken. Scheidet man den Hypothekenbestand nach Schuldern aus, so kommt ein Anteil von 44 Millionen Franken oder 33,3% auf Privatleute und private Firmen und 88 Millionen oder 66,7% auf gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, Wohnbaugenossenschaften, Konsumvereine usw.

1952 setzte sich der Wertschriftenbestand von zirka 61 Millionen Franken hauptsächlich aus eidgenössischen Anleihen und Obligationen der Schweizerischen Bundesbahnen (35,9 Millionen Franken) und Obligationen der Kantonalbanken (zirka 14 Millionen Franken) zusammen. Da diese Wertschriften verhältnismäßig leicht abgestossen werden könnten, verfügt die Zentralbank über einen genügend großen Spielraum, um einen viel größeren Geldbedarf der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung oder auch der ihnen nahestehenden Unternehmungen jederzeit decken zu können.

Die Betriebsergebnisse der Genossenschaftlichen Zentralbank waren immer befriedigend, wenn auch die kritischen Zeiten nicht ganz ohne Einfluß waren. Der Überschuß der Bank ermöglichte es aber jedes Jahr, das Anteilscheinkapital zu verzinsen und ansehnliche Einlagen in den Reservefonds vorzunehmen. Der letztere betrug Ende 1952 Fr. 6 000 000.—.

Die Genossenschaftliche Zentralbank hat als Bank der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung teilweise ähnliche Erfahrungen machen müssen wie andere Betriebe, die im Besitze von Genossenschaftlern sind. Es besteht die Gefahr, daß an solche Eigenbetriebe größere Anforderungen gestellt werden als an irgendein privates Geschäft. Es gibt Einleger, die glauben, das genossenschaftliche Institut könne die höchsten Zinsen bezahlen; als Schuldner wird dagegen der niedrigste Zinssatz verlangt, und es sollte schließlich noch ein möglichst hoher Ertrag herausgewirtschaftet werden. Es kann natürlich auch eine Genossenschaftsbank nicht alle derartigen Forderungen erfüllen. Der gesamte Bankverkehr mit den Genossenschaften und Gewerkschaften muß sich deshalb ausschließlich nach *banktechnischen* Gesichtspunkten abwickeln. Die beiden Gründerverbände und ihre Vertreter im Verwaltungsrat der Bank haben diesen Grundsatz der Neutralität auf der ganzen Linie stets und ohne die geringste Ein-

schränkung hochgehalten. Dementsprechend hat sich auch die Zusammenarbeit bisher in bester Harmonie vollzogen.

Dabei konnte die Genossenschaftliche Zentralbank zur Lösung wichtiger volkswirtschaftlicher Probleme in größerem Maße beitragen. Zu nennen sind unter anderen:

- die Gewährung von Kleinkrediten an Arbeitnehmer;
- die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

a) *Die Gewährung von Kleinkrediten an Arbeitnehmer*

Vom Standpunkt rein privatwirtschaftlicher Überlegungen aus bildet für den «Bankier» die Einräumung von Kleinkrediten keinen Anreiz; denn abgesehen von vielen Enttäuschungen, sind die Informations- und übrigen Kosten beinahe dieselben wie bei einem größeren Kredit. Dadurch wirkt sich der Spesenanteil, in Prozenten ausgedrückt, stärker aus. Werden die Kleindarlehen nur vom nüchternen Ertragsstandpunkt aus betrachtet, so müßte für sie mindestens ein Zinssatz von 10% berechnet werden, wozu erst noch die übrigen Kosten kommen⁴⁶. Ein solcher Zins mag in den Augen des einfachen Arbeiters exorbitant erscheinen und in die Klasse des Wuchers fallen. Er ist aber in den meisten Fällen durch die Verhältnisse begründet und wirkt gegenüber den Forderungen sogenannter «Darlehensspezialisten», die oft mit allen Mitteln bis zu 50% Zins und mehr fordern, noch bescheiden. Daß die Bezahlung solcher Wucherzinsen eine Sanierung des Kreditnehmers verunmöglicht und dieser erst recht in eine finanzielle Misere gerät, liegt auf der Hand. Die Genossenschaftsbank begnügt sich für die Gewährung von Kleinkrediten mit einem Zins von $4\frac{1}{2}$ –5% und einer vierteljährlichen Kommission von $\frac{1}{8}$ – $\frac{1}{4}$ %, weil für sie nicht Ertragsrücksichten, sondern vor allem soziale Motive wegleitend sind⁴⁷. Da aber die erste und letzte Bedingung jeder Kreditgewährung stets auf der voraussichtlich prompten Bezahlung der Schuld beruht, stellt die Sicherung eines geordneten Abzahlungsverfahrens sowohl für den Gläubiger als auch für den eventuellen Bürgen die beste Garantie dar. Die Genossenschaftsbank erreicht dieses Ziel hauptsächlich durch die

⁴⁶ Einige Kantone haben Höchstzinsvorschriften aufgestellt, die durchwegs höhere Zinssätze vorsehen. Der im Kanton Zürich zulässige Höchstzinssatz beträgt zum Beispiel 2% pro Monat oder allein 24% an einfachen Zinsen pro Jahr!

⁴⁷ Dr. h.c. K $\ddot{u}$ ng, Gedanken zum Kleinkreditproblem, Basel, Buchdruckerei VSK, 1941.

Mithilfe der Arbeitgeber. Diese nehmen selbst die ratenweise erfolgende Rückzahlung der von ihren Angestellten und Arbeitern aufgenommenen Kredite mittels periodischer Lohnabzüge vor. Für dieses Prozedere wird mit der Abgabe und Notifikation einer Lohnzession die rechtliche Grundlage geschaffen. «Damit ist in einwandfreier Art Gewähr für eine regelmäßige Tilgung geboten, während bei der Abzahlung durch den Schuldner selbst Verzögerungen und Reklamationen nicht selten sind. Leider begegnet dieses Prozedere in der Praxis, teils zu Recht, teils unbegründet, auch heute noch erheblichen Widerständen. Zahlreiche Schuldner weigern sich aus Schamgefühl und aus Angst vor Rügen oder gar beruflicher Benachteiligung kategorisch, dem Arbeitgeber ihre Bedrängnis zu offenbaren und verzichten lieber auf jeglichen Vorschuß. Das ist im Grunde sehr zu bedauern, denn durch ein verständnisvolles Zusammenwirken ließe sich mancher Fall in den Anfängen sanieren, bevor der Kreditnehmer in seinen Schulden erstickt und in seiner Not überall, nur nicht am rechten Ort, Hilfe sucht», schreibt der Leiter der Genossenschaftlichen Zentralbank⁴⁸. Für die Bank selbst stellt die Einschaltung des Arbeitgebers oder eines Personalverbandes⁴⁹ einen höchsten *Grad von qualitativer Auslese* der Kreditgesuche dar, was nicht allein im Interesse der Bank, als auch der Kreditnehmer selbst liegt. Dieses Ausleseverfahren ermöglichte es der Genossenschaftlichen Zentralbank, im Laufe der Jahre Tausende von Kreditgesuchen zu einem niedrigen Zinsfuß zu bewilligen und damit vielen in Bedrängnis oder Not geratenen Menschen *wirkliche Hilfe* zu bringen. Dabei erlitt die Genossenschaftsbank nur minime Verluste. Der Ausfall auf dem Sektor der hauptsächlich während des Krieges durchgeführten Sonderaktionen zur Eindeckung von Wintervorräten betrug zum Beispiel nur 1%.

Freilich wird man nicht übersehen dürfen, daß die Gewährung von Darlehen auf die Dauer das ungeeignetste Mittel zur Beseitigung sozialer Notzustände ist, denn wo anhaltend die Einnahmen nicht zur

⁴⁸ Dr. h.c. Käng, Das Problem des Kleinkredites, S. 9, Basel, Buchdruckerei VSK, 1943.

⁴⁹ Die Genossenschaftsbank unterhält mit dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) einen Darlehensvertrag, auf Grund dessen die Mitglieder des VPOD bei der Bank Darlehen im Maximalbetrage von Fr. 1000.- zu einem Jahreszins von 5% inkl. Spesen aufnehmen können. Die Rückzahlungsgarantie übernimmt der VPOD, dessen Sektionsvorstände die Kreditgesuche begutachten und sich ihrerseits bei Bewilligung derselben durch Lohnabtretungen, Zession der Versicherungsansprüche an die Pensionskasse des Arbeitgebers oder an die Sterbekasse des VPOD sichern.

Fristung des Lebensunterhaltes ausreichen, kann auch mit der Einräumung eines Kredites keine richtige Hilfe gewährt werden. Langfristig gesehen ist eine Gesundung des Kleinkreditnehmers nur über den Weg der Einkommenssteigerung oder der Konsumeinschränkung möglich. Der Kleinkredit soll deshalb nur den Charakter einer *Überbrückung* aufweisen, bis das finanzielle Gleichgewicht des Haushaltes wieder hergestellt ist.

b) *Die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus*

Seit dem Ersten Weltkrieg betrachtet man auf dem Wohnungsmarkt im Gegensatz zu andern Märkten einen Leerwohnungsbestand von $1-1\frac{1}{2}\%$ als das «Gleichgewicht» zwischen Angebot und Nachfrage. Daß ein Gleichgewicht im soeben umschriebenen Sinne bisher selten oder nie erreicht worden ist, mag kurz am Beispiel des Leerwohnungsbestandes der Stadt Zürich dargetan werden. Die Zahlen dieses größten lokalen Wohnungsmarktes der Schweiz wurden deshalb gewählt, weil seine Entwicklungen schon seit einem Jahrhundert regelmäßig und offenbar auch zuverlässig erfaßt werden (siehe graphische Darstellung Seite 84 oben).

In den Jahren 1917 bis 1926 kam der niedrige Leerwohnungsbestand durch eine Erhöhung des Mietpreisindex um rund 90% zum Ausdruck.

Um nach dem Zweiten Weltkrieg eine solch massive Erhöhung der Mietzinsen zu vermeiden, mußten sich, infolge des schon zu Beginn der vierziger Jahre aufgetretenen Wohnungsmangels, zwangsläufig Abwehrmaßnahmen in Form von Beschränkungen der Mieterhöhungen aufdrängen. Solche Maßnahmen waren natürlich nicht dazu angetan, den privaten Wohnungsbau – der nach dem Erwerbsprinzip und nicht nach dem Bedarfsdeckungsprinzip handelt – zu fördern. Es liegt daher im Wesen der Dinge begründet, daß man durch die Gründung von Wohnbaugenossenschaften und in bescheidenerem Maßstabe auch mit dem kommunalen Wohnungsbau, das Problem mit wachsendem Erfolg zu meistern suchte.

Wie sehr sich unter den heutigen Verhältnissen die Bautätigkeit, speziell in den Städten, immer mehr in der Richtung des genossenschaftlichen Bauens verschoben hat, geht unter anderem aus der Entwicklung in Basel hervor (siehe Tabelle Seite 84 unten).

Leerwohnungsbestand der Stadt Zürich 1900–1950



Aus der Veröffentlichung der schweizerischen Verwaltungskurse an der Handelshochschule St. Gallen, erschienen im Buche «Das Wohnbauproblem», Aufsatz von Professor *Theo Keller*, St. Gallen, über die Finanzierung des Hausbaues, S. 124.

Neu erstellte Wohnungen

Jahr	Private	Baugenossenschaften	Kommunaler Wohnungsbau
1939	736	—	2
1943	132	—	—
1946	372	332	1
1948	837	856	53
1949	506	1 210	247
1950	395	1 509	121 ⁵⁰

⁵⁰ Dr. h.c. *Küng*, Die Entwicklungstendenzen des Wohnungsmarktes und die heutigen Aufgaben der Wohngenossenschaften, Basel, Buchdruckerei VSK, 1951.

Wie die Konsumgenossenschaften, so verdanken auch die Baugenossenschaften ihre Entstehung dem genossenschaftlichen Selbsthilfegedanken.

Die wesentlichsten Merkmale der echten Wohngenossenschaften lassen sich ungefähr folgendermaßen zusammenfassen:

- Abgabe der Wohnungen zum Selbstkostenpreis;
- einschränkende Bestimmungen betreffend das Kündigungsrecht;
- Ausschluß jeder spekulativen Verwertung der Bauten beim Verkauf;
- Beschränkung der Anteilscheinzinsen;
- Einhaltung gewisser Rochdaler Prinzipien, wie offene Mitgliedschaft, demokratische Verwaltung, politische und konfessionelle Neutralität.

Eine der dringendsten Fragen im genossenschaftlichen Wohnungsbau ist diejenige der Finanzierung. Es ist klar, daß sich diese nach völlig andern Normen zu richten hat als beim privaten Bauen, wo der persönliche Einsatz im allgemeinen erheblich weiter geht. Vom Standpunkt der Hypothekargläubiger, also der Banken, wäre natürlich auch in den Wohngenossenschaften ein stärkerer Anteil der eigenen Mittel wünschenswert. Dieser Nachteil erschwert häufig die Finanzierung, weil die Geldgeber begreiflicherweise auf eine möglichst weitgehende Sicherung ihrer Vorgangshypotheken mit eigenem Geld halten.

Die Leitung der Genossenschaftsbank führt hierüber unter anderem folgendes aus⁵¹:

«Allein, wo sollen die Baugenossenschaften schon diese Mittel hernehmen? Eigene Gelder haben sie, wenigstens in ihren Anfängen, keine, da sie als Selbsthilfeorganisation sozusagen aus dem Nichts aufgebaut werden. Die Mitglieder selber, oder wenigstens ein großer Teil davon, sind wirtschaftlich nicht so gestellt, daß sie in der Lage wären, große Beträge an Anteilscheinen zu übernehmen. Grundsätzlich wurde anfänglich im allgemeinen eine Beteiligung der Mitglieder an den Baukosten im Ausmaße von 10% als Norm angesehen. Im Laufe der Entwicklung und speziell auch beim gegenwärtigen Wohnungsmangel zeigte es sich jedoch, daß für viele Wohnungssuchende nicht einmal eine Beteiligung in dieser bescheidenen Höhe möglich war, und der Mitgliederanteil bei zahlreichen Genossenschaften vielerorts auf 6% reduziert werden mußte. Selbst diese wenigen 6% konnten oft nicht sofort aufgebracht werden, so daß den Mietern lange Einzahlungsfristen zugestanden werden oder die Gemeinwesen außer den übrigen großen Leistungen auch noch einen Anteil am Eigenkapital übernehmen mußten. Die alten Genossenschaften besitzen in dieser Hinsicht zweifellos erheblich stärkere Grundlagen, indem durch die fortschreitende innere Konsolidierung der Anteil der eigenen Gelder im Laufe der Zeit erheblich gehoben werden konnte. So weisen beispielsweise die Allg.

⁵¹ Dr.h.c. Künig, Genossenschaftlicher Wohnungsbau, Basel, Buchdruckerei VSK, 1948.

Baugenossenschaft Zürich mit nahezu 23% und auch die Basler Wohngenossenschaft, die Familienheimgenossenschaft in Zürich und die Société coopérative d'habitation in Lausanne mit ebenfalls über 20% beachtliche eigene Mittel auf.

Demgegenüber nehmen sich die in der gegenwärtigen Wohnungskrise entstandenen jungen Genossenschaften mit knapp 4 bis 6% eigener Gelder sehr bescheiden aus. Dieser Vergleich zeigt eindrücklich die äußerst geringe Eigenfinanzierung bei den frisch gegründeten Genossenschaften. Er dokumentiert aber auch die geradezu dringliche Notwendigkeit, mit einer vernünftigen Mietzinspolitik, das heißt ausreichenden Mietzinsen, die Schwächen dieser fast ganz auf fremde Schultern verlegten Finanzierung sukzessive auszugleichen. Trotzdem bot die restliche Finanzierung in den letzten Jahren immer weniger Schwierigkeiten. Erstens ist – wohl unter dem Eindruck der überzeugenden Exempel – das weitverbreitete Mißtrauen gegen die Wohngenossenschaften nun doch auch bei den Geldgebern einer großzügigeren Auffassung gewichen, so daß heute erststellige Genossenschaftshypotheken überall unterzubringen sind. Dazu mag auch der flüssige Geldmarkt das Seine beigetragen haben. Zweitens sind die Kantone, Städte und Gemeinden den Genossenschaften nicht nur mit namhaften Subventionen – die nebenbei auch eine erhebliche Verminderung des Teuerungsrisikos brachten –, sondern auch mit der Übernahme der nachgehenden Hypotheken oder deren Verbürgung bei den Banken oft bis zu 94% in großzügiger Weise zur Seite gestanden. Sie haben damit ohne Zweifel die Finanzierung materiell auf einen einwandfreien Boden gestellt und das genossenschaftliche Bauen kraftvoll gefördert.»

Die Genossenschaftsbank hat durch die Gewährung von Hypotheken – und zwar schon frühzeitig – entscheidend zur Behebung der Wohnungsnot, speziell in der Stadt Basel beigetragen⁵². Obwohl es sich beim Hypothekenbestand der Genossenschaftlichen Zentralbank nicht ausschließlich um an Baugenossenschaften gewährte Hypotheken handelt, ist doch daraus ersichtlich, daß die Genossenschaftsbank viele Millionen Franken im sozialen Wohnungsbau investiert hat. Der Hypothekenbestand der Bank hat deshalb auch von zirka 57 Millionen Franken im Jahre 1940 auf zirka 142 Millionen Franken im Jahre 1953 zugenommen (vgl. S. 79).

Die Finanzierung von Wohngenossenschaften wie auch die Gewährung von Krediten (Bevorschussung von Warenlieferungen, Einräumung von Kleinkrediten usw.) stellen die wichtigsten Aktivgeschäfte der Bank dar (vgl. Tabelle der wichtigsten Aktivposten der Bilanz der GZB, S. 79). Es handelt sich bei diesen Geschäften ausschließlich um Gelder, die im Inland investiert oder ausgeliehen werden. Deren zinsmäßige Entschädigung ist relativ gering, weil unter anderem der Risikofaktor nicht so groß ist wie zum Beispiel bei den klassischen kommer-

⁵² Überdies besitzt der ACV beider Basel als größter Liegenschaftsbesitzer des Kantons Basel-Stadt zirka 1000 Wohnungen, die er dem genossenschaftlichen Prinzip gemäß zu den Selbstkosten vermietet. Teilweise wurde der Bau solcher Liegenschaften ebenfalls von der GZB finanziert.

ziellen Auslandskrediten. Durch die nur bescheidene Verzinsung der Anteilscheine mit 4%⁵³ (vgl. Tabelle Nr. 8) ist die Bank in der Lage, auf sogenannte «lukrative» – aber oft auch risikoreiche – Geschäfte zu verzichten.

Die besondere Art der Tätigkeit der Genossenschaftsbank ermöglichte es, trotz mannigfaltigen Anfangsschwierigkeiten, die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre nicht nur gut zu überstehen, sondern die Geschäftstätigkeit noch bedeutend zu aktivieren und zu vergrößern. Bekanntlich mußten während dieser Epoche mehrere Großbanken infolge mangelnder Geschäfte und infolge durch die Gewährung von Auslandskrediten erlittener Verluste ihre Pforten schließen.

Bei der Genossenschaftlichen Zentralbank handelt es sich also nicht um ein Bankinstitut im landläufigen Sinne des Wortes, sondern um eine Genossenschaftsbank, die sich in den Dienst der Verwirklichung von Postulaten der sozialen Wohlfahrt, vornehmlich zugunsten der organisierten Konsumenten, stellt. Diese bilden mittels des VSK, der lokalen Konsumgenossenschaften und der Zweckgenossenschaften eine außerhalb der rein banktechnischen Sicherheiten stehende zusätzliche Garantie dafür, daß die Genossenschaftsbank auch in schwierigen Zeiten ihre Aufgabe erfüllen kann.

Die Genossenschaftliche Zentralbank darf als ein Musterbeispiel dafür angesprochen werden, daß große und schwierige wirtschaftspolitische Aufgaben – bei Sachkenntnis und gründlicher Einsicht in die ökonomischen Zusammenhänge – frei von Parteipolitik und starren politischen Dogmen in überzeugender Weise gelöst werden können⁵⁴.

Die Genossenschaft Coop-Haus (gegründet 1927)

Unter der Firma Coop-Haus, mit Sitz in Basel, besteht eine Genossenschaft, deren Dauer unbeschränkt ist und welche bezweckt, Liegenschaften zu erwerben, auszubauen und zu vermieten sowie Liegen-

⁵³ Allein die vom Schweiz. Bankverein für das Jahr 1953 ausgeschüttete einfache Dividende betrug 8%. Im Vergleich zu einigen ähnlichen Bankinstituten, die bis zu 12% Dividenden ausschütten – zum Beispiel die Schweiz. Kreditanstalt im Jahre 1953 – ist die ersterwähnte Dividende noch «bescheiden».

⁵⁴ Jubiläumsschrift «25 Jahre Genossenschaftliche Zentralbank 1927–1952», Basel, Buchdruckerei VSK.

schaften in Verwaltung zu nehmen. Artikel 6 der Statuten der am 9. Dezember 1927 gegründeten Genossenschaft sagt folgendes:

«Die Mitgliedschaft kann von Gesellschaften und Vereinigungen, die den Grundsatz der Gemeinwirtschaft verfolgen, erworben werden. Die Aufnahme erfolgt durch Beschluß der Generalversammlung und durch nachherige Eintragung in das Mitgliederregister. Die Generalversammlung ist berechtigt, beim Eintritt von Mitgliedern Eintrittsgelder festzusetzen.»

Die Genossenschaft Coop-Haus ist sozusagen eine «Zweckgenossenschaft der Zweckgenossenschaften», sind doch ihre Mitglieder, vom VSK und einem andern Kollektivmitglied abgesehen, ausschließlich Zweckgenossenschaften. Sie besitzt und verwaltet die folgenden Liegenschaften, in denen unter anderen die Genossenschaftliche Zentralbank ihren Sitz hat:

Aeschenvorstadt 71, 75 und 77
St. Albananlage 1, 3 und 5
Dufourstraße 54
Schänzli, MuttENZ

Pro 1951 standen die obenerwähnten Immobilien mit Fr. 2521041.55 zu Buche. Der im gleichen Jahre erzielte Ertrag von Fr. 15975.70 war ausreichend, um das Anteilscheinkapital von Fr. 363000.– mit 4% zu verzinsen.

Die Liegenschaft Dufourstraße 54 wurde erst 1951 erworben. Dieser Ankauf stellt eine Abrundung des ganzen an den AeschENplatz grenzenden Gebäudekomplexes Dufourstraße-St. Albananlage-AeschENVORSTADT dar, der nun ein Areal von 1271,5 m² umfaßt.

Teigwarenfabrik Münsingen (gegründet 1936)

Diese Zweckgenossenschaft wurde am 18. Juli 1936 gegründet, indem die schon bestehende Teigwarenfabrik der Firma A. Nyfenegger & Co., in Münsingen⁵⁵, von bernischen Genossenschaften übernommen wurde.

⁵⁵ 1. Rechenschaftsbericht der Teigwarenfabrik Münsingen.

Mitglied der Teigwarenfabrik Münsingen kann jede physische oder juristische Person werden, die einen Stammanteil erwirbt und diese Zweckgenossenschaft unterstützen will. Zweck der Teigwarenfabrik Münsingen ist – in Anlehnung an die Erkenntnisse der Standorttheorie und der neuesten Fabrikationsverfahren –, ihren Mitgliedern alle einschlägigen Teigwaren in guter Qualität und zu günstigen Bedingungen zu vermitteln. Praktisch beschränkt sich deshalb die Mitgliedschaft auf die Konsumgenossenschaften des Kreisverbandes IIIa⁵⁶ und des VSK.

Als die Teigwarenfabrik 1936 von den Genossenschaften übernommen wurde, stand die doktrintreue Eigenproduktion im Dienste der Konsumenten noch in den Anfängen, war doch die vorherige Gründung bedeutender Zweckgenossenschaften, wie der Schuh-Coop, der MSK usw., aus Gründen des Boykotts seitens der Privatwirtschaft erfolgt.

Einmal die Ausführung des Gedankens der doktrinären Eigenproduktion⁵⁷ zum Ziel gesetzt, mußte wohl überlegt werden, welcher Artikel sich am ehesten dazu eignen würde. Es erregte einiges Kopfschütteln, daß die Gründer sich just die Teigwarenfabrikation zum Ziele setzten, war es doch bekannt, daß die schweizerische Teigwarenindustrie nicht auf Rosen gebettet war und damals (1936!) mancher Betrieb einer Sanierung bedurfte. Eine genaue Kenntnis der meisten Ursachen für den finanziell unbefriedigenden Erfolg der Teigwarenfabriken brachte aber die Überzeugung, daß diese Ursachen vermieden werden können, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Vollbeschäftigung einer dem erreichbaren Umsatz entsprechend großen Fabrik, Belieferung von Abnehmern eines regional begrenzten Rayons im Interesse der Fracht- und Fuhrspesenersparnis, keine oder sehr geringe Reisendenspesen, einfache Verwaltung und anderes mehr.

Die meisten Teigwarenfabriken der Schweiz kranken auch heute noch an einer ungenügenden Ausnützung ihrer Betriebsanlagen. Jede will deshalb ihren Umsatz mehr, ihr Absatzgebiet vergrößern, den anderen die Kunden streitig machen. Sozusagen keiner Fabrik gelingt es, den erforderlichen Absatz in der Nähe zu finden; es werden Kunden in weit entfernten Gebieten gesucht, so daß heute die Teigwarensen-

⁵⁶ Vide Kapitel III, Systematik der Genossenschaften.

⁵⁷ Vgl. spätere Thesen der Verwaltungskommission vom Dezember 1937, worin die Eigenproduktion als Programmpunkt der Genossenschaftsbewegung genannt wird.

dungen aneinander vorbei speditiert werden, mit unverhältnismäßig hohen Fracht- und Fuhrspesen, welche die Waren stark belasten. Um die Kunden zu erhalten, müssen diese intensiv besucht werden, so daß die Reisendenspesen mit hohen Summen in das Budget eingestellt werden müssen.

Genauere Untersuchungen und Berechnungen ergaben, daß der Münsinger Teigwarenfabrik infolge ihrer günstigen geographischen Lage voraussichtlich mit relativer Leichtigkeit von den Konsumvereinen des Bernbiets genügend Aufträge zugewiesen werden können, um jenen Beschäftigungsgrad zu erreichen, der für ein positives Betriebsergebnis notwendig ist, obgleich zu Beginn des Unternehmens vorsichtigerweise damit gerechnet wurde, daß nur ein Teil der Berner Genossenschaften Mitglied der Teigwarenfabrik werden würden und diese nur einen Teil, zirka 60–70% ihres Bedarfes an offenen Teigwaren, bei ihr eindeckten. Man war demnach vorsichtig genug, um zum voraus die Gefahr einer Absatzkrise auszuschließen. Ebenso klug war es, vorerst nicht auf einen wesentlichen Verkauf der einträglicheren Paketware abzustellen, weil Pakete als Markenartikel den Kampf mit anderen Marken aufnehmen müssen. Somit beschränkte sich anfänglich die Fabrikation mehr auf offene Supérieurware. Mehr und mehr wurde aber auch der Verkauf von Paketwaren an die Hand genommen. Neben den eigenen Spezialitäten der Teigwarenfabrik Münsingen werden jetzt in steigendem Maße auch Co-op Teigwaren in Eigenpackungen fabriziert.

Dem ersten Rechenschaftsbericht der Teigwarenfabrik Münsingen über das Gründungsjahr 1936 entnehmen wir folgendes:

«Heute, wo wir das Ergebnis der ersten vier Monate kennen, haben wir die Genugtuung, daß wir uns in der Wahl der Produktionsart und in den Wahrscheinlichkeitsberechnungen in bezug auf Umsatz und Rendite nicht getäuscht haben. Unsere Erwartungen haben sich erfüllt. Allerdings – und das wollen wir ganz besonders hervorheben – zum guten Teil dank einer von echt genossenschaftlicher Denkungsart getragenen Unterstützung der meisten angeschlossenen Vereine. Es befinden sich viele darunter, die 100% ihres Bedarfes an offenen Teigwaren in unserer Fabrik beziehen. Dieses Vertrauen stärkt unsere Zuversicht in die Zukunft.⁵⁸»

⁵⁸ «Schweiz. Konsum-Verein» vom 24. September 1949, Nr. 39.

Die Lieferungen erfolgen auch heute noch zum Großteil an die Genossenschaften des Kreisverbandes IIIa und überdies an Konsumgenossenschaften, die sich am Rande dieses Kreisverbandes befinden, wie zum Beispiel der Consumverein Olten und der Allgemeine Konsumverein Luzern. Endlich werden auch in sehr bescheidenem Maße sporadisch öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Anstalten usw. beliefert.

Die Produktion beziffert sich im Jahre 1951 auf total 1 790 326 kg; davon entfielen:

auf Konsumvereine des Kreises IIIa	834 143 kg
auf andere Konsumvereine, die ebenfalls dem VSK angeschlossen sind	918 807 kg
diverse und Barverkäufe	<u>37 376 kg</u>
Total	<u>1 790 326 kg</u>

Innerhalb von elf Jahren, das heißt zwischen 1937 und 1948, konnte die Fabrik ihre Jahresproduktion von 40,2 Wagen auf 67,2 Wagen vergrößern. Dieser steigenden Fabrikation war die Kapazität des Betriebes schließlich nicht mehr gewachsen, so daß 1947 die Delegiertenversammlung beschloß, einen Neubau zu erstellen, der 1950 übernommen werden konnte. (Das alte Fabrikationsgebäude wurde an eine Lederfabrik vermietet.) Die neue Fabrik kann, sofern der Zwischenbetrieb ausgenützt wird, über 150 Wagen Teigwaren pro Jahr fabrizieren. Vor einigen Jahren hat sich an dieser, ursprünglich lediglich den Berner Konsumgenossenschaften gehörenden Fabrik, auch der VSK finanziell beteiligt, um die Eigenproduktion unter der Marke Co-op zu fördern.

«St. Johann»

Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft Basel (SILAG)

(gegründet 1937)

Ähnlich wie die Genossenschaft Coop-Haus ist auch die «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft, Basel, eine «Zweckgenossenschaft der Zweckgenossenschaften», somit eine Genossen-

schaft dritten Grades, deren Genossenschafter⁵⁹ Genossenschaftsverbände, das heißt Genossenschaften zweiten Grades sind.

Im April 1936 erwarb die Zweckgenossenschaft Coop-Haus von der Einwohnergemeinde Basel mietweise eine Baurechtsparzelle im Rheinhafen St. Johann, nördlich der Dreirosenbrücke auf dem Areal der alten Gasfabrik. Mit der Erwerbung dieses Rheinhafenareals bestand die Absicht, ein Lagerhaus zu direkter Einlagerung von auf dem Rhein für den VSK und einige Zweckgenossenschaften eintreffenden Gütern aller Art zu erstellen und die Anlagen auch Dritten, sowohl für Umschlag als auch für Lagerung, zur Verfügung zu stellen⁶⁰.

Die Gründung erfolgte am 8. Juni 1937, und im Herbst des gleichen Jahres konnte die «St. Johann» Lagerhaus- und Schifffahrtsgesellschaft, Basel, ihren Betrieb aufnehmen.

Die Mitgliedschaft kann gemäß Paragraph 3 der Statuten von Genossenschaften, Gesellschaften und Stiftungen, die am Betrieb der Genossenschaft interessiert sind, erworben werden.

Die ganze Anlage ist aufgeteilt in drei Baugruppen, und zwar:

1. Das Lagerhaus, welches $4\frac{1}{2}$ Stockwerke umfaßt und über eine totale Nutzfläche von über 4000 m² bei einer Nutzlast von $1\frac{1}{2}$ t pro m² verfügt und 55 m lang und 25 m breit ist.
2. Der Getreidesilo mit einem Grundriß von 25×25 m und einer Höhe von 40 m. Das Fassungsvermögen beträgt 7500 t Schwergetreide.
3. Die Kohlensilos, bestehend aus 5 Bunkern von je 10×15 m und einer Tiefe von ungefähr 8 m mit einem Fassungsvermögen von annähernd 4500 Tonnen.

Die Tätigkeit erstreckt sich auf zwei Gebiete, nämlich das Lagergeschäft (hauptsächlich Einlagerung von Getreide und Kohle für die MSK bzw. den VSK, aber auch für Dritte) und das eigentliche Umschlaggeschäft. Namentlich das letztere war durch den 2. Weltkrieg und die damit verbundene zeitweise totale Lahmlegung des Schiffsverkehrs auf dem Rhein während mehrerer Jahre sehr stark gehemmt, was an Hand folgender Zahlen ersichtlich ist:

⁵⁹ Handschin, Hans, Mühlmann, Dr. H. E., und Ruf, Dr. W., Die Genossenschaftsbewegung der schweizerischen Konsumenten, S. 80.

⁶⁰ «Schweizer Handels-Börse», Zürich, 17. Dezember 1937.

Umschlagszahlen der SILAG in Tonnen

1938	18 000	(Tätigkeit nur 2-3 Monate, da die Eröffnung auf den Herbst 1938 fiel)
1939	137 650	
1940	119 593	
1942	74 328	
1943		nur quasi unbedeutender Bahnverlad
1944		nur quasi unbedeutender Bahnverlad
1945		nur quasi unbedeutender Bahnverlad
1946	110 543	
1947	121 973	
1948	158 594	
1950	168 152	
1951	178 633	
1952	149 600	

Im Rechnungsbericht 1941 der SILAG finden wir deshalb auch die folgende Klage: «Unser Umschlags- und Lagerbetrieb erblüht erst dann, wenn die Schifffahrt auf den Weltmeeren wieder frei ist und Antwerpen und Rotterdam ihre früheren Funktionen als Warenschleusen Europas zurückerlangt haben.» Es sollte aber noch bis 1948 dauern, bis erstmals die Umschlagsziffer von 1939 nicht nur erreicht, sondern überschritten wurde.

Nachdem die SILAG anfänglich durch private Schiffe bedient wurde, hat sie im Laufe der letzten Jahre, erstmals 1947 mit der Erbauung der MS Froburg, auch eigene Motorschiffe erworben und verfügt heute über folgende Motorschiffe:

MS Froburg	Typ Einschraubenschiff	900 t	480 PS
MS Farnsburg	Typ Einschraubenschiff	900 t	480 PS
MS Schauenburg	Typ Zweischraubenschiff	1 100 t	600 PS
MS Waldenburg	Typ Zweischraubenschiff	1 100 t	600 PS
Gesamttonnage		<u>4 000 t</u>	

Gegenwärtig partizipieren maßgeblich der VSK und die Mühlen-genossenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK) und in vermindertem Maße auch die Genossenschaftliche Zentralbank (GZB) am Anteil-scheinkapital von Fr. 1 103 000.-. Daneben sind noch weitere Zweck-genossenschaften Mitglieder der SILAG, die ihrerseits 1947 vom VSK als Mitglied aufgenommen wurde. Die durchschnittliche Beanspruchung des Lagerhauses betrug 1951 4381 t pro Monat; die entsprechende Durchschnittszahl für die Benützung der beiden Silos 11 542 t.

Fabrique coopérative de pâtes alimentaires de Morges (F.C.P.M.)

(gegründet 1939)

Am 30. August 1939 hatte sich unter der Firmabezeichnung «Fabrique coopérative de pâtes alimentaires, Noiraigue (F.C.P.N.)» eine «fédération coopérative» (in unserem Falle eine Zweckgenossenschaft) konstituiert, die sich als Ziel die Fabrikation von Teigwaren steckte. Der Sitz dieser Zweckgenossenschaft war vorerst in Noiraigue⁶¹.

Die Übernahme der Teigwarenfabrik in Noiraigue durch die Genossenschafter erfolgte hauptsächlich auf Anregung der Präsidenten der Kreisverbände I und II (Verbände, welche die Konsumgenossenschaften der Westschweiz umfassen) sowie des damaligen Präsidenten der Verwaltungskommission des VSK, M. Maire, indem in Anlehnung an die 1936 durch die Berner Konsumgenossenschaften erfolgte Übernahme der Teigwarenfabrik Münsingen eine ähnliche Zweckgenossenschaft für die Westschweiz ins Leben zu rufen sei. Dabei ließ man sich durch analoge Erwägungen der Standorttheorie⁶² leiten wie bei der Teigwarenfabrik Münsingen, die sich aber bei der Teigwarenfabrik in Noiraigue in der Praxis nicht als gleichermaßen glücklich erwiesen und zudem durch ungünstige exogene Faktoren, auf welche wir noch zurückkommen werden, verstärkt wurden, was die spätere Dislokation der Fabrik nach Morges bewirkte.

Die Gründung der neuen genossenschaftlichen Teigwarenfabrik vollzog sich innert sehr kurzer Zeit. Das erste Zirkular des damaligen Präsidenten der Verwaltungskommission ist vom 19. Juni datiert und erinnert an die Thesen der Verwaltungskommission des VSK vom Dezember 1937, worin die Eigenproduktion als ein Programmpunkt der Genossenschaftsbewegung genannt wird. Eine erste Versammlung der am Projekt interessierten Genossenschaften wurde auf den 28. Juni einberufen. Einmütig wurde der Gründung einer Zweckgenossenschaft zugestimmt. Eine siebengliedrige Studienkommission hatte am 15. August ihre Arbeit erledigt und konnte mitteilen, daß 29 Verbandsvereine für Fr. 31 500.– Anteilscheine gezeichnet und sich verpflichtet

⁶¹ «Schweizerisches Handelsamtsblatt», Bern, 28. November 1939, Nr. 281.

⁶² Nach *Alfred Weber* darf die Industrie drei Standortsorientierungen nie außer acht lassen: 1. Transport- und Konsumorientierung; 2. Rohstoff- und Kraftstofforientierung; 3. Arbeits- und Arbeiterorientierung.

hatten, jährlich 200 000 kg Teigwaren zu beziehen. Die Kommission hatte auch die Betriebsbedingungen studiert und Statuten ausgearbeitet. Am 30. August fand die Gründungsversammlung statt. Noch am gleichen Tag wurden der Kaufvertrag und der Anstellungsvertrag mit dem Direktor, dem früheren Besitzer der Fabrik, unterzeichnet⁶³.

Die Fabrik begann ihre Aktivität als Zweckgenossenschaft am 1. Oktober 1939, das heißt einen Monat nach dem Ausbruch des 2. Weltkrieges, und hatte deshalb von Anfang an mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

«In normalen Zeiten könnte bestimmt mit Erfolg und einer ständigen Vergrößerung gerechnet werden. Aber unter den gegenwärtigen Umständen und im Hinblick auf die Kontingentierungsmaßnahmen der Behörden gegenüber den Teigwarenfabriken wird die Zweckgenossenschaft in Noiraigue gewissen Schwierigkeiten begegnen, die jedoch überwunden werden können.⁶³»

Der 2. Weltkrieg sollte aber nicht bei der «drôle de guerre» Halt machen, sondern sich bis ins Jahr 1945 erstrecken, die Rationierung sich auch nach Kriegsende bis Ende März 1948 erhalten. Die Kontingentierung des Getreides endlich, welche die Genossenschaftsmühlen in der Entwicklung stark hemmt, was indirekt auch die genossenschaftlichen Teigwarenfabriken tangiert, wurde sogar in der Volksabstimmung vom 23. November 1951 über die Getreideordnung verankert. Der Jahresbericht der F. C. P. N. für das Jahr 1948 bemerkt deshalb auch hierüber:

«La suppression du rationnement ne signifia pas le retour à la liberté pour les fabriques de pâtes alimentaires. Elles restèrent strictement contingentées sur la base des ventes d'avant-guerre. Aussi, des protestations s'élevèrent de divers côtés contre une mesure qui n'était plus justifiée par l'état précaire de l'approvisionnement du pays en blé, mais par une politique de protection des positions acquises par l'industrie privée. Les autorités durent tout de même revoir les contingents pour les adapter aux besoins. Après maintes démarches, nous obtînmes une augmentation substantielle de notre contingent qui nous permettra d'approvisionner mieux nos sociétés.»

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der F. C. P. M. nicht der gleiche Anfangserfolg wie der Schwesterfabrik in Münsingen beschieden war und das Anteilscheinkapital erstmals 1947 verzinst werden konnte.

Heute, das heißt 1951, gehören der genossenschaftlichen Teigwarenfabrik von Morges an⁶⁴:

⁶³ «Schweiz. Konsum-Verein», 16. Dezember 1939.

⁶⁴ Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das Gründungsjahr 1939.

45 (29) Verbandsvereine der Kreise I und II, wovon 11 (11) aus dem Kanton Neuenburg, 10 (10) aus dem Berner Jura, 21 (8) aus dem Kanton Waadt und 2 (0) aus dem Kanton Wallis. Das gezeichnete Anteilschekapital beträgt Fr. 123 000.– (52 000.–) wovon 20 000.– vom VSK, der ebenfalls Mitglied ist, bei der Gründung gezeichnet wurden. Endlich ist auch noch die Minoterie coopérative du Rivaz Mitglied der F. C. P. M.

Fabriziert werden, analog zur Teigwarenfabrik Münsingen, vor allem preislich günstige Teigwaren, die als Kampfmittel zu werten sind, wie offene Hörnli und Spaghetti («Aktionsware») und sogenannte «Superieurware».

Die Produktion bezifferte sich für das Jahr 1951 auf über 470 000 kg. Die Lieferungen erfolgten von Noiraigue aus mittels Bahnspedition, was hohe Frachtkosten bedingte, um so mehr sich in den letzten Jahren die Zahl der Neumitglieder aus dem südlichen und daher relativ weit entfernten Waadtland mehr als verdoppelt hatte und zugleich sich auch aus dem Wallis neue Mitglieder meldeten.

Die F. C. P. M. hat daher mit ihrer Dislokation nach Morges – wo sie die Camions des VSK-Lagerhauses benützen kann – sowohl das Transport- als auch das Konsumorientierungsproblem gelöst. Zugleich ist sie dadurch auch näher an die Lösung der Probleme der Rohstofforientierung gerückt, indem sich ihr Hauptlieferant, die Minoterie coopérative du Léman in Rivaz, ebenfalls am Genfersee befindet⁶⁵.

⁶⁵ «Courrier du Val-de-Travers», Fleurier, 27 décembre 1951: «Il y a une quinzaine de jours, nous annonçons l'irrévocable décision prise par le Comité de l'Union suisse des sociétés de consommation, à Bâle, de transférer à Morges sa fabrique de pâtes alimentaires installée depuis nombre d'années à Noiraigue. Il s'agit là d'une mesure de concentration, l'U.S.C. possédant ses propres minoteries à Rivaz, près de Vevey, d'où sensible économie des frais de transport; sont également entrées en ligne de compte des questions de place et de main-d'œuvre.»

DIE STELLUNG DER ZWECKGENOSSENSCHAFTEN ZUM VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE

Die wirtschaftlichen Beziehungen

Daß die Beziehungen zwischen dem Verband schweiz. Konsumvereine und den Zweckgenossenschaften sehr eng sein müssen, kommt bereits in den Statuten des VSK zum Ausdruck. Diese schreiben unter anderem vor:

Artikel 3: Der Verband hat zum Zweck:

- c) Anstalten und Betriebe für den Einkauf, für die Produktion oder für die Abgabe von Gebrauchsartikeln zur Deckung des Bedarfes der schweizerischen Konsumenten und befreundeter ausländischer Genossenschaftsverbände zu errichten oder sich an solchen zu beteiligen.
- d) Die Versicherung der organisierten Konsumenten in den verschiedenen Zweigen auf genossenschaftlicher Grundlage zu fördern und zu organisieren.

Artikel 4: Die Zwecke des Verbandes sollen insbesondere erreicht werden durch:

- b) Deckung des Bedarfs der Verbandsvereine auf dem Wege des gemeinsamen Einkaufs, der eigenen Produktion oder auf andere zweckdienliche Weise; die Ausführung wird eigenen Abteilungen des Verbandes, Zweckgenossenschaften oder Unternehmungen, an denen der Verband beteiligt ist, übertragen.
- d) Organisation des Geld-, Zahlungs- und Kreditverkehrs durch die Genossenschaftliche Zentralbank.
- f) Betrieb von Versicherungsanstalten oder Beteiligung an solchen.

Artikel 9: Mitglieder des Verbandes, für die in diesen Statuten auch die Bezeichnungen Verbandsvereine, Vereine, Anstalten oder Organisationen verwendet werden, können werden:

- I. Konsumentenorganisationen, die zur Hauptsache die Bedarfsdeckung für den Haushalt der einzelnen Konsumenten bezwecken.
- II. Zweckgenossenschaften, die ihren Betrieb über die ganze Schweiz oder größere Teile derselben erstrecken.

Eines der wesentlichen, fast durchwegs gemeinsamen Merkmale der Zweckgenossenschaften ist, wie bereits erwähnt, die gemeinsame finanzielle Beteiligung einzelner Konsumgenossenschaften einerseits

Die Zweckgenossenschaften

(geordnet nach dem Jahr ihrer Gründung)

Tabelle Nr. 4

Name der Zweckgenossenschaft	Sitz der Zweckgenossenschaft	Eintritt in den VSK	Tätigkeitsbereich	Anteilschneinkapital	Bilanzsumme in Fr. pro 1952	Personalbestand
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	Basel	1909	Versicherungsanstalt des genossenschaftlichen Personals	14 704 200.—	131 073 724.—	8
2. Mühlen-genossenschaft schweiz. Konsumvereine	Zürich	1912	Herstellung und Vermittlung von Mehl	808 000.—	4 367 229.—	84
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	Basel	1916	Vermittlung von Milch	23 000.—	697 263.—	—
4. Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft	Basel	1917	Lebensversicherungsanstalt	80 000.—*	41 221 576.—	95
5. Minoterie coopérative du Léman	Rivaz	1917	Herstellung und Vermittlung von Mehl	167 000.—	1 109 755.—	22
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	Kerzers	1918	Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte	99 530.—	7 349 349.—	454
7. Möbel-Genossenschaft	Basel	1919	Möbelvermittlung	321 900.—	5 483 157.—	78
8. Schuh-Coop	Basel	1925	Herstellung und Vermittlung von Schuhen	1 245 000.—	5 603 944.—	286
9. Genossenschaftliche Zentralbank	Basel	1927	Bankinstitut	21 823 000.—	324 609 518.—	100
10. Genossenschaft Coop-Haus	Basel	1927	Immobilienverkehr	363 000.—	2 435 450.—	—
11. Teigwarenfabrik Münsingen	Münsingen	1936	Herstellung von Teigwaren	314 500.—	1 239 372.—	22
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schifffahrtsgesellschaft	Basel	1937	Lagerhaus, Schifffahrtsbetrieb	1 103 000.—	3 414 719.—	53
13. Fabrique de pâtes alimentaires	Morges	1939	Herstellung von Teigwaren	205 500.—	446 897.—	21
* Gründungs- und Dispositionsfonds in seiner gegenwärtigen Höhe				41 257 630.—	529 051 953.—	1 223
Total						

und des Verbandes schweiz. Konsumvereine anderseits. Dies hat zur Folge, daß alle Zweckgenossenschaften ihrerseits wiederum Mitglied des VSK sind. Hier können unter anderem die gemeinsamen Interessen der Zweckgenossenschaften besser gewahrt werden, und es stehen diesen Genossenschaften auch die mannigfaltigen Dienstleistungen des VSK zur Verfügung, wie die Buchdruckerei, der Rechtsschutz durch die Rechtsabteilung, die Revision der Bücher durch die Treuhandabteilung, im Bedarfsfalle Belieferung durch die Warenabteilungen (zum Beispiel Kohlen) usw. Endlich ist aber der VSK für die Zweckgenossenschaften auch die Koordinationsstelle für die genossenschaftliche Wirtschaftspolitik und die Förderung des Genossenschaftswesens im allgemeinen.

Die Beziehungen zwischen dem Verband schweiz. Konsumvereine und den Zweckgenossenschaften sind also *wechselseitig*. Ebenso stossen wir aber wieder auf wechselseitige Beziehungen zwischen einzelnen Zweckgenossenschaften. So haben zum Beispiel alle Zweckgenossenschaften ihr Personal bei der Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine versichert und bedienen sich für ihre Geldgeschäfte der Genossenschaftlichen Zentralbank.

Die engen Beziehungen zwischen den Zweckgenossenschaften und dem Verband schweiz. Konsumvereine kommen übrigens bereits in der Bestellung der Verwaltungsorgane der Zweckgenossenschaften zum Ausdruck, wie dies an Hand der nachstehenden Tabelle, Seite 100, ersichtlich ist.

Im weitem finden die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Verband schweiz. Konsumvereine und den Zweckgenossenschaften ihren Ausdruck auch darin, daß Mitglieder der Leitung der Zweckgenossenschaften zugleich Mitglied des Verwaltungsrates des VSK sein können. Dies trifft zwar für das Jahr 1952 nur für ein Mitglied des 25köpfigen Verwaltungsrates des VSK zu – den Präsidenten dieses Verwaltungsorganes –, der zugleich Direktor einer der bedeutendsten Zweckgenossenschaften, nämlich der Genossenschaftlichen Zentralbank, ist.

Obwohl die Zweckgenossenschaften rechtlich selbständige Genossenschaften sind, wird ihre enge wirtschaftliche Bindung an den VSK schon äußerlich dadurch dokumentiert, daß nicht nur ihre Bilanz, sondern auch ihre zusammengefaßten Jahresberichte im Rechenschaftsbericht des VSK figurieren. Wir entnehmen dem Jahresbericht

*Die Bestellung der Verwaltungsorgane der Zweckgenossenschaften
(pro 1952)*

Name der Zweckgenossenschaft	Verwaltungsorgan	Zahl der Mitglieder	* davon von der Direktion des VSK	Von Konsumgenossenschaften, Zweckgenossenschaften und anderen
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	Verwaltung	6	6	—
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine	Verwaltung	15	1	14
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	Verwaltung	9	2	7
4. Coop Lebensversicherungsgenossenschaft	Verwalt'rat	15	2	13
5. Minoterie coopérative du Léman	Verwaltung	12	1	11
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	Verwaltung	7	4	3
7. Möbel-Genossenschaft	Verwaltung	12	3	9
8. Schuh-Coop	Verwaltung	9	2	7
9. Genossenschaftliche Zentralbank	Verwaltung	9	2	7
10. Genossenschaft Coop-Haus	Verwaltung	7	6	1
11. Teigwarenfabrik Münsingen	Verwaltung	7	1	6
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schifffahrtsgesellschaft	Verwaltung	5	3	2
13. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	Verwaltung	10	2	8
Total		123	35*	88

* Inklusive ehemalige Mitglieder der Direktion des VSK.

des VSK für das Jahr 1952, daß die Bilanzsumme aller Zweckgenossenschaften Fr. 529 051 953.— betrug; gleichzeitig belief sich diejenige des VSK auf Fr. 86 236 289.—.

Daß auch die Zweckgenossenschaften im Rahmen des Möglichen für ihre Einkäufe dem VSK die Treue halten, sei durch die folgende Tabelle, Seite 101, erhärtet.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Bezüge der Zweckgenossenschaften beim VSK nur deren Verbundenheit mit dem Verband

Warenbezüge der Zweckgenossenschaften beim VSK (1952)

Name der Zweckgenossenschaft	Übernommene Anteilscheine des VSK in Fr.	Warenbezug beim VSK Fr.
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	9 000 200.—	7 382.86
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine	1 000.—	273 127.02
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	200.—	93.—
4. Coop Lebensversicherungs- genossenschaft	200.—	40 745.40
5. Minoterie coopérative du Léman	200.—	149 248.66
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	200.—	690 785.71
7. Möbel-Genossenschaft	200.—	82 553.60
8. Schuh-Coop	400.—	435 360.83
9. Genossenschaftliche Zentralbank	800.—	65 422.35
10. Genossenschaft Coop-Haus	1 000.—	1 106.55
11. Teigwarenfabrik Münsingen	1 000.—	213 523.67
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft	200.—	56 035.15
13. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	200.—	101 548.73
Total	9 005 800.—	2 116 933.53

schweiz. Konsumvereine dokumentieren, dessen Gesamtumsatz¹ aber keineswegs beeinflussen. Im übrigen hat die Zeichnung von VSK-Anteilscheinen – außer bei der Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine – nur dokumentarischen Charakter; sie soll den Zweckgenossenschaften ermöglichen, Mitglied des VSK zu sein, ohne jedoch irgendwelchen Einfluß auf den finanziellen Aufbau des Verbandes auszuüben. Die Lieferungen und Dienstleistungen der Zweckgenossenschaften erfolgen je nach dem Tätigkeitsbereich:

- a) direkt an die Konsumgenossenschaften, welche dem VSK angeschlossen sind;
- b) an den VSK selbst;
- c) an andere genossenschaftliche Organisationen oder an Private.

¹ Der Gesamtumsatz des VSK betrug 1952 Fr. 517 501 466.74.

Diese drei Varianten können auch kombiniert auftreten, wie zum Beispiel bei der Genossenschaftlichen Zentralbank, die sowohl von Konsumgenossenschaften als von Privaten Geldeinlagen entgegennimmt sowie Kredite einräumt und zugleich dem VSK – als dem größten Anteilscheinbesitzer – Warenlieferungen in Form von Akkreditiven bevorschußt.

Es sei hier kurz auf die Tätigkeitsbereiche der einzelnen Zweckgenossenschaften hingewiesen, woraus ersichtlich ist, in welchem Maße die Zweckgenossenschaften mit dem VSK direkt oder indirekt (über die dem VSK angeschlossenen Konsumgenossenschaften) ihre Produkte oder Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1952.

1. *Versicherungsanstalt schweiz, Konsumvereine*

a) Statutarischer Zweck:	Alters- und Invalidenversicherung; Hinterlassenenversicherung		
b) Mitgliedschaft:	beschränkt auf Angestellte der dem VSK angeschlossenen Mitglieder und dem VSK selbst		
c) Zahl der Versicherten:	vom VSK selbst	von den Konsumgenossenschaften des VSK und Zweckgenossenschaften	Total
	706	5 116	5 822

2. *Mühlengenossenschaft schweiz, Konsumvereine*

a) Statutarischer Zweck:	im Interesse der Konsumenten liegende Getreide-, Mehl- und Brotversorgung		
b) Mitgliedschaft:	nicht unbedingt beschränkt auf den VSK und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften		
c) Lieferungen in Franken an:	VSK	Konsumgenossenschaften des VSK	andere Total
	10 410.-	20 377 727.-	2 137 966.- 22 526 103.-

3. *Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz, Konsumvereine*

a) Statutarischer Zweck:	Vermittlung von Milch und Milchprodukten		
b) Mitgliedschaft:	VSK und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften sowie andere Genossenschaften		
c) Vermittlung in kg an:	VSK	Konsumgenossenschaften des VSK	andere Total
		28 300 060	28 300 060

4. *Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft*

a) Statutarischer Zweck:	Versicherung (Ableben, Alter, Invalidität und Krankheit)		
b) Mitgliedschaft:	keine Beschränkung auf den VSK und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften; jede physische oder juri-		

	stische Person kann durch Abschluß eines Versicherungsvertrages Mitglied werden	
c) Ergebnisse pro 1952:	Bestand an Policen	Versicherungssumme
	51 342 Policen	Fr. 156 176 124.-

5. *Minoterie coopérative du Léman*

a) Statutarischer Zweck:	Produktion und Lieferung von Getreide, Mühlenprodukten und Futtermitteln			
b) Mitgliedschaft:	VSK und ihm angeschlossene Konsumgenossenschaften sowie andere Organisationen			
c) Lieferungen in Fr. an:	VSK	Konsumgenossenschaften des VSK	andere	Total
	4 561 323.-		1 481 106.-	6 042 429.-

6. *Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau*

a) Statutarischer Zweck:	Förderung und Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte zur Sicherstellung der Landesversorgung			
b) Mitgliedschaft:	Jede physische und juristische Person, die den Zweck der SGG fördert			
c) Lieferungen in Fr. an:	VSK	Konsumgenossenschaften des VSK	andere	Total
	120 071.-*	845 831.-	3 078 589.-	3 924 420.-

7. *Möbel-Genossenschaft*

a) Statutarischer Zweck:	Möbelvermittlung an organisierte Konsumenten sowie an die Bevölkerung im allgemeinen			
b) Mitgliedschaft:	VSK und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften sowie andere Organisationen			
c) Lieferungen:	Hauptsächlich an Privatpersonen, die sich zumeist aus Konsumgenossenschaftsmitgliedern rekrutieren dürften. Im Bedarfsfalle Lieferungen an den VSK oder ihm angeschlossene Konsumgenossenschaften und Zweckgenossenschaften			
	Total der Verkäufe Fr. 5 037 704.-			

8. *Schuh-Coop*

a) Statutarischer Zweck:	Herstellung und Vermittlung von Schuhwaren			
b) Mitgliedschaft:	VSK und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften sowie andere Organisationen			
c) Bezüge in Fr.:	VSK	Konsumgenossenschaften des VSK	andere	Total
	keine	13 632 533.-	keine	13 632 533.-

9. *Genossenschaftliche Zentralbank*

a) Statutarischer Zweck:	Betreibung von Bankgeschäften aller Art; Förderung des Sparsinnes			
--------------------------	---	--	--	--

* Diese Zahlen beziehen sich auf das Geschäftsjahr 1951.

- b) Mitgliedschaft: I. Genossenschaften und Genossenschaftsverbände, Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände sowie andere Organisationen, die die Förderung wirtschaftlicher Interessen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage bezwecken
II. Andere physische und juristische Personen, die den Zweck der Genossenschaft fördern
- c) Ausübung der Tätigkeit mit: VSK Konsumgenossenschaften des VSK andere Bilanzsumme
ja ja ja 324 609 518.-

10. *Genossenschaft Coop-Haus*

- a) Statutarischer Zweck: Immobilienverkehr und Beschaffung von Geschäftslokalitäten
- b) Mitgliedschaft: Organisationen, die den Grundsatz der Gemeinwirtschaft verfolgen
- c) Ausübung der Tätigkeit ist praktisch beschränkt auf den VSK und die Zweckgenossenschaften. Bilanzsumme Fr. 2 530 917.-

11. *Teigwarenfabrik Münsingen*

- a) Statutarischer Zweck: Herstellung von Teigwaren aller Art
- b) Mitgliedschaft: Jede physische oder juristische Person
- c) Lieferungen in Fr. an: VSK Konsumgenossenschaften des VSK* andere Total
2 024 160.- 45 377.- 2 069 537.-

12. *«St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft*

- a) Statutarischer Zweck: Errichtung und Betreiben von Lagerhäusern; Betreibung von Binnen- und Seeschiffahrt
- b) Mitgliedschaft: Genossenschaften und Genossenschaftsverbände
- c) Erstreckung des Tätigkeitsbereiches auf: VSK Konsumgenossenschaften andere** Total der umgesetzten t
zur Hauptsache ja ja 178 635

13. *Fabrique de pâtes alimentaires, Morges*

- a) Statutarischer Zweck: Herstellung von Teigwaren aller Art
- b) Mitgliedschaft: VSK und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften
- c) Lieferungen in Fr. an: VSK Konsumgenossenschaften andere Total
779 342.- 779 342.-

* hauptsächlich an die Konsumgenossenschaften des Kreisverbandes IIIa usw., das heißt an die deutschsprachigen Vereine des Kantons Bern

** besonders Zweckgenossenschaften, zum Beispiel Getreide für die MSK in Zürich

Die Bindung an den VSK geht bei mehreren Zweckgenossenschaften so weit, daß sogar die Fakturierung von der Zentralbuchhaltung des VSK übernommen wird. Es handelt sich dabei durchwegs um die Produktions-Zweckgenossenschaften, also die Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine, die Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine, die Minoterie coopérative du Léman, die Schuh-Coop, die Teigwarenfabrik Münsingen und die Fabrique de pâtes alimentaires Morges.

Der Verrechnungsverkehr mit solchen Zweckgenossenschaften wird deshalb auch im Jahresbericht des VSK erwähnt und zur Ermittlung des Gesamtumsatzes des Verbandes schweiz. Konsumvereine zum Umsatz der Warenvermittlung des VSK hinzugezählt.

Die entsprechenden Zahlen lauten für das Jahr 1952:

Umsätze der Warenabteilungen des VSK	Fr. 460 278 501.31
Verrechnungsverkehr mit Zweckgenossenschaften	Fr. 48 977 363.96
Buchdruckerei, Ladeneinrichtungen und Diverses	Fr. 8 245 601.47
	<u>Fr. 517 501 466.74</u>

Wenn wir uns, dieses Unterkapitel abschließend, generell die Frage stellen, warum der VSK der Hauptinitiant für die Gründung von Zweckgenossenschaften war, so können wir jetzt schon feststellen: Der VSK sah sich einerseits veranlaßt, einzelnen Verwaltungszweigen in dem Sinne vermehrte Selbständigkeit einzuräumen, daß sie als Zweckgenossenschaften in ihrem Geschäftserfolg in vermehrtem Maße unabhängig ausgestaltet wurden und dadurch eine ihrem *speziellen Zwecke* entsprechendere schlagkräftigere Entwicklung herbeizuführen vermochten (vgl. zum Beispiel die Gründung der Genossenschaftlichen Zentralbank und der Schuh-Coop). Andererseits wurde der VSK von der Delegiertenversammlung beauftragt, die Auswüchse der monopolistischen konsumentenfeindlichen Preispolitik zu bekämpfen – eine Aufgabe – die durch die Errichtung von Zweckgenossenschaften erfolgreich gelöst werden konnte (vgl. die Errichtung der Mühlen-genossenschaft schweiz. Konsumvereine, der Minoterie coopérative du Léman und der Schuh-Coop).

Endlich entbehrte der VSK der nötigen Erfahrung in der Milch- und Möbelvermittlung, des Rheinschiffahrtsverkehrs usw., was u. a. zur Gründung der Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine, der Möbelgenossenschaft und der «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft führte.

Die finanziellen Beziehungen

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem VSK und den Zweckgenossenschaften bedingen implicite auch enge finanzielle Verbindungen.

Zwei Fragen sollen uns in diesem Abschnitt zunächst beschäftigen: Wer zeichnet das Anteilscheinkapital der Zweckgenossenschaften, und wie lautet das Verhältnis zwischen den eigenen und den fremden Mitteln?

Über den Besitz des Anteilscheinkapitals sei zunächst auf Tabelle Nr. 5 verwiesen. Daraus ist ersichtlich, daß der VSK Ende 1952 vom totalen Anteilscheinkapital der Zweckgenossenschaften von Franken 41 177 630.—, allein Fr. 25 796 300.— oder 63% gezeichnet hatte. Da aber ein Teil des Anteilscheinkapitals der verschiedenen Zweckgenossenschaften selbst wieder von solchen übernommen wurde, müssen wir zum eigentlichen vom VSK gezeichneten Anteilscheinkapital noch rund 63% des von den Zweckgenossenschaften gezeichneten Anteilscheinen hinzuzählen. Diese 63% von total Fr. 6 318 590.— ergeben Fr. 3 980 071.—. Somit beträgt das vom VSK direkt und indirekt für die Zweckgenossenschaften aufgebrauchte Kapital total rund Fr. 30 000 000.— oder etwa 71% des gesamten Anteilscheinkapitals der Zweckgenossenschaften. Den bereits im vorhergehenden Abschnitt erwähnten starken wirtschaftlichen Bindungen zwischen den Zweckgenossenschaften und dem VSK stehen also sehr enge finanzielle Beziehungen zugrunde. Wir dürfen daraus den Schluss ziehen, daß das was einer einzigen oder einzelnen lokalen Konsumgenossenschaft niemals gelungen wäre, nämlich über Fr. 30 000 000.— in Zweckgenossenschaften zu investieren, durch Kooperation, also durch den Zusammenschluss der Konsumgenossenschaften im VSK, durchaus möglich war. Das vom VSK zur Verfügung gestellte Anteilscheinkapital macht heute allerdings nur noch einen Bruchteil der gesamten Kapitalausrüstung aus, welche infolge der bedeutenden Selbstfinanzierung ein mehrfaches des totalen Anteilscheinkapitals beträgt. Es ist also den Zweckgenossenschaften im Laufe der Jahre möglich geworden, beträchtliche stille Reserven zu äufnen.

Bei Tabelle 6 über die finanziellen Mittel der Zweckgenossenschaften erweckt zunächst deren Höhe unser Interesse – ein Zeichen, wie bedeutend die geschäftliche Aktivität der Zweckgenossenschaften

(Stand per 31. Dezember 1952)

Name der Zweckgenossenschaft	Totales Anteilscheinkapital Fr.	Davon vom VSK Fr.	Von den Konsumgenossenschaften Fr.	Von den Zweckgenossenschaften Fr.	Von anderen Institutionen Fr.
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsum- vereine	14 704 200.-	9 000 200.-		5 654 000.-	50 000.-
2. Mühलगenossenschaft schweiz. Konsum- vereine	808 000.-	133 000.-	674 000.-		1 000.-
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	23 000.-	2 000.-	20 000.-		1 000.-
4. Coop Lebensversicherungs-Genossen- schaft	(80 000.-)*				
5. Minoterie coopérative du Léman . . .	167 000.-	20 000.-	146 000.-	1 000.-	
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	99 530.-	70 100.-	18 840.-	10 590.-	
7. Möbel-Genossenschaft	321 900.-	300 000.-	20 500.-		1 400.-
8. Schuh-Coop	1 245 000.-	1 000 000.-	244 000.-		1 000.-
9. Genossenschaftliche Zentralbank . . .	21 823 000.-	14 270 000.-	3 226 000.-		4 327 000.-
10. Genossenschaft Coop-Haus	363 000.-	300 000.-	63 000.-		
11. Teigwarenfabrik Münsingen	314 500.-	150 000.-	163 000.-		1 500.-
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schifffahrts- gesellschaft	1 103 000.-	431 000.-		652 000.-	
13. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	205 500.-	100 000.-	102 000.-	1 000.-	2 500.-
	41 177 630.-	25 796 300.-	4 677 340.-	6 318 590.-	4 385 400.-

* Gründungs- und Dispositionsfonds; vgl. Ausführungen über das Gründungskapital und den Garantiebeitrag des VSK, S. 44, 47 und 48.

Tabelle Nr. 6

Die finanziellen Mittel der Zweckgenossenschaften

(1952, nach Verrechnung des Überschusses)

Name der Zweckgenossenschaft	Totale Mittel Fr.	Eigene Mittel Fr.	In %	Fremde Mittel Fr.	In %
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	131 073 723.-	100 000.-		130 973 723.-*	100%
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine	4 367 229.-	1 670 036.-	38%	2 697 193.-	62%
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	697 262.-	74 539.-	11%	622 723.-	89%
4. Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft	45 176 569.-	1 000 000.-	2%	44 176 569.-*	98%
5. Minoterie coopérative du Léman	1 124 848.-	773 076.-	69%	351 772.-	31%
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	7 349 349.-	1 745 803.-	24%	5 603 546.-	76%
7. Möbel-Genossenschaft	5 483 157.-	515 920.-	9%	4 967 237.-	91%
8. Schuh-Coop	5 946 217.-	3 468 334.-	58%	2 477 883.-	42%
9. Genossenschaftliche Zentralbank	324 609 518.-	28 238 865.-	9%	296 370 653.-	91%
10. Genossenschaft Coop-Haus	2 435 450.-	396 359.-	16%	2 039 091.-	84%
11. Teigwarenfabrik Münsingen	1 239 372.-	469 939.-	38%	769 433.-	62%
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schifffahrtsgesellschaft	3 270 718.-	1 233 094.-	38%	2 037 624.-	62%
13. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	446 897.-	222 500.-	50%	224 397.-	50%
Total	533 220 309.-	39 908 465.-	7%	493 311 844.-	93%
* inklusive Deckungskapital					

ist – und der relativ kleine Anteil des Eigenkapitals von nur 7% am Gesamtkapital.

Die Erklärung dieser Fakten muß darin gesucht werden, daß die Genossenschaftliche Zentralbank, die Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine und die Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft ex definitione Institutionen sind, die einerseits große Kapitalien benötigen und anderseits diese Gelder bei Dritten aufnehmen müssen, da hier die Regel gilt, daß Fremdkapital billiger als Eigenkapital ist. Schalten wir diese drei Institutionen aus unserer Darstellung aus (Tabelle Nr. 7), so ergibt sich in der Tat ein ganz anderes Bild als vorher. Die totalen Mittel der restlichen zehn Zweckgenossenschaften ergeben noch Fr. 32 360 499.–, und der Anteil des Eigenkapitals gemessen am Gesamtkapital ist auf durchschnittlich 33% gestiegen. Das durchschnittliche Kapitalverhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital darf durchaus als gut bezeichnet werden, insbesondere bei Berücksichtigung der in den Vorräten und Anlagewerten enthaltenen stillen Reserven, die in obigen Verhältniszahlen nicht zum Ausdruck kommen.

Als Standardzinsfuß für die Verzinsung der Anteilscheine (Tabelle Nr. 8) gilt 4%, nur die Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine macht hier mit 3% eine Ausnahme. Es darf festgestellt werden, daß mit Ausnahme der Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine und der Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau das Anteilscheinkapital seit Jahren zum gleichen Zinsfuß verzinst wird. In Anbetracht dessen und daß die Genossenschaft eine akapitalistische Unternehmung ist und endlich auch de facto die Verzinsung für die vom VSK und den lokalen Konsumgenossenschaften investierten Kapitalien keineswegs für die Frage der Beteiligung maßgebend ist, darf wohl gesagt werden, daß der Standardzinsfuß von 4% mehr symbolischen Charakter als Verrechnungszinsfuß trägt, als daß er im landläufigen Sinne als Entschädigung für geliehenes Kapital bezeichnet werden könnte. Unter den heutigen Verhältnissen – die Anteilscheine der Zweckgenossenschaften können in mancher Hinsicht mit Obligationen verglichen werden – ist der Zinsfuß von 4% als relativ hoch zu bezeichnen. Diese Tatsache läßt sich dadurch erklären, daß einerseits ein kleiner Anreiz zur Zeichnung von Anteilscheinen vorhanden sein muß, der aber, wie eben erwähnt, für die Beteiligung als solche keineswegs ausschlaggebend ist. Andererseits wurde unterlassen, den Standardzinsfuß

Tabelle Nr. 7

Die finanziellen Mittel der Zweckgenossenschaften
(ohne VASK, Coop-Leben und GZB)
(1952, nach Verrechnung des Überschusses)

Name der Zweckgenossenschaft	Totale Mittel Fr.	Eigene Mittel Fr.	In %	Fremde Mittel Fr.	In%
1. Mühlengenossen- schaft schweiz. Konsumvereine	4 367 229.-	1 670 036.-	38%	2 697 193.-	62%
2. Milcheinkaufs- genossenschaft schweiz. Konsumvereine	697 262.-	74 539.-	11%	622 723.-	89%
3. Minoterie coopé- rative du Léman	1 124 848.-	773 076.-	69%	351 772.-	31%
4. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	7 349 349.-	1 745 803.-	24%	5 603 546.-	76%
5. Möbel- Genossenschaft	5 483 157.-	515 920.-	9%	4 967 237.-	91%
6. Schuh-Coop	5 946 217.-	3 468 334.-	58%	2 477 883.-	42%
7. Genossenschaft Coop-Haus	2 435 450.-	396 359.-	16%	2 039 091.-	84%
8. Teigwarenfabrik Münsingen	1 239 372.-	469 939.-	38%	769 433.-	62%
9. «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrts- gesellschaft	3 270 718.-	1 233 094.-	38%	2 037 624.-	62%
10. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	446 897.-	222 500.-	50%	224 397.-	50%
Total	32 360 499.-	10 569 600.-	33%	21 790 899.-	67%

von 4% dem im Laufe der letzten Jahre allgemein gesunkenen Niveau des durchschnittlichen Zinsfußes anzupassen.

Im übrigen muß festgestellt werden, daß bei etlichen Zweckgenossenschaften, wie zum Beispiel bei der Möbel-Genossenschaft, der «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft, der Fabrique de pâtes alimentaires Morges usw., anfänglich überhaupt keine Verzinsung des Anteilscheinkapitals vorgenommen wurde.

Tabelle Nr. 8

*Die Verzinsung des Anteilscheinkapitals der Zweckgenossenschaften
im Jahre 1952*

Name der Zweckgenossenschaft	Verzinsliches Anteilscheinkapital	Zins- fuß	Summe
1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine	—,—*		—,—
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine	806 812.50	4%	32 272.50
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine	23 000.—	3%	690.—
4. Coop Lebensversicherungs- Genossenschaft	—,—**		—,—
5. Minoterie coopérative du Léman	166 175.—	4%	6 647.—
6. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau	99 530.—		wird nicht verzinst
7. Möbel-Genossenschaft	321 900.—	4%	12 876.—
8. Schuh-Coop	1 245 000.—	4%	49 800.—
9. Genossenschaftliche Zentralbank	21 587 762.50	4%	863 510.50
10. Genossenschaft Coop-Haus	363 000.—	4%	14 520.—
11. Teigwarenfabrik Münsingen	313 542.50	4%	12 541.70
12. «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft	1 103 000.—	4%	44 120.—
13. Fabrique de pâtes alimentaires, Morges	137 500.—	4%	5 500.—
Total	26 167 222.50	Ø 4%	1 042 477.70
* Siehe Tabelle Nr. 6, S. 108.			
** Gründungs- und Dispositionsfonds von Fr. 80 000.—.			

Erwähnt sei noch, daß seinerzeit die Redlichen Pioniere von Rochdale den Zinsfuß auf 5% festlegten, damit «Arbeit und Umsatz die Möglichkeit eines angemessenen Nutzens haben».

Die rechtliche Stellung der Zweckgenossenschaften

Die Rechtsnormen über die Genossenschaft finden sich im Obligationenrecht, das seit 1907 den 5. Teil des Zivilgesetzbuches bildet. Es wurde also in der Schweiz nicht der Weg der Spezialgesetzgebung beschritten, wie in vielen andern Ländern, u. a. auch in Österreich und

Deutschland. Das Obligationenrecht von 1881 widmete der Genossenschaft – zum Teil in Anlehnung an das englische und das französische, vornehmlich aber an das deutsche Recht – nur 38 Artikel, meist dispositiver Natur².

Im Gegensatz zum Aktienrecht weist das Obligationenrecht nur wenig zwingende Vorschriften über die Genossenschaft auf. Dieser Umstand erklärt sich daraus, daß bei der Ausarbeitung des Obligationenrechts die Genossenschaft erst am Anfang ihrer Entwicklung stand. Überdies schwebte seinerzeit dem Gesetzgeber auch eine gewisse «Demokratisierung» der Wirtschaft durch die Aktiengesellschaft vor, indem er annahm, daß sich auch «kleine Leute» bei der Aktiengesellschaft beteiligen würden, wodurch sie auf die Gestaltung der Wirtschaft einen größeren Einfluß ausüben könnten. Die Entwicklung verlief aber in ganz anderer Richtung, und es sind heute vornehmlich die Aktiengesellschaften, welche zu den wesentlichsten Merkmalen des «Kapitalismus» zu zählen sind. Es wird heute deshalb auch im Obligationenrecht streng zwischen Genossenschaften einerseits und Erwerbsgesellschaften anderseits unterschieden. Für den historisch Interessierten mag es reizvoll sein, festzustellen, daß auch der VSK unter seinen Mitgliedern einige Konsumvereine zählt, denen heute noch die Rechtsform der Aktiengesellschaft eigen ist³. Es handelt sich hier aber um Reminiszenzen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, indem diese Konsumvereine zu den ältesten der Schweiz gehören und bei deren Gründung die Genossenschaft noch nicht kodifiziert war. Diese Konsumvereine sind aber de facto durchaus als Konsumgenossenschaften anzusprechen; sie verdanken ihre Entstehung allein dem Selbsthilfegedanken. Dieser Gedanke ist es auch, welcher das wesentlichste Merkmal jeder Genossenschaft darstellt und im neuen, am 1. Januar 1937 revidierten Obligationenrecht, in Artikel 828 wie folgt umschrieben ist:

«Die Genossenschaft ist eine als Körperschaft organisierte Verbindung einer nicht geschlossenen Zahl von Personen oder Handelsgesellschaften, die in der Hauptsache die Förderung oder Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe bezweckt. Genossenschaften mit einem zum voraus festgesetzten Grundkapital sind unzulässig.»

² Das auf den 1. Juli 1937 revidierte Obligationenrecht regelt die Genossenschaft im 29. Titel in 99 Artikeln.

³ Zum Beispiel die Konsumvereine in La Chaux-de-Fonds (S.d.c.), Corcelles, Cormondrèche, Dombresson, Fleurier und Fontainemelon.

Der Selbsthilfegedanke ist, wie bereits betont, ein *einheitliches Merkmal jeder echten Genossenschaft*. Nur diejenige wirtschaftlich-gesellschaftliche Unternehmungsform, die dazu bestimmt ist, auf dem Wege der Selbsthilfe irgendein gleichartiges Bedürfnis der Genossenschaftsmitglieder zu decken, darf als echte Genossenschaft betrachtet werden.

Genossenschaften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind keine Genossenschaften, arbeiten nicht im Gegensatz zum System der Erwerbswirtschaft, sondern suchen den Pferdefuß der Erwerbswirtschaft dadurch zu verstecken, daß sie das Kleid der Genossenschaft ihren egoistischen Profitinteressen dienstbar machen⁴.

Die Genossenschaft im Rechtssinn muß der Genossenschaft im wirtschaftlichen Sinn (nämlich im Sinne der Gewerbe-, Agrar- und Sozialpolitik) entsprechen. Sie muß aus dem Genossenschaftsgedanken heraus rechtlich gestaltet werden. Daraus ergab sich anlässlich der 1937 erfolgten Revision des Obligationenrechts formell die Notwendigkeit, die «gemeinsamen Bestimmungen»⁵ aufzulösen und das Genossenschaftsrecht zu verselbständigen. Materiell muß die Genossenschaft bei aller Freiheit, ihre rechtlichen Verhältnisse selbst zu ordnen, immer ein Personalverein bleiben und darf nie zum Kapitalverein und zur Handelsgesellschaft werden⁶. Darnach bestimmt sich heute die rechtliche Regelung der Genossenschaft im einzelnen.

Die juristische Persönlichkeit kann die Genossenschaft erst durch Eintragung ins Handelsregister erlangen, und zwar stehen hier zwei verschiedene Varianten offen, nämlich die Eintragung als:

- a) Genossenschaft;
- b) Genossenschaftsverband.

a) *Die Genossenschaft*

Von den total 13 Zweckgenossenschaften weisen nur deren 4 die Rechtsform der Genossenschaft auf, nämlich:

⁴ Schär, Dr. O., Die verschiedenen Arten der Genossenschaft, Das Genossenschaftsrecht, Die Besteuerung der Genossenschaften, S. 5/6, Basel, Buchdruckerei VSK, 1925.

⁵ Es handelt sich hier vorwiegend um Bestimmungen dispositiver Art, die sowohl für die Genossenschaft als auch für die Erwerbsgesellschaften galten.

⁶ Egger, Prof. Dr., Revision des Genossenschaftsrechtes, Basel, Verlag Helbing und Lichtenhahn, 1922.

1. Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft
2. Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau
3. Genossenschaftliche Zentralbank
4. Genossenschaft Coop-Haus

b) *Der Genossenschaftsverband*

Total 9 Zweckgenossenschaften haben sich als Genossenschaftsverband konstituiert. Es sind dies:

1. Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine
2. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine
3. Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine
4. Minoterie coopérative du Léman
5. Möbel-Genossenschaft
6. Schuh-Coop
7. Teigwarenfabrik Münsingen
8. «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft
9. Fabrique de pâtes alimentaires Morges

Da der VSK in den weitaus meisten Fällen als Gründer der Zweckgenossenschaften aufgetreten ist und auch gesamthaft gesehen rund 71% ihres Anteilscheinkapitals gezeichnet hat, drängt sich unwillkürlich die Frage auf, wie weit sich die Zweckgenossenschaften in praxi mit den wirtschaftspolitischen und sonstigen Zielen des VSK indentifizieren. De jure sind die Garantien dafür, daß sich die Zweckgenossenschaften zum Beispiel wirtschaftspolitisch an den VSK anlehnen, sehr gering, da diese juristisch betrachtet, vollkommen unabhängige Genossenschaften oder Genossenschaftsverbände darstellen.

Rein theoretisch und juristisch gesehen, bestünde also die Möglichkeit, daß einzelne Zweckgenossenschaften sowohl ihre wirtschaftlichen als ideellen Bindungen zum VSK und daher auch zur schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung lösen könnten, was hier am Beispiel der Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft kurz dargestellt sei. Diese, im Jahre 1917 gegründete Zweckgenossenschaft wurde seinerzeit vom VSK mit einem Garantiekapital von Fr. 250 000.- und einem à fonds perdu überlassenen Gründungs- und Dispositionsfonds von Fr. 100 000.- ausgerüstet. Das Garantiekapital zahlte die Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft zur Hälfte an den VSK

zurück; die restliche Hälfte wurde ihr von der Zentralorganisation in Form einer Ehrengeld geschenkt. Somit ist diese Zweckgenossenschaft – wie bereits an anderer Stelle angedeutet – finanziell komplett unabhängig.

Eine letzte statutarisch vorgesehene Bindung, die noch mit dem VSK besteht, ergibt sich aus Artikel 17, Absatz 2, der Statuten vom 30. Oktober 1948 der Coop-Leben, welcher wie folgt lautet:

«Die Mitglieder und Ersatzmänner des Verwaltungsrates werden durch die Generalversammlung gewählt, und zwar *fünf Mitglieder sowie ein erster und ein zweiter Ersatzmann auf Vorschlag des Verwaltungsrates des VSK* und die übrigen Mitglieder sowie ein erster und ein zweiter Ersatzmann aus dem Kreise der Genossenschaftsmitglieder selbst, unter angemessener Berücksichtigung der Landesgegenden und der verschiedenen Kreise der Versicherten.»

Gemäß dieser Bestimmung hat also der VSK das Recht, 5 Mitglieder sowie einen ersten und zweiten Ersatzmann für die Wahl in den Verwaltungsrat *vorzuschlagen*. Es bestünde nun die Möglichkeit, daß die Generalversammlung, welche als oberstes Organ der Coop-Leben über die Vorschläge im einzelnen zu bestimmen hat, die vom Verwaltungsrat des VSK proponierten Kandidaten nicht wählt und sie durch andere, welche gegebenenfalls einen zweckentfremdenden Kurs einschlagen könnten, ersetzt. Die Generalversammlung selbst setzt sich aus den einzelnen Versicherten zusammen. Jeder Versicherte, ob nun seine abgeschlossene Versicherung auf eine Summe von wenigen hundert Franken oder Fr. 100 000.– lautet, hat an dieser Generalversammlung eine Stimme. Die Verhältnisse sind jedoch praktisch so gelagert, daß an der alle vier Jahre stattfindenden Generalversammlung nur wenige Mitglieder teilnehmen, vornehmlich diejenigen, die mit dem Genossenschaftswesen in besonderem Maße verbunden oder solche, welche für sehr hohe Beträge versichert sind. Meist handelt es sich bei diesen um Vertreter von Kollektivversicherungen, das heißt solchen Versicherungen, welche Arbeitnehmer umfassen, die ihrerseits wieder zum größten Teil Mitglieder lokaler Konsumgenossenschaften sein dürften.

Es bestehen natürlich innerhalb des Tätigkeitsbereiches der Coop-Leben noch andere Bindungen mit den Konsumgenossenschaften und insbesondere mit den Zweckgenossenschaften. So erwähnt zum Beispiel Artikel 3 der Statuten der Coop-Leben, daß diese Zweckgenossenschaft «in Bankverbindung mit der Genossenschaftlichen Zentral-

bank steht», was praktisch soviel bedeuten dürfte, daß sich die Coop-Leben für die Abwicklung ihrer Bankgeschäfte der Genossenschaftlichen Zentralbank zu bedienen hat.

Die eigentlich wirtschaftlichen Beziehungen der Coop-Leben zum VSK sind aber gering, was schon dadurch zum Ausdruck kommt, daß diese Zweckgenossenschaft – übrigens wie einige andere Zweckgenossenschaften – nur für Fr. 200.– Anteilscheine des VSK gezeichnet hat, ein Betrag, der nur dokumentarischen Charakter aufweist.

Gegebenenfalls müßte also eine Entfremdung der Zweckgenossenschaften vom VSK und den lokalen Konsumgenossenschaften vorerst bei denjenigen Zweckgenossenschaften auftreten, welche Genossenschaften ersten Grades darstellen, sich an ein breiteres Forum wenden und sich ihrem Zwecke entsprechend nicht mit der eigentlichen Warenproduktion für die im VSK organisierten Konsumenten befassen.

Immerhin ergeben sich aus den einschlägigen Gesetzesbestimmungen gewisse, wenn auch beschränkte, *indirekte* Garantien für die Anlehnung der Zweckgenossenschaften an den VSK. Diese sind bei denjenigen Zweckgenossenschaften, welche sich als Genossenschaftsverband konstituiert haben, etwas stärker als bei den im Handelsregister als «Genossenschaft» eingetragenen Zweckgenossenschaften, weil die gesetzlichen Anforderungen über die Bestellung der Verwaltung beim Genossenschaftsverband strenger sind als bei der einfachen Genossenschaft.

Es lautet zum Beispiel Artikel 923 des Obligationenrechts über die Zusammensetzung der Verwaltung beim Genossenschaftsverband wie folgt:

«Die Verwaltung wird, sofern es die Statuten nicht anders bestimmen, aus Mitgliedern der angeschlossenen Genossenschaften gebildet.»

Dagegen führt Artikel 894 des Obligationenrechts über die Wählbarkeit und die Mitgliedschaft der Verwaltung bei der Genossenschaft folgendes aus:

«Die Verwaltung der Genossenschaft besteht aus mindestens drei Personen; die Mehrheit muß aus Genossenschaftern bestehen. Ist an der Genossenschaft eine juristische Person oder eine Handelsgesellschaft beteiligt, so ist sie als solche nicht als Mitglied der Verwaltung wählbar; dagegen können an ihrer Stelle ihre Vertreter gewählt werden.»

Mit andern Worten: Während die Verwaltung beim Genossenschaftsverband sich aus den Mitgliedern der angeschlossenen Genossen-

schaften rekrutieren muß, hat bei der einfachen Genossenschaft bloß die Mehrheit der Verwaltung aus Genossenschaftlern zu bestehen⁷.

Bei der «Genossenschaft» könnten sich also in extremo dem Genossenschaftsgedanken feindlich gesinnte Elemente infiltrieren, die, obwohl numerisch nicht in der Überzahl, gleichwohl auf die übrigen Mitglieder einen gewissen unzulässigen Druck ausüben könnten. Praktisch hat sich allerdings eine solche Situation bei den Zweckgenossenschaften noch nie ergeben, denn:

1. Beschränken statutarisch 6 von 9 im Handelsregister als Genossenschaftsverband eingetragenen Zweckgenossenschaften, die Mitgliedschaft auf Genossenschaften oder Genossenschaftsverbände; die Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine, die Minoterie coopérative du Léman und die Teigwarenfabrik Münsingen bilden hiervon eine Ausnahme. De facto aber findet bei allen diesen 9 Zweckgenossenschaften, die Genossenschaftsverbände sind, eine Beschränkung der Mitglieder auf Konsumgenossenschaften, Zweckgenossenschaften oder ähnliche Organisationen statt.

Bei denjenigen Zweckgenossenschaften, welche im Handelsregister als Genossenschaft eingetragen sind, handelt es sich mit Ausnahme der Genossenschaft Coop-Haus um Genossenschaften ersten Grades. Diese treten naturgemäß mehr aus dem Rahmen eines bloßen Genossenschaftsverbandes hinaus, indem sie sich an ein breiteres Publikum wenden. Der Beitritt zur Coop Lebensversicherungsgenossenschaft – eine Zweckgenossenschaft, die, wie soeben erwähnt, vom finanziellen Standpunkt aus vom VSK unabhängig ist – steht jedem Versicherungsnehmer offen; ebenso nimmt die Genossenschaftliche Zentralbank von jedermann Gelder zur Einlage entgegen, und die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau, welche ihre Produkte nicht restlos an die lokalen Konsumgenossenschaften und an den VSK absetzen kann, ist auf den

⁷ Obwohl Art. 923 des Obligationenrechts vorsieht, daß beim Genossenschaftsverband die Statuten bestimmen können, daß die Verwaltungsmitglieder nicht aus angeschlossenen Genossenschaften rekrutiert werden müssen, tritt dieser Fall höchst selten ein – bei den Zweckgenossenschaften überhaupt nicht –, da ja ex definitione bei der Konstituierung der Genossenschaftsverband sich aus Genossenschaften zusammensetzen muß. Es steht diesem allerdings frei, später – eventuell auch bei der Gründung – noch andere Mitglieder aufzunehmen.

Absatz ihrer Produkte an Privatpersonen angewiesen. Lediglich die Genossenschaft Coop-Haus, welche in besonders engem Verhältnis zum VSK und den Zweckgenossenschaften steht, nimmt hier eine Ausnahmestellung ein; da sie nur Genossenschaften als Mitglieder aufweist, ist sie eigentlich als Genossenschaftsverband zu betrachten.

2. Bei allen Zweckgenossenschaften findet tatsächlich eine starke Anlehnung an den VSK und die lokalen Konsumgenossenschaften statt, was insbesondere in der Bestellung der Verwaltungsorgane zum Ausdruck kommt⁸. Sind von den total 123 Verwaltungsratsmitgliedern schon deren 35 aktive oder ehemalige Direktoren des VSK, so rekrutiert sich der überwältigende Teil der andern 88 Verwaltungsratsmitglieder, nämlich zu mehr als vier Fünfteln, aus den Kreisen der Verwalter der lokalen Konsumgenossenschaften. Den Rest bilden vorwiegend einzelne Genossenschafter und Gewerkschafter.

Aus unseren Darlegungen folgt, daß zumindest in großen Zügen betrachtet, die Zielsetzungen der Zweckgenossenschaften immer mit denjenigen des VSK im Einklang stehen müssen.

Über die Bestellung der Verwaltung der Zweckgenossenschaften ist noch zu erwähnen, daß hier das Prinzip der reinen Demokratie zugunsten des Repräsentativsystems fast gänzlich zurücktritt. Von den eigentlichen Trägern der lokalen Konsumgenossenschaften, nämlich den einzelnen Haushaltungen und Genossenschaften ist die Mehrzahl nicht auf *direktem* Wege in die Verwaltung der Zweckgenossenschaft gewählt worden⁹, abgesehen davon, daß 1952 nur eine einzige Frau unter den total 123 Verwaltungsratsmitgliedern der Zweckgenossenschaften gezählt werden konnte.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß alle Zweckgenossenschaften gemäß Artikel 921 oder 828 des Obligationenrechts rechtlich vollkommen unabhängige Genossenschaftsverbände oder Genossenschaften darstellen. Über die Zweckgenossenschaften wird im schweizerischen Obligationenrecht nichts ausgeführt, denn eine juristische Definition der Zweckgenossenschaft kennt das Gesetz nicht.

⁸ Vgl. Aufstellung auf S. 100.

⁹ Das heißt, die Verwaltungsratsmitglieder wurden nicht von den Mitgliederversammlungen der lokalen Konsumgenossenschaften *direkt* in die Verwaltung einer Zweckgenossenschaft gewählt.

DIE GRENZEN
DER ZWECKGENOSSENSCHAFTEN*Die exogenen Faktoren*

Unter den exogenen Faktoren, welche die Entwicklung der Zweckgenossenschaften hemmen können, sind in erster Linie verschiedene *staatliche Maßnahmen* zu nennen. Bekanntlich erfolgen die einschneidendsten Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben immer in Zeiten der Not, vornehmlich im Kriege oder in Kriegsgefahr oder auch in Zeiten der Wirtschaftskrise.

In den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts wurde auch die Schweiz nicht von der Weltwirtschaftskrise verschont. Auf das Drängen des privaten Detailhandels, der sich vor allem durch die Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte bedroht fühlte, wurde am 14. Oktober 1933 der sogenannte «Filialverbotsbeschluß» gefaßt, der zuerst nur für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte gedacht war, jedoch bereits am 10. November desselben Jahres auch auf «Filialgeschäfte von Großunternehmungen des Detailhandels» zunächst der Lebensmittelbranche und später auch anderer Branchen Anwendung fand. Da der Beschluß einseitig den Schutz der mittelständischen Kleinbetriebe bezweckte, hatten die Bemühungen der Konsumgenossenschaften, von der Unterstellung unter den Beschluß ausgenommen zu werden, keinen Erfolg. Wohl brachte jede Erneuerung des Beschlusses auf zwei weitere Jahre den Konsumgenossenschaften gewisse Erleichterungen, die Tatsache, daß sie in der selbständigen Bestimmung ihrer weiteren Entfaltung gehemmt waren, blieb aber trotzdem bestehen. Durch immer neue Verlängerungen blieb dieser sogenannte «Filialverbotsbeschluß» bis 1946 – also insgesamt über 13 Jahre – in Kraft!

Zwar vermochte – dank seiner größeren Leistungsfähigkeit – der Verband schweiz. Konsumvereine in diesen Jahren seinen Umsatz

nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sogar noch zu steigern, wie dies aus folgender Aufstellung ersichtlich ist:

Umsätze des VSK 1933–1946 (in Millionen Franken)

1933	168 585 444.–	1938	207 029 695.–	1943	267 339 610.–
1934	168 422 506.–	1939	227 869 001.–	1944	275 572 268.–
1935	177 148 267.–	1940	247 083 976.–	1945	289 208 783.–
1936	188 476 062.–	1941	244 235 946.–	1946	358 655 658.–
1937	200 488 233.–	1942	263 690 875.–		

Trotzdem ist leicht einzusehen, daß der Filialverbotsbeschluß den Konsumgenossenschaften und indirekt auch den Zweckgenossenschaften eine unfreiwillige Stagnation aufdrängte. Insbesondere traf dies natürlich für die Schuh-Coop zu, indem der erwähnte Beschluß die einzelnen Konsumgenossenschaften an der Errichtung von Spezialläden für den Schuhverkauf hinderte¹.

Als weitere indirekte, durch staatliche Maßnahmen hervorgerufene Hemmnisse müssen auch die Ausgleichsteuer, welcher alle Konsumgenossenschaften mit einem Umsatz von über Fr. 200 000.– unterstellt sind, sowie die von den Genossenschaften als völlig ungerecht empfundene Besteuerung der Rückvergütung genannt werden, stellt doch die letztere – im Gegensatz zum Händler Rabatt – nicht eine Prämie für Barzahlung, sondern eine Ersparnis der einzelnen Konsumenten dar.

In welchem Ausmaße staatliche Maßnahmen die freie Entfaltung der Zweckgenossenschaften unterbinden können, sei nochmals am Beispiel der Minoterie coopérative du Léman verdeutlicht:

Diese 1917 gegründete Mühle konnte zwar ihren Umsatz innert 30 Jahren versechsfachen (Umsatz 1920 = 1 842 247 kg; 1950 = 10 033 100 kg), ihre Entwicklung könnte aber weit besser sein, wenn sie nicht schon seit den dreißiger Jahren durch behördliche Maßnahmen in ihrer natürlichen Entwicklung gehemmt worden wäre. Bereits in der Vorkriegszeit hatte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement die Zuteilung von Getreide an die Mühlen kontingentiert. Dies bewirkte zum Beispiel, daß die Mühle in Rivaz vor der Abwertung des

¹ Wie schon in der Einleitung erwähnt, stieg die Zahl sämtlicher Verkaufsstellen der dem VSK angeschlossenen Konsumgenossenschaften von Ende 1932 bis Ende 1940 nur noch um 124 auf 2472. Dazu entfielen von diesen 124 neuen Läden erst noch 56 auf das Jahr 1933, das nur zu einem kleinen Teil unter den Geltungsbereich des Filialverbots zu stehen kam.

Schweizer Frankens im September 1936 nur über wenige Wagen Getreide Reserve verfügte. «Hätte damals Importfreiheit bestanden», schreibt der Verwaltungsrat der Mühle, «so können wir bestätigen, daß wir im Moment der Abwertung eine Getreidereserve von 400 Wagen besessen hätten, die uns 100 Franken pro Wagen billiger zu stehen gekommen wären als nach der Abwertung.» Nach dieser Berechnung hätten also die westschweizerischen genossenschaftlich organisierten Konsumenten allein Fr. 400 000.– sparen können!

Unter der gegenwärtigen offiziellen Regelung des Getreidemarktes wird jeder Mühle eine bestimmte Menge Getreide zur Vermahlung zugewiesen, überschreitet sie jedoch dieses Kontingent, so kann sie sich zusätzliche Mengen mittels Bezahlung von «Ausgleichsbeträgen» beschaffen².

Unter dieser Regelung haben die Genossenschaftsmühlen in besonderem Maße zu leiden, handelt es sich doch bei ihnen um vorzüglich eingerichtete Betriebe, welche ihre Produkte an die Konsumgenossenschaften zu günstigen Bedingungen abgeben können, was wiederum ihre starken Umsatzsteigerungen erklärt. Nun basierten aber noch 1933 die behördlich bewilligten Kontingente auf den in den Jahren 1933/1938 zugeteilten Mengen!³ Es ist offensichtlich, daß die Genossenschaftsmühlen mit diesen Kontingenten die Nachfrage der Konsumgenossenschaften nicht befriedigen können. Es stehen ihnen zur Überwindung dieses Engpasses nun folgende Möglichkeiten offen:

- sich beim Bund mittels Bezahlung von progressiven Ausgleichszuschlägen zusätzliches Getreide zu beschaffen;
- sich um zusätzliches Kontingent auf dem «freien Markt» zu bewerben, das heißt Getreide bei solchen Mühlen zu kaufen, die das behördlicherseits zugeteilte Quantum Getreide nicht benötigen.

Die Genossenschaftsmühlen suchen sich nun durch die zweite Variante – natürlicherweise die weniger kostspielige – zu behelfen, was

² Vgl. den Abschnitt über die MSK; die Zuteilung von zusätzlichem Kontingent erfolgt analog der Regelung der Kontingente auf dem Sektor der Stumpen- und Zigarrenfabrikation.

³ Am 9. Januar 1954 erfuhr die Kontingentszuteilung eine Verbesserung, indem in den nächsten Jahren zwei Drittel der Zuteilung auf Grund des Mehlausstosses in den Jahren 1948 bis 1952 vorgenommen werden, während ein Drittel immer noch auf der Basis der Jahre 1933 bis 1948 erfolgt. Realiter ist aber die Verbesserung für die Genossenschaftsmühlen bescheiden.

bis anhin möglich war. Allein für die Beschaffung solcher zusätzlicher Kontingente mußte die Minoterie coopérative du Léman im Rechnungsjahr 1949/50 über Fr. 80 000.– bezahlen, da sie das ihr zugeteilte Kontingent um 26,9% überschritten hatte⁴.

Das Fazit der gegenwärtigen Getreideordnung ergibt also, daß die leistungsfähige Mühle, welche Mehl in guter Qualität und zu günstigen Preisen abgibt und daher ihr Kontingent überschreitet, durch die Bezahlung von Ausgleichsbeiträgen bestraft wird oder sich teureres zusätzliches Kontingent bei andern Mühlen beschaffen muß. Drastisch ausgedrückt: diejenigen Mühlen, die infolge schlechter Organisation oder veralteter Einrichtungen ihr Kontingent nicht ausnützen, können dieses mit Gewinn verkaufen; sie werden also für ihr «Nichtstun» nicht nur entschädigt, sondern sogar noch belohnt.

Es ist deshalb verständlich, daß sich die Genossenschaftsmühlen bei den zuständigen Stellen stets um eine Kontingenterhöhung bewarben, leider nur mit mäßigem Erfolg. Wir entnehmen dem Jahresbericht des VSK für das Jahr 1952 hierüber folgendes:

«Die Vorlage betreffend die zukünftige Getreideversorgung hat sowohl die Verbandsdirektion wie unseren Mühlen wiederholt Gelegenheit gegeben zur Aussprache und Diskussion. Dabei stand die Kontingentszuteilung an unsere Mühle in Rivaz im Vordergrund. Leider wurde bis zum heutigen Zeitpunkt dem berechtigten Begehren unserer Mühle noch nicht Rechnung getragen. Wiederholte Vorstellungen bei der Eidg. Getreideverwaltung sowie bei andern zuständigen Stellen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Ein vor Jahren eingereichter Rekurs führte lediglich zu dem mageren Ergebnis, daß unserer Mühle in Rivaz 10 Wagen mehr zugeteilt wurden. Dabei muß diese Mühle jährlich 100 bis 140 Wagen von andern Kontingentsinhabern kaufen und dafür den Betrag von 100 000 bis 140 000 Franken jährlich auslegen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Wir haben unsere Zustimmung zu der Getreidevorlage gegeben⁵, weil wir überzeugt waren, daß die Neuzuteilung der Kontingente auch auf Grund der neuen verfassungsmäßigen oder neu zu schaffenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgen kann. Wir haben die Zustimmung auch gegeben im Hinblick auf die Frage der Brotpreisgestaltung. Wir sind aber nicht gewillt, die Weiterführung der Kontingente auf der bisherigen Basis einfach hinzunehmen. Die Zuteilung der benötigten Weizenmengen an die einzelnen Mühlen wird auf Grund des durchschnittlichen Verbrauchs der Jahre 1933–1938 errechnet, eine Methode, die längst überholt ist und bei weitem nicht mehr den gegebenen Verhältnissen entspricht. Die Anwendung dieser Basisjahre benachteiligt solche Mühlen, die sich nicht weiter entwickeln konnten oder infolge ihrer lässigen Tätigkeit zurückgeblieben sind. Aber über Kontingente verfügen solche Mühlen gleichwohl heute noch und können sie zu gutem Geld an andere verkaufen. Ein solcher Zustand ist eines Rechts-

⁴ Siehe nächste Seite.

⁵ Das Gesetz über die Brotgetreideversorgung des Landes wurde in der Volksabstimmung vom 23. November 1952 mit 582 105 Ja gegenüber 198 748 Nein angenommen.

staates unwürdig und muß beseitigt werden. Die bevorstehende gesetzliche Regelung der Getreideordnung auf Grund des angenommenen Verfassungsbeschlusses gibt Gelegenheit, die Frage erneut mit allem Nachdruck aufzuwerfen, damit eine gerechtere Kontingentsbasis gefunden wird.

Ausgleichsteuer, Besteuerung der Rückvergütung, Filialerweiterungsverbot, Getreidekontingentierung, also alles staatliche Maßnahmen, welche die freie Entfaltung der Zweckgenossenschaft direkt oder indirekt behindern, sind erst nach heftigen politischen Auseinandersetzungen im Parlament und in der Presse beschlossen worden⁶, wobei die Gewerbekreise mit Vehemenz diesen staatlichen Eingriffen das Wort redeten. Paradox klingt es deshalb, wenn von dieser Seite den Genossenschaften immer wieder vorgeworfen wird, sie seien die Wegbereiter einer allesumfassenden Verstaatlichung. Die Genossenschaften hindern die privaten Müller keineswegs, unter sich – im Rahmen der Gesetze – Abmachungen zu treffen, sie fordern für die Wahrung ihrer Interessen auch nicht die Staatsintervention; sie verlangen nur, daß ihnen die Freiheit gelassen wird, ihren gesamten Bedarf an Müllereiprodukten bei ihren eigenen Mühlen zu decken, deren Errichtung ihnen das Müllerkartell (1912: Gründung der MSK; 1917: Gründung der M. C. L.) seinerzeit aufzwang.

Obwohl zwischen Konsumgenossenschaften und VSK einerseits und Konsumgenossenschaften und Zweckgenossenschaften andererseits im allgemeinen genossenschaftliche Treue herrscht, ist doch das *Absatzproblem* für die Produktionszweckgenossenschaften eminent wichtig. Auch für die andern Zweckgenossenschaften ist es indessen nicht nebensächlich zu wissen, in welchem Maß sie auf die Unterstützung seitens der Genossenschafter zählen können. 1935 wurde durch den VSK nach heftigen Kämpfen an der Delegiertenversammlung die «Bezugspflicht» der Verbandsvereine eingeführt, welche die Mitglieder des VSK verpflichtet, ihren Bedarf bei ihrem Verband zu decken⁷. Zu einer ähnlichen Maßnahme sahen sich die Produktionszweckgenossenschaften nie veranlaßt, da im allgemeinen die Mitglieder der Zweckgenossenschaften – also vorab die einzelnen Konsumgenos-

⁶ Die Beschaffung von behördlicherseits bewilligtem Kontingent wäre für die gleiche Rechnungsperiode allerdings noch teurer zu stehen gekommen, nämlich auf zirka 123 000 Franken allein an Ausgleichsbeträgen.

⁷ Diese Bestimmung wird allerdings vom VSK «large» gehandhabt; durchschnittlich decken sich die Konsumvereine zu zirka 80% beim VSK ein.

senschaften – ihre entsprechenden Bedürfnisse ausschließlich bei «ihrer» Zweckgenossenschaft decken, wo ihr Mitspracherecht infolge der direkten Beziehungen im engeren Kreise wirksamer zum Ausdruck gelangt als beim Verband schweiz. Konsumvereine. Mit anderen Worten: bei einer gegebenen Zahl von Mitgliedern kann die Produktionszweckgenossenschaft in vermehrtem Maße als der VSK auf deren Treue zählen und mit einer gewissen Produktionskonstanz rechnen. Bei der Kleinheit schweizerischer Verhältnisse läßt sich jedoch die Errichtung von Produktionszweckgenossenschaften nur für Massengüter des laufenden Konsums verantworten⁸; ihre Möglichkeiten werden wir im nächsten Kapitel erwähnen.

Von der Bedarfsseite her sind deshalb schon zum voraus gewisse Grenzen gesteckt, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß heute auch die Konsumgenossenschaften mit Erfolg zur Propaganda greifen, um den Umsatz zu steigern⁹.

Das Standortproblem darf mit Ausnahme der Schuh-Coop als befriedigend gelöst betrachtet werden. Die Genossenschaftsmühlen in Zürich, Bern und Rivaz sowie die Teigwarenfabriken von Münsingen und Morges befinden sich in den Absatzzentren (wobei die Frage der Errichtung einer Teigwarenfabrik in der Ostschweiz, welche eventuell auch die Südschweiz bedienen könnte, noch offen steht). Gleiches gilt auch von den übrigen Zweckgenossenschaften, wie der GZB, Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft, MG, MSK, VASK und natürlicherweise von der SILAG und der Genossenschaft Coop-Haus. Auf den falschen Standort der Schuh-Coop wurde bereits im 3. Kapitel, Abschnitt die Schuh-Coop, hingewiesen. Problematisch für die Gemüseverteilung in die Konsumzentren sind die Standorte der einzelnen Betriebe der Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau. Von den insgesamt 1376 ha Boden befinden sich zirka 1180 ha über die ganze Westschweiz zerstreut und nur zirka 200 ha im Kanton Zürich. Außer in Zeiten der Not mußte die SGG stets als absatzsuchender Betrieb angesprochen werden. Einerseits sind die in der Westschweiz liegenden Betriebe nicht in der Lage, ihre Produkte restlos an die in unmittelbarer Nähe gelegenen Konsumgenossen-

⁸ Kleinere Produktionsaufgaben, wie zum Beispiel das Verpacken von Gewürzen, die Herstellung von Fensterreinigungsmitteln usw. werden vom VSK selbst übernommen.

⁹ In erster Linie sei hier auf die Forcierung der Marke Co-op mittels Presse, Plakat-reklame, Zugabewesen usw. hingewiesen.

schaften abzustossen, anderseits wird ein direkter Absatz an den VSK in Basel verunmöglicht, weil die Gemüse durch eine Lagerung und die notwendige Verfrachtung an Qualität und Frische einbüßen würden. Obwohl der VSK in Biel und Zürich vorzüglich eingerichtete Früchte- und Gemüseverteilungszentralen geschaffen hat, kann der Absatz der SGG nicht ausschließlich von den Konsumgenossenschaften garantiert werden. Nun ist zwar die SGG ihrer Zweckbestimmung nach ein gemeinnütziges Werk (Urbanisierung von Böden, Sicherstellung der Landesversorgung in Notzeiten); sie zeigt aber doch, daß das *Absatzproblem* und das *Standortproblem* der weiteren Entwicklung von Zweckgenossenschaften gewisse natürliche Grenzen setzen, die zusammen mit den *staatlichen Maßnahmen* den Hauptharst der exogenen Faktoren bilden, welche bei der Neugründung von Zweckgenossenschaften immer gebührend in Rechnung zu stellen sind.

Die endogenen Faktoren

Unter den endogenen Faktoren, welche die weitere Entwicklung der Zweckgenossenschaften begrenzen können, verstehen wir solche, die von den Genossenschaften – sei es nun von den einzelnen Konsumgenossenschaften, vom VSK oder von den Zweckgenossenschaften selbst – ausgehen.

Die Geschichte der Zweckgenossenschaften zeigt, daß mit Ausnahme der Teigwarenfabrik Münsingen und bei aller Würdigung der Verdienste einzelner Konsumgenossenschaften, stets der VSK als letztinstanzliches Gründungsexekutivorgan fungiert hat. Dabei sticht vor allem die markante Persönlichkeit des langjährigen, dynamischen Direktionspräsidenten des VSK, Dr. h.c. Jaeggi, hervor, unter dessen Ägide die meisten Zweckgenossenschaften entstanden sind.

Praktisch müssen also die endogenen Faktoren, welche die weitere Entwicklung der Zweckgenossenschaft zu begrenzen vermögen, vor allem im VSK gesucht werden. Vorerst sei festgestellt, daß die finanziellen Mittel¹⁰ des Verbandes schweiz. Konsumvereine ohne weiteres den Grundstock für die Errichtung einiger neuer Produktionszweckgenossenschaften bilden könnten. Denkbar wäre zum Beispiel in erster

¹⁰ 1952 belief sich das ausgewiesene Verbandsvermögen – ohne die sehr beträchtlichen stillen Reserven – auf Fr. 17 000 000.–.

Linie die Erstellung einer eigenen Fettfabrik. 1945 beteiligte sich der VSK maßgebend an der Saponia S.A., einer Seifenfabrik in Monthey, und 1946 an der Seifenfabrik Suter, Moser & Co. AG., St.Gallen, indem er von beiden Unternehmungen praktisch sämtliche Aktien erwarb. Diese beiden Fabriken stehen hauptsächlich im Dienste der genossenschaftlichen Eigenproduktion und stellen vor allem die Co-op Seifen sowie Co-op Waschmittel her. Es drängt sich natürlich die Frage auf, warum diese beiden Fabriken nicht als Zweckgenossenschaften betrieben werden. Zunächst ist festzustellen, daß in unserem Lande der Sektor der Seifen- und Waschmittelproduktion als stark übersetzt anzusprechen ist und der einzelne Produzent seinen Umsatz nur mittels einer stets wirkungsvollen Reklame halten kann. Trotzdem gelang es allmählich einigen Produzenten, sich mittels intensiver Propaganda ein Meinungsmonopol zu verschaffen. Da die Konsumgenossenschaften prinzipiell alle Produkte führen, welche ihre Mitglieder zu kaufen beabsichtigen, müssen sie notgedrungen auch diese Monopolartikel in ihr Assortiment aufnehmen. Um nun dieses Meinungsmonopol wenigstens innerhalb der organisierten Konsumenten zu brechen, sah sich der VSK gezwungen, für seine Co-op Artikel eine intensive Propaganda zu betreiben. Um aber eine wirksame Propaganda zu ermöglichen, muß der VSK «schlagartig» handeln können. Dies ist nur durch eine enge Koordination und Konzentration aller Werbemittel im VSK möglich. Mit andern Worten: Die Nachfrage nach solchen Eigenprodukten, deren Verkauf durch ein auf dem Markte stark wirkendes Meinungsmonopol konkurrenziert wird, muß auch in der Genossenschaft erst schwer erkämpft werden.

Die Frage der Weiterentwicklung der Zweckgenossenschaften ist nicht nur ein Problem wirtschaftlicher oder technischer Art. Wie bei jedem Unternehmen muß auch hier der menschliche Faktor berücksichtigt werden. Obwohl der Genossenschaftsgedanke in der Schweiz relativ stark verbreitet und verankert ist, muß doch darauf hingewiesen werden, daß es Mitglieder von Konsumgenossenschaften gibt, die nur Mitglied einer Genossenschaft gemäß Mitgliedbuch sind, und daß selbst ein Teil der Genossenschaftsangestellten sich kaum von Angestellten privater Unternehmungen unterscheidet. Die Bekenntnisse nicht weniger Genossenschafter und Genossenschaftsangestellter sind lediglich als Lippenbekenntnisse zu werten; ihre Handlungsweise steht daher mit den ideellen Beteuerungen sehr wenig im Einklang.

Die Leiter der Zweckgenossenschaften sollen in gewissem Sinne Unternehmerpersönlichkeiten sein, denn der Unternehmer ist es, der das vorwärtstreibende Element der Wirtschaft darstellt, der in immer neuen Gestaltungen Mensch und Maschine zur Arbeit, Erzeugung und Erwerb zusammenfaßt, der die sich ausweitende Wirtschaft zu größeren und besseren Leistungen anspornt, der die «produktiven» Kräfte erkennt, auswertet, steigert, alles um der wachsenden Bevölkerung bestmögliche Versorgung zu sichern.

Die Organisationsform der Zweckgenossenschaft, deren Verwaltungsrat de facto nur eine Aufsichtsbehörde darstellt, überläßt der verantwortlichen Leitung große Freiheit, die es ihr gestattet, weitgehend selbständig ihre Entscheidungen zu treffen. Die Schwierigkeit besteht darin, solche Personen in die oberste Leitung der Zweckgenossenschaften zu berufen, welche sich einerseits mit der Genossenschaftsidee restlos identifizieren und die andererseits die typischen Unternehmereigenschaften wie ungebrochenen Wagemut, Kühnheit und Rechenhaftigkeit des Planes und der Durchführung aufweisen¹¹.

«Das Problem einer adäquaten Leitung ist bei der Genossenschaft mindestens ebenso wichtig wie bei anderen Unternehmungstypen, wahrscheinlich infolge der Doppelnatur der Genossenschaft aber noch schwieriger zu lösen», schreibt *Drabeim*¹², und weiter: «Für seine wirtschaftlichen Aufgaben muß der Leiter einer Genossenschaft zwei Hauptziele anstreben:

- a) den Mitgliederwirtschaften, entsprechend der Zwecksetzung der Genossenschaft, wirtschaftliche Vorteile bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu bieten;
- b) dabei aber die lebensnotwendigen Eigeninteressen der Genossenschaft als Unternehmung, das heißt als wirtschaftlicher Dauer-einrichtung, zu wahren.

Diese beiden Ziele harmonisch zu vereinen, das heißt also ein Gleichgewicht zwischen häufig entgegengesetzten Tendenzen herzu-

¹¹ *Sombart* unterscheidet nach Geisteshaltung und Interessenlage des modernen Unternehmers den Fachmann, den Kaufmann und den Finanzmann. Die drei Typen stellen eine fortschreitende Stufenfolge der Unternehmertätigkeit dar. *Sombart, W.*, *Moderner Kapitalismus*, III, 1, S. 15/16.

¹² *Drabeim, Georg*, *Die Genossenschaft als Unternehmertyp*, S. 99f., Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1952.

stellen, ist schwer. Der Geschäftsführer muß oftmals an die Einsicht der Mitglieder des ‚Kontrahententyps‘ appellieren.

Für den Erfolg eines solchen Appells ist es wichtig, daß die Mitglieder den notwendigen Einblick in die Grundlagen des Wirtschaftslebens und der Genossenschaft besitzen. Nicht umsonst wird darum die genossenschaftliche Bildungsarbeit in aller Welt als die Grundvoraussetzung für das ersprißliche Arbeiten von Genossenschaften angesehen. Sie ist unter dem Blickwinkel des Geschäftsführers unter anderem ein Instrument zur Milderung oder Behebung von Gegensätzlichkeiten zwischen Mitgliederwirtschaften und Genossenschaft.

Diese genossenschaftliche Bildungsarbeit liegt zu einem wesentlichen Teil bei der Geschäftsführung, die darum auch pädagogische Fähigkeiten haben muß. Der Geschäftsführer muß nötigenfalls immer wieder aufklären und integrierend eingreifen, er darf sich nicht dadurch entmutigen lassen, daß manche Mitglieder zunächst eigennützig eingestellt sind und sich ungenossenschaftlich verhalten. Er muß trotz negativen Erfahrungen das menschliche Format haben, sich unbeirrt als Sachwalter, Beauftragter und Treuhänder der Mitglieder zu betrachten, die zum Teil erst durch seine Tätigkeit und durch seine Einwirkungen bewußte Genossenschaftsmitglieder werden.

Die Maßstäbe für den wirtschaftlichen Erfolg des Geschäftsführers einer Genossenschaft sind nicht so eindeutig gegeben wie bei einer erwerbswirtschaftlichen Unternehmung, bei der aus der Erfolgsrechnung vieles zu ersehen ist; das Urteil über den Erfolg einer Genossenschaft hingegen wäre auch aus den Bilanzen bzw. Aufwands- und Ertragsrechnungen der Mitgliederwirtschaften zu gewinnen.»

Die Differenzen der Gehälter – auch von den leitenden Funktioniären – zwischen genossenschaftlichen und privaten Betrieben hat sich in den letzten Jahren fast in allen Produktionszweigen infolge der «Hochkonjunktur» vermindert¹³. Auch die Gefahr übersetzter gewerkschaftlicher Lohnforderungen ist geringer geworden, wobei erwähnt sei, daß die Zweckgenossenschaften auch heute noch ihr Personal im allgemeinen besser entlöhnen als die Privatwirtschaft.

¹³ Wahrscheinlich wird sich diese Differenz in einer allfälligen Wirtschaftsdepression wieder zu Gunsten der Genossenschaftsangestellten verstärken, sind doch die Genossenschaften krisenbeständiger als die entsprechenden Zweige der Privatwirtschaft. Während der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre hat zum Beispiel der VSK keinen Lohnabbau durchgeführt und, gesamthaft betrachtet, hat er seinen Umsatz mengen- und geldmäßig gesehen noch steigern können.

Wie die Konsumgenossenschaft, übernimmt auch die Zweckgenossenschaft die moralische Verpflichtung der guten Entlohnung ihres Personals, und es wäre denkbar, daß dieser Faktor die Entwicklung oder die Neugründung von Zweckgenossenschaften hindern könnte. Praktisch traf dies aber nicht ein, da sich die Zweckgenossenschaften bestimmungsgemäß vorab in solchen Branchen etablierten, wo die Konsumenteninteressen durch besonders hohe Margen, geheime Abmachungen usw. in augenfälliger Weise verletzt wurden.

Da die Zweckgenossenschaften Genossenschaften höheren Grades darstellen, sind sie der Gefahr einer eventuellen politischen «Unterwanderung» weit weniger ausgesetzt als einzelne Konsumgenossenschaften. Aufschlußreich in dieser Beziehung ist, daß das seinerzeitige «débâcle» der Schuh-Coop vor allem auf den übersetzten Forderungen von Gewerkschaften beruhte¹⁴. Die Umwandlung dieses Unternehmens in eine Zweckgenossenschaft brachte der Fabrik nicht nur eine erfreuliche Entwicklung im Dienste der organisierten Konsumenten, sondern gestattete es gleichzeitig, den Arbeitern schon seit Jahren – neben vorzüglichen Sozialleistungen – zirka zehn Prozent mehr Lohn auszubezahlen als in der Privatindustrie.

Das Fernhalten jeder sturen Parteipolitik in den Verwaltungsorganen der Zweckgenossenschaften bewirkt ferner, daß die noch gelegentlich bei lokalen Konsumgenossenschaften festgestellte Tendenz, die Genossenschaft als einen «Versorgungsbetrieb» für das untergeordnete Personal zu betrachten, gänzlich dahinfällt.

Sind der Entwicklung der Zweckgenossenschaften sowohl äußere als innere Grenzen gezogen, so sind die letzteren doch keinesfalls so gravierend, als daß sie die Neugründung weiterer Zweckgenossenschaften und die Entfaltung der bereits bestehenden ernstlich zu beeinträchtigen vermöchten.

Die den Zweckgenossenschaften gesetzten Grenzen sind hauptsächlich durch staatliche Maßnahmen bedingt, hinter welchen sich meist die Forderungen bestimmter wirtschaftspolitischer Interessengruppen, die dem Genossenschaftswesen nicht günstig gesinnt sind, verbergen.

¹⁴ Vgl. Abschnitt: Die Schuh-Coop, Kap. IV.

DIE ZUKUNFTSAUSSICHTEN
DER ZWECKGENOSSENSCHAFTEN

Nachdem wir die Zweckgenossenschaften in ihrer Entstehung und Entwicklung verfolgt und auch ihre Entwicklungslimiten untersucht haben, zwingt das Resultat zu einigen Fragen, deren Beantwortung und Lösung für die Weiterentwicklung des schweizerischen Konsumgenossenschaftswesens vielleicht von schicksalhafter Bedeutung werden könnte, nämlich: «Können die schon bestehenden Zweckgenossenschaften noch weiter ausgebaut werden und sollen Zweckgenossenschaften nur da geschaffen werden, wo sich ihr Sein unwillkürlich von selbst aufdrängt?»

In bezug auf die erste Frage ist vorerst zu wiederholen, daß die ersten Produktionszweckgenossenschaften in gewissem Sinne «Kinder der Not» waren. Lieferungsboykotte der zu Kartellen zusammengeschlossenen Mühlen und Schuhfabriken waren die unmittelbare Ursache des Eindringens der Konsumgenossenschaften in die Sphäre der in Frage kommenden Produktionsgebiete, wobei in der Folge durch den jeweiligen Zusammenschluß der organisierten Konsumenten solche Boykottmaßnahmen unwirksam gemacht wurden.

Weiter ist zu sagen, daß die Zweckgenossenschaften – obwohl auf nationalem Boden stehend – den Bedarf an ihren Erzeugnissen nicht für die ganze schweizerische konsumgenossenschaftliche Organisation zu decken vermögen. Bei den heutigen Produktionszweckgenossenschaften ist es nur den Mühlen möglich, mit ihrer Produktion die Gesamtheit der organisierten Konsumenten zu versorgen. Die Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine, die Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau, die Möbel-Genossenschaft, die Schuh-Coop und endlich die Teigwarenfabriken in Münsingen und Morges sind nicht in der Lage, mit ihren Produkten den vollen Bedarf der Genossenschafter zu befriedigen, vielmehr müssen, um der Nachfrage begegnen zu können, von Privatunternehmungen Fertigprodukte zuge-

kauft werden. Die Schuh-Coop¹ produziert nur einen Bruchteil ihres Vermittlungsbedarfes und der beträchtliche Rest muß bei Privatfirmen bezogen werden. Man ist zunächst versucht, den Schluß zu ziehen, die Eigenproduktion werde nicht genügend gefördert. Die Gegenströmungen aber sind vielfältiger Natur. Es muß hier auf einen Mangel hingewiesen werden, dessen Beseitigung auch heute noch nicht völlig gelungen ist; doch liegt seine Behebung unseres Erachtens durchaus im Rahmen des Erstrebenswerten und des Möglichen.

Der VSK führt 700 Warengattungen mit über 150 000 verschiedenen Warensorten und Qualitäten. Diese starke Zersplitterung und die damit verbundene Ausdehnung des Warenassortimentes bedingen höhere Unkosten, wie Verwaltungskosten, Lagerkosten usw.; für die Konsumvereine bedeutet aber die überdimensionierte Warenzahl gleichfalls eine die Rentabilität gefährdende Belastung. Der VSK ist sich dieser Gefahr schon lange bewußt; er sucht deshalb mit der Eigenmarke «Co-op» die Fülle von Sorten und Qualitäten auf ein erträgliches Maß zurückzuschrauben. Leider blieb die sachgemäße Durchführung dieser Pläne, insbesondere die Organisierung einer entsprechend großzügigen Propaganda, bis nach dem zweiten Weltkrieg in den Anfängen stecken.

Der VSK ist dazu übergegangen, eine größere Anzahl Produkte in sogenannten «eigenen Packungen», die alle den Namen «Co-op» tragen, abzugeben. *J. Flach* sah eine Aufgabe der Konsumentenerziehung² unter anderem in einer Standardisierung der Warenabgabe, indem er «planmäßiges Beschränken der Herstellung industrieller und gewerblicher Erzeugnisse auf eine kleine Zahl ausgewählter Ausführungen, die der meistgefragten Mittelqualität zu entsprechen hat», zum Ziele setzt. Es werden entweder mit bestimmten Firmen Abkommen geschlossen, damit sie die für die Konsumvereine hergestellten Produkte in der Verbandspackung liefern (Schokolade, Zündhölzer, Rasierklingen usw.), oder aber es werden Produkte ohne Spezialpackung angekauft und in den Betrieben des Verbandes unter der Bezeichnung «Co-op» abgepackt und damit zu Markenartikeln der genossenschaftlichen Organisationen gestempelt.

¹ Die Schuh-Coop besitzt die Aktienmehrheit der 1946 gegründeten «Schuhfabrik Wettingen AG», deren Schuhe sie vertreibt. 1952 erzielte diese Schuhfabrik mit 72 Angestellten einen Umsatz von Fr. 1 231 817.-.

² *Flach, J.*, Wirtschaftliche Warenvermittlung durch die Konsumgenossenschaften, Separatdruck im «Schweiz. Konsum-Verein», 1939, Nr. 2-7.

Es wird immer eine Reihe von Warengattungen geben, die sich ihrer Natur nach nicht dazu eignen, schon vom Fabrikanten verpackt zu werden. Die Waren müssen durch den VSK kurz vor der Abgabe an den Verbraucher abgepackt werden, da sie meistens von den Zentraldepots des Verbandes schweiz. Konsumvereine zum Versand gelangen³.

Die Eigenmarkenartikel besitzen alle jene Eigenschaften, die für die eigene Produktion zu fordern sind, nur fehlt ihnen oft eine Voraussetzung, um die Produktion rentabel (im privatwirtschaftlichen Sinne) zu gestalten: der ausreichende Absatz.

Die Co-op Waren werden hauptsächlich in Fabriken hergestellt, welche auch Eigenmarken, meist sogenannte Markenartikel⁴ erzeugen. Es entstand somit das gewiß eigenartige Phänomen, daß die Co-op Artikel in ein und derselben Fabrik hergestellt werden und sich nach Verlassen der Fabrik in der Konsumgenossenschaft, die beide Marken führt, konkurrenzieren.

Da die Markenartikelfabrikanten erkannt haben, daß eine gute Qualität die Grundlage des Erfolges ist und daß durch ständige Reklame in den verschiedenen Formen die Käufer zu beeinflussen sind, konnte der VSK mit gutem Gewissen seine unter dem einen Qualitätsbegriff darstellenden Namen «Co-op» abgegebenen Waren bei diesen Fabriken beziehen. Die Fabrikanten anderseits aber, auf ihre gewaltige Reklametätigkeit und den guten Ruf ihrer Produkte bauend, haben die Konkurrenz der Co-op Produkte, die zudem nur in der Genossenschaft erhältlich sind, nicht zu fürchten, selbst wenn letztere – da auf ihnen nicht die bedeutenden Reklamespesen, wie sie die Fabriken für ihre eigenen Marken tragen müssen, lasten – auch zu wesentlich billigeren Preisen zum Verkauf gelangen können.

Wenn der Absatz von solchen Co-op Produkten trotz den teilweisen recht erheblichen Preisvorteilen heute noch nicht der erwarteten Höhe entspricht, so ist dies unseres Erachtens einem besonderen Umstand zuzuschreiben, nämlich dem, daß die Genossenschaftsreklame zu lange

³ Das Laboratorium des VSK überprüft laufend die Produkte der Vertragslieferanten und der Eigenprodukte.

⁴ Unter Markenartikel verstehen wir Waren, die in bestimmter Aufmachung bzw. Packung und unter einer speziellen Marke in den Handel gebracht werden und bei denen der Name des Produkts für den Käufer infolge der Reklame eine ganz bestimmte unveränderliche Warengattung und Qualität bedeutet (zum Beispiel Maggi, Knorr usw.).

Zeit nicht auf der gleichen wirksamen Stufe stand wie diejenige des privaten Großbetriebes und daß die Reklame nicht wie bei jenem von einem Zentrum, sondern von den lokalen Genossenschaften vereinzelt ausging und deshalb durch Verzettlung und demzufolge mangelnder Einheitlichkeit und Geschlossenheit an Durchschlagskraft einbüßte. Der zum Teil beträchtliche Preisunterschied müßte dem allgemein geltenden Prinzip des Angebots- und Nachfragegleichgewichts zufolge eine enorme Absatzvermehrung aufzeigen.

Da die Qualität der Co-op Produkte derjenigen der Konkurrenz mindestens ebenbürtig ist, kann die psychologische Beeinflussung des Käuferpublikums durch Propaganda, allerdings zugunsten des Privatbetriebes, eindeutig festgestellt werden. Die in den letzten Jahren wirksam gewordene Intensivierung der Propaganda und die Ausnutzung aller hierzu geeigneten Möglichkeiten durch den VSK, zum Beispiel in seiner eigenen Presse, durch Plakate, Gründung eines eigenen Verkaufsbüros, Abgabe von Geschenken⁵ usw., haben den Co-op Produkten zu einer starken Absatzerweiterung verholfen, wodurch zugleich auf dem Wege der Eigenproduktion ein kräftiger Schritt vorwärts getan wurde.

Die Entwicklung des schweizerischen Konsumgenossenschaftswesens im allgemeinen – besonders aber die Förderung der Eigenproduktion – induziert natürlicherweise auch eine stärkere Inanspruchnahme derjenigen Zweckgenossenschaften, die nicht mit der Produktion im engeren Sinne betraut sind, trotzdem aber wichtige Träger der schweizerischen Genossenschaftsbewegung darstellen, wie zum Beispiel die Genossenschaftliche Zentralbank, die «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft u.a.m.

Schon das nicht ungünstig lautende Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital der Zweckgenossenschaften (vgl. Tab. Nr. 7), besonders aber die beträchtlichen offenen und stillen Reserven der Zweckgenossenschaften einerseits und der lokalen Konsumgenossenschaften und des VSK anderseits, lassen den bereits bestehenden Zweckgenossenschaften vom finanziellen Standpunkt aus noch mannigfaltige Entwicklungsmöglichkeiten offen.

Eine weitere Frage, der sich insbesondere die Privatwirtschaft des öftern gegenübergestellt sieht, nämlich ob der Absatz auch in

⁵ Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, ist der VSK vor einigen Jahren – wie die Markenartikelfabrikanten – zur Abgabe von Geschenken übergegangen.

Zeiten wirtschaftlicher Depression gehalten werden kann, darf nach den Erfahrungen der letzten Wirtschaftskrisen bejaht werden. Wie die Konsumgenossenschaften sind ja auch die Zweckgenossenschaften ex definitione Selbsthilfeorganisationen, die – wenn auch nur indirekt – die wirtschaftlich Schwachen in ihrem Wirtschaftskampf unterstützen und die anderseits auf dem Boden der *Gemeinwirtschaft* und nicht der *Erwerbswirtschaft* stehen. Dieser Tatbestand kam einmal mehr in der Krise der dreißiger Jahre zum Ausdruck, wo, gesamthaft gesehen, die Konsumgenossenschaften mengenmäßig ihre Umsätze nicht nur zu halten, sondern sogar noch zu steigern vermochten⁶, indem nicht wenige Konsumenten, die der Genossenschaft bisher indifferent oder gar feindlich gegenübergestanden hatten, sich nun plötzlich der Vorteile der konsumgenossenschaftlichen Warenvermittlung bewußt wurden.

Möglichkeiten für die Erweiterung der genossenschaftlichen Produktionstätigkeit des VSK sind zweifellos vorhanden; wenn schon die Voraussetzungen nicht für alle Güter in gleich vorteilhafter Weise gegeben sind, so ließe sich doch eine Produktion für solche Waren denken, die in den Lagerhäusern des VSK zwar als «Co-op Artikel» abgepackt, nicht aber selbst hergestellt werden.

Obwohl im Auslande die wirtschaftlichen und auch die politischen Verhältnisse anders gelagert sind als in der Schweiz, können uns doch diejenigen Staaten, in welchen die genossenschaftliche Produktion am meisten fortgeschritten ist, nämlich England und Schweden, wertvolle Hinweise geben, in welcher Richtung die genossenschaftliche Produktion bei uns noch ausgedehnt werden kann.

Wir müssen uns dabei beschränken, die hervorstechendsten Merkmale herauszuheben. Bei der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung ist es – auch wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung Englands zahlenmäßig diejenige der Schweiz um mehr als ein Zehnfaches übertrifft – das gewaltige Ausmaß der genossenschaftlichen Eigenproduktion, welches unser Interesse weckt. Allein im Jahre 1940 betrug die Eigenproduktion der beiden englischen Großeinkaufsgenossenschaften⁷ 83 200 000 Pfund, dazu kam noch die Eigenproduk-

⁶ Vgl. zum Beispiel die Umsatzsteigerung des VSK auf S. 120.

⁷ Es handelt sich um die «Co-operative Wholesale Society Ltd.» (CWS), die Großeinkaufsgenossenschaft für England und Wales, und die «Scottish Co-operative Wholesale Society Ltd.» (SCWS).

tion der Produktionsgenossenschaften, die in erster Linie Arbeitergenossenschaften sind, im Betrage von rund 4 600 000 Pfund und endlich die Eigenproduktion der lokalen Konsumgenossenschaften von rund 47 000 000 Pfund, so daß die genossenschaftliche Eigenproduktion Englands sich schon im Jahre 1940 auf über 135 000 000 Pfund bezifferte⁸.

Der Umfang der Eigenproduktion der zwei Großeinkaufsgenossenschaften setzte sich im gleichen Jahre aus folgenden Posten zusammen:

Warengattungen	Fabriken	Wert der Produktion in £	Beschäftigte
Speck usw.	5	1 719 255.-	436
Schuhe, Stiefel und Gerberei . . .	11	2 740 960.-	5 146
Technische und bautechnische Abteilung	14	2 579 878.-	3 791
Butter	3	1 921 806.-	107
Kleider, Mäntel und Pelze	20	2 351 621.-	6 538
Kolonialwaren und paketierte Waren	5	2 650 186.-	1 810
Mehl und Mahlprodukte	12	9 481 115.-	2 071
Margarine usw.	2	2 239 438.-	1 063
Molkereiprodukte	22	4 703 409.-	1 149
Marmelade, Essiggemüse usw. . .	11	3 251 696.-	2 163
Buchdruck, Buchbinderei usw. . .	8	1 706 769.-	3 366
Viehfutter usw.	8	1 774 895.-	562
Seife, Kerzen, Stärke usw.	4	3 066 904.-	1 960
Tabak, Zigarren und Zigaretten . .	2	3 514 603.-	1 012

Bemerkenswert ist vor allem die große Zahl der Textilfabriken mit über 6500 Beschäftigten – ein Sektor der genossenschaftlichen Eigenproduktion, dem wir in der Schweiz nichts Ähnliches gegenüberzustellen haben. Anders verhält es sich bei der Margarinefabrikation; dieses Produkt ist in den schweizerischen Haushalten quasi unbekannt und dürfte – unvorhergesehene, außergewöhnliche Umstände, wie zum Beispiel Kriege usw. ausgeschlossen – auch bei einer noch so intensiven Propaganda wahrscheinlich in absehbarer Zeit nicht Anklang bei den schweizerischen Konsumenten finden.

Trotz diesen Verschiedenheiten zeigt uns die obige Tabelle, daß

⁸ *Topham, E., und Hough, J. A., Die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien, Wien VI, Theobaldsgasse 19, Regenbogenverlag, 1947.*

das Geburtsland des modernen Genossenschaftswesens in der genossenschaftlichen Eigenproduktion gegenüber unserm Lande einen großen Vorsprung aufweist und den schweizerischen Genossenschaftlern noch in mancher Hinsicht als Vorbild dienen kann. Die Mannigfaltigkeit der englischen genossenschaftlichen Eigenproduktion wird aber noch von der schwedischen übertroffen. Lediglich ein Blick auf die Produktion der Tochterunternehmungen der schwedischen Großeinkaufsgenossenschaft «Kooperativa Förbundet», kurz KF genannt, läßt uns diese Tatsache eindeutig bewußt werden:

Tochterunternehmungen	Hergestellte Artikel	Jahr der Gründung oder Übernahme durch KF	Warenumsatz in Kr.
Chemisch-technische Fabrik	Chemisch-technische Artikel	1919	4670000
Margarinefabrik	Margarine	1921	40270000
Mühlen	Mehl, Futtermittel, Haferprodukte, Teigwaren, Hartbrot	1922	55480000
Schuhfabriken	Schuhwaren	1925	20685000
Gummifabrik	Gummischuhe, Pneus, Treibriemen, Plastic	1927	22922000
Hugin Kassaregister	Registrierkassen, Büromaschinen, Staubsauger, Bohner, Nähmaschinen	1928	7760000
Glühlampenfabrik Luma	Glühlampen, Leuchtröhrenarmaturen, Leuchtdraht, Maschinen für Glühlampenfabrikation	1928	19880000
Superphosphatfabrik	Superphosphat	1929	4448000
Ölmühle	Rohöle, Futtermittel usw.	1932	109613000
Chromlederfabrik Elmo-Calf	Oberleder und Schuhfutter	1935	2390000
Konfektionsfabrik St. Erik	Herrenkleider und -hemden, Damenkleider	1935	6767000
Isoflex	Isolierplatten	1936	920000
Slitmanfabrik	Arbeits- und Kinderkleider	1937	6107000
Porzellanfabrik Gustavsberg	Luxus- und Gebrauchsporzellan, technisches Porzellan, Stahlbadewannen usw.	1937	38320000

Tochterunternehmungen	Hergestellte Artikel	Jahr der Gründung oder Übernahme durch KF	Warenumsatz in Kr.
Karlsholm Bruk	Holzfiberplatten	1937	9 707 000
Obstkonservenfabrik Björnekulla	Obstkonserven aller Art	1938	7 419 000
Skogfors Bruk	Landwirtschaftliche Maschi- nen und Geräte	1939	925 000
Lycksele-Industrie	Holzkohle, Äthylazetat usw.	1940	2 120 000
Stathmos	Waagen	1940	2 040 000
Windenfabrik Nike	Winden, Coiffeurstühle, Werkzeuge	1941	3 441 000
Fiskebyfabrik	Papier, Karton, Sulphitsprit usw.	1942	40 230 000
Kalkwerk Alnö	Düngkalk	1942	330 000
Salpeterwerke	Salpeter usw.	1942	6 469 000
Skandiakonserven	Fisch- und Gemüsekonserven	1943	5 505 000
F. W. Haker & Co.	Landwirtschaftliche Maschi- nen und Geräte	1943	1 453 000
Karinmossens Fabrik	Torfstreu	1943	169 000
Wickströms Maschinenfabrik	Maschinen und Geräte	1943	4 116 000
Werkstatt Calor	Waschmaschinen, Sterilisier- ausstattung	1945	6 483 000
Kartonemballagefabrik	Kartonverpackungen	1946	219 000
Svetsekonomi	Schweißreparaturen	1946	136 000
Ehlins Schreibmaterial	Bücher, Schreib- und Zei- chenmaterial	1946	1 064 000
Textilindustrie Kättilstorp	Unterwäsche	1947	1 958 000
Möbelfabrik Lamhult	Möbel	1947	1 245 000
Strebelwerke	Heizkessel	1947	2 241 000
Schokoladefabrik Kalmar	Schokolade und Zuckerwaren	1948	2 464 000
Henkelwerke	Wasch- und Putzmittel	1948	4 469 000
Buchverlag Rabén & Sjögren	Bücher	1948	491 000 ⁹

⁹ Aus: *Handschin, H.*, Die schwedische Genossenschaftsbewegung, S. 103 und 104, Basel, Buchdruckerei VSK, 1950.

Auffallend ist aber nicht nur die Mannigfaltigkeit der schwedischen genossenschaftlichen Eigenproduktion und ihr oft hoher Anteil an der Gesamtproduktion des Landes¹⁰, sondern auch die Art und Weise, wie in Schweden die genossenschaftlichen Produktionsbetriebe das Absatzproblem gelöst haben.

Die Verkäufe der Tochtergesellschaften von KF gehen nämlich nicht ausschließlich an die lokalen Konsumgenossenschaften, sondern ebenso an private schwedische Unternehmen und sogar ins Ausland. So entfielen 1947 vom Gesamtumsatz von 433 680 000 Kronen der Tochtergesellschaften von KF:

a) auf Verbandsgenossenschaften	37% oder Kr. 161 020 000.—
b) auf andere schwedische Käufer	50% oder Kr. 217 690 000.—
c) auf das Ausland	13% oder Kr. 54 970 000.—
	100% oder Kr. 433 680 000.—

Es drängt sich also erneut die Erkenntnis auf, daß trotz verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zwischen unserm Lande einerseits, England und Schweden anderseits, in der Schweiz der genossenschaftlichen Eigenproduktion noch weite Möglichkeiten offenstehen. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, würde die finanzielle Situation des VSK, der Zweckgenossenschaften und der lokalen Konsumgenossenschaften es gestatten, diese Möglichkeiten noch weitgehend zu nützen, wofür sich nach den bisher gemachten Erfahrungen die Form der Zweckgenossenschaft in besonderer Weise eignen dürfte.

Voraussichtlich wird jedoch die Errichtung von *Zweckgenossenschaften auf dem Sektor des Lagerhausbaues*, der Realisierung der obigen Möglichkeiten noch vorausseilen.

Seit langem besteht innerhalb der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung der Gedanke zur Bildung von Regionallagerhäusern, die in der Nähe der lokalen Konsumgenossenschaften zu erstellen wären (zum Beispiel in Sulgen-TG, Bern, Thun und Biel)¹¹. Es handelt sich dabei nicht um die Vermehrung der bereits dezentralisierten Lagerhäuser des VSK in Pratteln, Wülflingen, Morges und

¹⁰ 1947 betrug der Anteil der genossenschaftlichen Eigenproduktion gemessen an der Gesamtproduktion des Landes: Metalldrahtlampen 34%, Teigwaren 28%, Margarine 24%, Röstkaffee 24%, Mehl 20%, Hartbrot 9%.

¹¹ Ansätze zu diesem Postulat finden sich bereits in der 1939 von J. Flach verfaßten Schrift «Wirtschaftliche Warenvermittlung durch die Konsumgenossenschaften».

Taverne, sondern um eine Konzentration der Lagerräumlichkeiten mehrerer Konsumgenossenschaften, wie zum Beispiel derjenigen Verbandsvereine, die sich um die Stadt Bern gruppieren, also die Konsumgenossenschaften in Belp, Worb, Neueneegg usw. und natürlich der Konsumgenossenschaft Bern selbst.

Durch die Errichtung von Regionallagerhäusern und die damit verbundene Aufhebung der Magazine, des Fuhrparkes usw. bei den lokalen Konsumgenossenschaften wird für diese eine erhebliche Senkung des Kostensatzes angestrebt. Im Laufe der Jahre wurde bereits an einigen Orten der Schweiz versucht, diese Idee in kleinerem Maßstabe in der Form von Lieferungsabkommen zwischen einer größeren und einer oder mehreren kleineren Konsumgenossenschaften zu verwirklichen. Der Erfolg war aber bescheiden, weil die gewählte Form – nämlich die Vergütung einer Pauschalmarge an die größere Konsumgenossenschaft – oft zu Zwistigkeiten führte.

Infolge der durch Raumnot hervorgerufenen prekären Verhältnisse in den Lagerhäusern der Konsumgenossenschaft Bern und einiger umliegender Vereine ist die Errichtung von Regionallagerhäusern erneut akut geworden, so daß sowohl die Konsumgenossenschaften wie auch der VSK sich des öftern darüber zu äußern hatten. Als Richtlinien¹² zur Erstellung solcher Regionallagerhäuser wurden vom VSK und anderen folgendes postuliert:

Kommerzielle Zusammenarbeit kleinerer Vereine, eventuell in Verbindung mit einem großen Verein im Belieferungsbezirk, wobei die Selbständigkeit der einzelnen Vereine in allen andern Belangen gewahrt bleibt und niemals eine Beschneidung des Eigenlebens jeder einzelnen Genossenschaft zur Folge haben soll.

Es ist nun vorgesehen, die Regionallagerhäuser unter der Ägide des «Sitzvereins» und *unter Mitwirkung der regionalen Vereine und des VSK zu erstellen oder übernehmen zu lassen*. Dies bedingt implicite die Gründung einer Zweckgenossenschaft, welche als Genossenschaftsverband¹³ konstituiert werden soll und bei welcher sich in der Regel der «Sitzverein» und die angeschlossenen Genossenschaften zusammen im Verhältnis zum Umsatz mit 50% und der VSK mit 50% Anteil-scheinen beteiligen.

¹² Thesen der Direktion des VSK vom Januar 1954 «über die Errichtung von Regionallagerhäusern».

¹³ Vgl. V. Kapitel: Die Stellung der Zweckgenossenschaften zum VSK, Abschnitt: Die finanziellen Beziehungen.

Nachdem die Thesen des VSK vom Januar 1954 abschließend bemerken:

«Die Bildung von Regionallagerhäusern durch die Vereine – unter Mitwirkung des VSK – in der ganzen Schweiz wird der Weg unserer Zukunft sein. Wir haben diesen Problemen unsere allergrößte Aufmerksamkeit und Energie zu schenken. Jedermann kann dies um so mehr tun, als die volle Selbständigkeit jeder einzelnen Genossenschaft in keiner Weise berührt werden soll. Der Zusammenschluß soll auf rein kaufmännischer Basis erfolgen und nur zum Ziele haben, kostensparend zu wirken, bessere Konditionen zu erreichen und somit jede einzelne Genossenschaft leistungsfähiger zu gestalten»

ist es nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der bereits bestehenden Zweckgenossenschaften sich schon in allernächster Zeit erhöhen dürfte.

Somit eignet sich die Form der Zweckgenossenschaft nicht nur vorzüglich für die Errichtung und den Betrieb von Produktionsgenossenschaften, sondern drängte sich überall dort auf, wo der VSK und die lokalen Konsumgenossenschaften volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Probleme zu lösen haben, welche sowohl der finanziellen Beteiligung des VSK als der lokalen Konsumgenossenschaften bedürfen.

EXKURS

Am Schlusse unserer Untersuchung, welche sich die Aufgabe stellte, die Entstehung, Entwicklung und Bedeutung der Zweckgenossenschaften und ihre Stellung zum VSK aufzuzeigen, erhebt sich grundsätzlich die Frage: «Warum werden eigentlich Zweckgenossenschaften gegründet?» Versuchen wir darauf eine eindeutige Antwort zu finden:

1. *Der verfolgte Zweck kann nur durch eine eigens dazu geschaffene Organisation erreicht werden.*

Den eigentlichen Wesenszug der Zweckgenossenschaften finden wir darin, daß sie – im Gegensatz zum VSK¹ – eine ganz bestimmte, außerordentliche Aufgabe übernehmen, welche der VSK entweder nicht selbst erfüllen könnte oder die er aus irgendeinem Grunde einer eigens dazu geschaffenen Organisation anvertraut, weil sie den Rahmen einer bloßen Abteilung des VSK sprengen würde. Dies trifft zum Beispiel für die Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft, die Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine und die Genossenschaftliche Zentralbank zu, wo sich auch schon eine gesonderte Rechnungsführung aufdrängt.

Andererseits entbehrte der VSK der notwendigen Erfahrung auf den Gebieten der Milchvermittlung, der Möbelvermittlung, des Rheinschiffahrtsverkehrs usw., was zur Gründung der Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine, der Möbel-Genossenschaft und der «St. Johann» Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft führte.

Ist einmal ein bestimmtes Ziel visiert, wie zum Beispiel die Her-

¹ Dessen primäre Aufgaben bestehen in der rationellen Warenvermittlung und der Förderung der Erziehung.

stellung von Mehl und Teigwaren, so soll es nicht durch Nebenzwecke beeinträchtigt, sondern ausschließlich von einer selbständigen Genossenschaft verfolgt werden.

Dieser Faktor war sowohl bei der Gründung der Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine und der Minoterie coopérative du Léman als auch bei den beiden Teigwarenfabriken in Münsingen und Morges ausschlaggebend.

Daß allfällige Sonderabsichten die Entwicklung eines genossenschaftlichen Unternehmens gefährden können beweist eindrücklich eine im nächsten Abschnitt behandelte Ursache, die ebenfalls die Gründung von Zweckgenossenschaften begünstigte.

2. Die schlechten Erfahrungen mit der Schuhfabrik des VSK

Nicht ganz zwölf Jahre (1912–1924) vermochte sich die genossenschaftliche Schuhfabrik zu halten, ehe die Reorganisation mit Hilfe der Rechtsform einer Zweckgenossenschaft einen Zusammenbruch aufhalten mußte. Die Gründe des anfänglichen Mißerfolges der genossenschaftlichen Schuhproduktion waren – abgesehen von der Standortfrage – vorab betriebsinterner, und zwar lohnpolitischer Art.

Die stetigen übersetzten Lohnforderungen der Arbeiter, deren Durchschnittslöhne 1923, also ein Jahr vor der notwendigen Reorganisation des Betriebes, noch durchschnittlich 36% höher waren als in der Privatindustrie, wurden dem Unternehmen zum Verhängnis. Die Gewerkschaften stellten sich auf den Standpunkt, daß die Arbeiter der genossenschaftlichen Schuhfabrik – auch die jungen, ungelernten – mindestens soviel verdienen müßten wie qualifiziertes weibliches Büropersonal des gleichen Betriebes, also des VSK; bei solchen Forderungen wurde die Lohnachse des Betriebes in untragbarer Weise belastet. Die Folge davon war zunächst die Erhöhung der Gestehungspreise und dann der Detailverkaufspreise; die letzteren waren beim damaligen niedrigen Preisniveau zeitweise 2 Franken per Paar höher als bei gleichwertigem Schuhwerk der privaten Konkurrenz. Eine weitere Ursache der Belastung der Lohnachse war die sture Ablehnung jeder Akkordarbeit, mochte auch der Stücklohn bei der genossenschaftlichen Schuhfabrikation vorteilhafter sein als in der Privatindustrie. Akkordarbeit wurde von den Arbeitnehmern mit «Sklavenarbeit» bezeichnet. Die Ablehnung der heute noch allgemein in der Schuhindustrie

üblichen Akkordarbeit half mit, die Produktivität des Betriebes entscheidend zu untergraben. Unter solchen Voraussetzungen konnte natürlich das Absatzproblem nicht gelöst werden, um so mehr auch infolge mangelnder enger Kontaktnahme mit den Schuhwaren vermittelnden Konsumgenossenschaften, Irrtümer in der Produktionsrichtung begangen wurden und später Schuhe – die in der Schweiz aus modischen Gründen nicht mehr abgesetzt werden konnten – zu Schleuderpreisen ins Ausland abgestoßen werden mußten.

Die Entwicklungsgeschichte der Schuh-Coop (Seite 70 und folgende) beweist, daß erst durch die Organisationsform der Zweckgenossenschaft die obgenannten Mißstände behoben werden konnten und die Schuh-Coop in die Lage versetzten, gutes Schuhwerk zu vorteilhaften Preisen abzugeben. Dadurch und dank der tatkräftigen Unterstützung der Absatzförderung durch die finanziell beteiligten Vereine konnte der Umsatz sozusagen von Jahr zu Jahr gesteigert werden². Die Reorganisation der genossenschaftlichen Schuhfabrik und deren Loslösung vom VSK bewirkten, daß die oft absurden Lohnvergleiche mit dem «betriebsfremden» Verbands- und daher allmählich auch die debordierenden Lohnzwistigkeiten mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verschwanden und daß diese heute an einem gesicherten Arbeitsplatz, nebst vorzüglichen Sozialleistungen, zirka zehn Prozent bessere Löhne beziehen als in der Privatwirtschaft.

3. *Lösung des Absatzproblems*

Die finanzielle Beteiligung des VSK und der lokalen Konsumgenossenschaften hat zur Folge, daß sich diese stärker für die Zweckgenossenschaften einsetzen, als sie es für irgendeinen einzelnen Produktionszweig des Verbandes schweiz. Konsumvereine tun würden. Durch den Erwerb von Anteilscheinen identifizieren sich quasi die lokalen Konsumgenossenschaften mit den Zweckgenossenschaften und garantieren auf diese Weise deren Absatz. Augenfällige Beweise hierfür liefern die Produktionszweckgenossenschaften wie zum Beispiel die Schuh-Coop und die Teigwarenfabrik Münsingen. Letztere, welche sich im Territorium des Kreisverbandes IIIa befindet, kann restlos auf die Bezugstreue aller warenvermittelnden Konsumgenossenschaften

² Vgl. Umsatzentwicklung der Schuh-Coop, S. 74.

ihres Kreises zählen, welche zusammen mehr als 50% des Genossenschaftskapitals aufbrachten. Mehr als drei Viertel der Konsumgenossenschaften des Kreises IIIa haben Anteilscheine der Teigwarenfabrik Münsingen übernommen.

4. *Der Föderalismus*

Die Zweckgenossenschaft muß als eine Eigenart der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung angesprochen werden. Zwar gibt es auch in andern Ländern vereinzelte Zweckgenossenschaften; die schwedischen stellen zum Beispiel ein Mittelding zwischen den Einzelkonsumgenossenschaften und dem Genossenschaftsverband dar. Im Gegensatz zu einer Anzahl von schweizerischen Zweckgenossenschaften sind die schwedischen nicht nationale, sondern regionale Zweckgenossenschaften. Diese regionalen Zusammenschlüsse, mit einem kleineren oder größeren Tätigkeitsbereich, erfüllen besondere Aufgaben im Interesse der ihnen angeschlossenen Konsumgenossenschaften ersten Grades und dienen in erster Linie der Verarbeitung von Fleisch und der Herstellung von Backwaren aller Art³. In der Schweiz werden solche Funktionen durchaus von jeder größeren lokalen Konsumgenossenschaft selbst übernommen.

In der Sphäre der Produktion stossen wir in der ausländischen Konsumgenossenschaftsbewegung meist auf Fabriken, die direkt den Großeinkaufsstellen angegliedert sind. Vorab in den romanischen Ländern finden sich auch Arbeiter-Produktionsgenossenschaften, die sich meistens sehr eng an Gewerkschaften anlehnen. Die Unternehmungsform der Zweckgenossenschaft als Symbiose von lokalen Konsumgenossenschaften und der Großeinkaufsstelle auf nationalem Boden ist also eine typisch schweizerische Erscheinung, deren Wurzel in der Tendenz unseres Volkes, die föderalistische Lösung jeder andern vorzuziehen, gesucht werden muß. Besonders augenfällig kommt dieser Gedanke im schweizerischen Staatswesen durch die Gewaltentrennung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zum Ausdruck.

³ *Handschin, Hans*, Die schwedische Genossenschaftsbewegung, S. 55/56, Basel, Buchdruckerei VSK, 1950.

5. Die Dezentralisation

Der Föderalismus begünstigt auch die Dezentralisation, indem er der Betriebskonzentration Einhalt gebietet. Die von *Marx* prophezeite Konzentration von vielen Kleinbetrieben zu wenigen Großbetrieben hat sich auch in der Schweiz nicht durchzusetzen vermocht. Wie in der Landwirtschaft und im Handwerk, so konnte auch in der Industrie eine wachsende Konzentrationstendenz nicht aufkommen. Denn auch hier bringt das Wachsen der Betriebsgröße nicht diesem parallel laufende, zunehmende und dauernde Vorteile. Ist einmal eine bestimmte Betriebsgröße erreicht – die Optimalgröße –, welche durch den technisch-organisatorischen Stand des jeweiligen Betriebes bedingt ist, so bringt eine darüber hinausgehende Vergrößerung nicht mehr die gleichen Vorteile. Die seit Jahrzehnten nicht nur absolut, sondern auch prozentual steigenden Unkosten des VSK lassen den Schluß zu, daß dieser die Optimalgröße überschritten hat.

Lediglich am Rande sei erwähnt – weil für die Gründung von Zweckgenossenschaften keineswegs ausschlaggebend –, daß den Genossenschaften durch die Dezentralisation der Betriebe auch fiskalische Vorteile erwachsen können, indem sie dann in vermindertem Maße durch die Steuerprogression tangiert werden.

Bei der zusammenfassenden Beantwortung der Frage nach der Bedeutung der Zweckgenossenschaften ist vorerst deren Wichtigkeit für die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung hervorzuheben.

Durch die Gründung lebensfähiger Zweckgenossenschaften haben die organisierten Konsumenten bewiesen, daß sie in der Lage sind, Auswüchse durch Trustbildung einer monopolistischen konsumentenfeindlichen Preispolitik erfolgreich zu bekämpfen⁴. Dabei blieben den Zweckgenossenschaften aufreibende Kämpfe und auch Niederlagen nicht erspart. War, rein äußerlich gesehen, die momentane Verpachtung der im Vorwort erwähnten Zigarrenfabrik Menziken durch menschliches Versagen bedingt, so liegt doch der tiefere Grund dieser Maßnahme darin begründet, daß es noch nicht gelungen ist, sich gegen

⁴ Vgl. Entstehungsgeschichte der Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (S. 35 ff.) und der Minoterie coopérative du Léman in Rivaz (S. 48 ff.); ferner auch der Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine (S. 41 ff.) und der Schuh-Coop (S. 66 ff.).

das besonders in der Tabakbranche grassierende Meinungsmonopol wirkungsvoll durchzusetzen.

Aber auch Mißerfolge können nützlich sein, sofern man sich bemüht, deren Ursachen zu erkennen. So haben die Erfahrungen mit der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) und auch diejenigen mit den eigenen Landwirtschaftsbetrieben dem VSK bewiesen, daß in der schweizerischen Landwirtschaft nicht von über-setzten Gewinnen gesprochen werden kann und daß die Forderungen der schweizerischen Bauernsamen nach «gerechter» Entlohnung ihrer Arbeit meist einem legitimen Bedürfnis entspringen. Die nachhaltigsten Erfahrungen konnte der VSK mit der genossenschaftlichen Schuhfabrik sammeln. Der anfängliche Mißerfolg dieses Unternehmens bewies erneut die Richtigkeit der schon von den Redlichen Pionieren von Rochdale aufgestellten Thesen, daß der Weg der genossenschaftlichen Produktion in größerem Umfange nur über die genossenschaftliche Güterverteilung auf dem Boden der Konsumgenossenschaften durchgeführt werden kann.

Hinsichtlich der Bedeutung der Zweckgenossenschaften für die schweizerische Volkswirtschaft muß in Berücksichtigung gezogen werden, daß in der Schweiz trotz der beträchtlichen Verbreitung des Genossenschaftswesens nur rund zehn Prozent des Detailhandels auf die Konsumgenossenschaften entfallen⁵. Trotzdem ist der Anteil einiger Zweckgenossenschaften an der inländischen Produktion beträchtlich. Die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau ist als größter inländischer Landwirtschaftsbetrieb in der Lage, mehr als einen Drittel der Gesamtnachfrage von Saatkartoffeln zu decken. Die Genossenschaftsmühlen in Zürich und Rivaz sind ebenfalls in der Lage, mehr als ein Drittel des von der gesamten schweizerischen Bevölkerung benötigten Mehles herzustellen.

Aber auch in andern Sektoren der schweizerischen Volkswirtschaft hat der genossenschaftliche Selbsthilfegedanke eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung erlangt; dies wird zum Beispiel auch im Bank- und Versicherungswesen bestätigt. Nach der Bankstatistik verfügten die Banken 1946 über eine Bilanzsumme von etwas über 20 Milliarden Franken, davon die privatwirtschaftlich orientierten Banken über 8,575 Milliarden = 41%, die Genossenschaftsbanken 3,3 Milliarden

⁵ In Schweden zirka 27%!

= 15,7% und die staatlichen und kommunalen Banken 9 Milliarden = 43,3%. Nach den Publikationen des Eidgenössischen Versicherungsamtes in Bern (Oktober 1948) weisen die Lebensversicherungsgesellschaften in der Rechtsform der Genossenschaften einen Versicherungsbestand von 3,2 Milliarden Franken, die Aktiengesellschaften einen solchen von 4,0 Milliarden auf, also ein Verhältnis von 44,4% zu 55,6%⁶.

Über die Stellung der Zweckgenossenschaften zum Verbande schweiz. Konsumvereine (V. Kapitel, S. 97 ff.) ist zusammenfassend zu sagen, daß sich die Zweckgenossenschaften – obwohl es sich dabei de jure um unabhängige Genossenschaften handelt – sehr stark an den VSK anlehnen, ist doch dieser nicht nur meistens als deren Gründer aufgetreten, sondern er hat auch mehr als 70% = zirka 30000000 Franken ihres Anteilscheinkapitals gezeichnet.

Der Name «Zweckgenossenschaft», der sich im Laufe der Jahre für die von uns eben untersuchten Genossenschaften sukzessive eingebürgerte, zeichnet sich nicht durch besondere Klarheit aus. Eher dürfte die französische Bezeichnung «Société coopérative à buts spéciaux» größeren Aussagewert haben.

Abschließend können wir diese spezielle Genossenschaftsart, die den Gegenstand unserer eingehenden Untersuchung und Darstellung bildete, wie folgt definieren: «Die Zweckgenossenschaft ist eine typisch schweizerische, rechtlich unabhängige Wirtschaftsgenossenschaft der nationalen Konsumgenossenschaftsbewegung, welche Aufgaben erfüllt, die der Verband schweiz. Konsumvereine oder die lokalen Konsumgenossenschaften nicht selbst übernehmen können, und deren Finanzierung maßgebend durch den VSK und den daran interessierten Verbandsvereinen oder Drittvereinen erfolgt.»

⁶ Aus dem im April 1948 von *H. Faucherre* in der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Referat.

LITERATURVERZEICHNIS

1. Allgemeine Literatur

- Amonn, Alfred*, Leitfaden der Nationalökonomie, Bern, Verlag A. Francke AG.
Benham, Frederic, Economics, Bern, Verlag A. Francke AG.
Blanc, Louis, L'organisation du travail, Paris 1899.
Böhler, Eugen, Grundlehren der Nationalökonomie, Bern, Verlag A. Francke AG.
Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern, Verlag A. Francke AG.
Fourier, Charles, Le nouveau monde industriel et sociétaire, Paris 1848.
Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena 1923.
Haberler, Gottfried, Prosperität und Depression, Bern, Verlag A. Francke AG.
Marx, Karl, Das Kapital, I. und II. Bd.
Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft.
– Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart.
Salin, Edgar, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Basel 1945.
– Standortverschiebungen der deutschen Wirtschaft (Sonderdruck aus: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft), Berlin 1929.
Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Köln 1952.
Sombart, Der moderne Kapitalismus, 3. Buch: Der Hochkapitalismus, München und Leipzig 1928.
Stackelberg, Freiherr von, Theoretische Nationalökonomie, Bern, Verlag A. Francke AG.
Weber, Alfred, Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft.
– Über den Standort der Industrien, I. Teil: Reine Theorie des Standorts, Tübingen 1909.

2. Genossenschaftsliteratur

- Angst, Emil*, Zum 75jährigen Jubiläum des Allgemeinen Consumvereins beider Basel, Volksdruckerei Basel, 1940.
Cohn, Dr. Hermann, Die Genossenschaftliche Zentralbank, Diss. Zürich 1.
Drabheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1952.
Egger, Prof. Dr. A., Revision des Genossenschaftsrechtes, Basel, Verlag von Helbing & Lichtenhahn, 1922.
Faucherre, Dr. H., Der genossenschaftliche Sektor in der Volkswirtschaft, Basel, April 1948.
– Umrisse einer genossenschaftlichen Ideengeschichte, Basel 1927.
– Grundriß der Wirtschafts- und Genossenschaftskunde der Schweiz, Basel 1933.
Fauquet, Dr. G., Regards sur le mouvement coopératif, Basel 1949.
– Le secteur coopératif, Basel 1937.

- Flach, J.*, Wirtschaftliche Warenvermittlung durch die Konsumgenossenschaften, Basel, Buchdruckerei VSK, 1939.
- Gide, Charles*, Les sociétés coopératives de consommation, Paris 1910.
- Les obstacles au développement des coopératives de production Paris, 1923.
 - L'avenir des coopératives de production, Paris 1924.
- Guhl, Dr. Theo*, Das neue Genossenschaftsrecht der Schweiz, Zürich 1937.
- Handschin, Mühlemann, Ruf*, Die Genossenschaftsbewegung der schweizerischen Konsumenten, Basel, Buchdruckerei VSK, 1941.
- Handschin, Hans*, Die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung.
- Die schwedische Genossenschaftsbewegung.
 - Die Rochdaler Grundsätze und das Genossenschaftsprogramm, Basel 1935.
- Hunzinger, Dr. W.*, Genossenschaftliche Produktion, Möglichkeiten und Grenzen der genossenschaftlichen Eigenproduktion in der Schweiz, Diss. Basel 1937.
- Holyoake, G. J.*, Geschichte der Rochdaler Pioniere, Köln, Gepag-Verlag, 1928.
- Küng, Dr. h.c. Heinrich*, Gedanken zum Kleinkreditproblem, Basel, Buchdruckerei VSK, 1941.
- Das Problem des Kleinkredites, Basel, Buchdruckerei VSK, 1943.
 - Die Entwicklungstendenzen des Wohnungsmarktes und die heutigen Aufgaben der Wohngenossenschaften, Basel, Buchdruckerei VSK, 1951.
 - Grundsätzliche Betrachtungen zum Wohnungsbau, Basel, Buchdruckerei VSK, 1952.
 - Genossenschaftlicher Wohnungsbau, Basel, Buchdruckerei VSK, 1948.
- Maire, M.*, und *Huber, J.*, Die Entwicklung und die Bedeutung des VSK / Die Wirtschaftspolitik des VSK, Basel 1943.
- Meyer, Paul*, 35 Jahre VSK, Basel 1935.
- Mühlemann, Dr. H.*, Der Verband schweiz. Konsumvereine und seine volkswirtschaftlichen und sozialen Leistungen, Basel 1942.
- Müller, Hans*, Konsumgenossenschaftliche Entgleisungen, Zürich 1915.
- Schär, Dr. O.*, Die verschiedenen Arten der Genossenschaft / Das Genossenschaftsrecht / Die Besteuerung der Genossenschaften, Basel, Buchdruckerei VSK, 1925.
- Seiler, P.*, Betriebsorganisation, Betriebsführung und Rechnungswesen im VSK, Basel 1947.
- Stadelmann, Dr. A.*, Die Beziehungen der schweizerischen Konsumgenossenschaften zur einheimischen Landwirtschaft, Basel 1940.
- Topham, E.*, und *Hough, J. A.*, Die Genossenschaftsbewegung in England, Wien 1946.
- VSK, Die Stellung der Konsumgenossenschaften zu den übrigen großen Wirtschaftsgruppen der Schweiz, Basel 1948.
- Weippert, Prof. Dr. Georg*, Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 1, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1950.
- Wyß, Dr. Annemarie*, Die konsumgenossenschaftlichen Grundsätze in der Schweiz von den Anfängen bis zur Gegenwart, Basel 1949.

3. Zeitschriften, Berichte und Statuten

- «Courrier du Val-de-Travers», Fleurier, 27.12.1951.
- Faucherre, Dr. H., Einführung in das Genossenschaftswesen (Disposition zur Vorlesung). Geschichte und Entwicklung der Coop-Leben 1917-1952.
- «La Coopération» vom 5. April 1952.
- Jahresberichte und Statuten der VASK.
- Jahresberichte und Statuten der MSK.

Jahresberichte und Statuten der MESK.
 Jahresberichte und Statuten der Coop Lebensversicherungs-Genossenschaft.
 Jahresberichte und Statuten der Minoterie coopérative du Léman.
 Jahresberichte und Statuten der SGG.
 Jahresberichte und Statuten der MG.
 Jahresberichte und Statuten der Schuh-Coop.
 Jahresberichte und Statuten der GZB.
 Jahresberichte und Statuten der Genossenschaft Coop-Haus.
 Jahresberichte und Statuten der Teigwarenfabrik Münsingen.
 Jahresberichte und Statuten der SILAG.
 Jahresberichte und Statuten der F.C.P.M.
 Jahresberichte und Statuten des VSK.
 Jubiläumsschrift «25 Jahre Genossenschaftliche Zentralbank 1927-1952».
 Jubiläumsschrift «40 Jahre Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK) 1913 bis 1953».
 Jubiläumsschrift «Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG), Gründung, Entwicklung und Aufgabe (1918-1948)».
 Normalstatuten für Konsumgenossenschaften (herausgegeben vom VSK).
 «Schweiz. Handelsamtsblatt», Bern, 28.11.1939.
 «Schweizer Handelsbörse», Zürich, 17.12.1937.
 «Schweiz. Konsum-Verein», 1916 (verschiedene Nummern), 1918 (Nr. 39), 1919 (Nr. 31), 1949 (Nr. 39).
 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1950.
 «Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 1-5.
 VSK: Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung 1921.
 Thesen über die Errichtung von Regionallagerhäusern, 1954.
 Veröffentlichungen der schweiz. Verwaltungskurse an der Handels-Hochschule St. Gallen, Bd. 13: «Das Wohnbauproblem», Einsiedeln, Verlagsanstalt Benziger & Co. AG., 1950.
 Verschiedene Zeitungsausschnitte und Archivnotizen aus der Bibliothek des VSK.

CURRICULUM VITAE

Am 14. Dezember 1921 wurde ich, Roger Berger, als Sohn des Postangestellten Joseph Berger und seiner Frau Emmy Berger, geb. Studer, in Basel als Bürger von Cœuve (Kanton Bern) geboren.

Meine Schulbildung erhielt ich zunächst in Basel, wo ich die Unterstufe des Realgymnasiums und ein Jahr die Kantonale Handelsschule besuchte. Anschließend besuchte ich je ein Jahr die öffentlichen Handelsschulen von Le Locle und Lausanne. An der letzteren erwarb ich im Frühling 1940 das Handelsschuldiplom. Darauf absolvierte ich in einer Basler Textilfirma eine ungefähr eineinhalbjährige Praktikantenlehre.

Es folgten – durch den Krieg bedingt – viele Monate Militärdienst. Dazwischen betätigte ich mich in Basel und Bellinzona als kaufmännischer Angestellter. In Bellinzona besuchte ich zwecks Vervollkommnung meiner Sprachkenntnisse auch mehrere Monate die Scuola Cantonale di Commercio.

Vom August 1943 bis Juni 1945 war ich als Beamter der Generalstabsabteilung des Eidgenössischen Militärdepartementes in Bern beschäftigt. Im Juli 1945 trat ich in die Dienste des Verbandes schweiz. Konsumvereine (VSK) in Basel, wo ich ununterbrochen bis zum 31. August 1954 – zuletzt als Mitarbeiter des Sekretariates des Departementes für Warenvermittlung (III. Departement) – tätig war.

Die Vorbereitung auf die Handelsmaturität des Kantons Basel-Stadt erfolgte in Abendkursen (1947–49) am Institut Minerva in Basel. Nachdem ich im Jahre 1949 das Reifezeugnis erworben hatte, lag ich an der Universität Basel volkswirtschaftlichen Studien ob. Eine von der Arbeitgeberfirma (VSK) in großzügiger Weise eingeräumte Arbeitszeitverschiebung gestattete mir, neben der Berufsarbeit die zum Studium notwendigen Vorlesungen zu besuchen. Meine Studien

fürten mich dabei zu folgenden Herren Professoren: Brogle, Faucherre, Furlan, Gasser, Hinderling, Imboden, Ruck, Salin, Simonius und Wagner.

Das mündliche Examen zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften bestand ich am 24. Juni 1954. Kurz darauf wurde ich mit Antritt auf den 1. September 1954 zum Direktionssekretär des Allgemeinen Consumvereins beider Basel (ACV) gewählt.

